Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/892

06. 10. 87

Sachgebiet 188

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu den Protokollen vom 25. Mai 1984 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden und zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden

A. Zielsetzung

Der Entwurf eines Vertragsgesetzes zu den Protokollen vom 25. Mai 1984 zur Änderung des Haftungsübereinkommens von 1969 und des Fondsübereinkommens von 1971 verfolgt den Zweck, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Ratifizierung der Protokolle durch die Bundesrepublik Deutschland zu schaffen und damit eine Verbesserung des Schadensausgleichs bei durch Seeschiffe verursachte Ölverschmutzungsschäden zu erzielen.

B. Lösung

Der Entwurf schlägt vor, den Protokollen zuzustimmen. Gleichzeitig enthält der Entwurf eine Ermächtigungsgrundlage für Rechtsverordnungen zur erleichterten Umsetzung von Beschlüssen der Vertragsstaaten zu den durch die Protokolle geänderten Übereinkommen, durch die die Haftungs- und Entschädigungshöchstbeträge verändert worden sind.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden entstehen durch die Ratifizierung der Protokolle keine Kosten. Geringfügigen Mehrbelastungen der Tankerreeder und der Mineralölwirtschaft stehen Entlastungen bei den öffentlichen Haushalten und privaten Personen, die durch Tankerunfälle Ölverschmutzungsschäden erlitten haben, gegenüber.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
121 (321) – 236 31 – Üb 7/87

Bonn, den 6. Oktober 1987

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu den Protokollen vom 25. Mai 1984 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden und zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden mit Begründung und Vorblatt.

Der Wortlaut der Protokolle in englischer und französischer Sprache mit deutscher Übersetzung sowie die Denkschrift hierzu sind beigefügt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister der Justiz.

Der Bundesrat hat in seiner 580. Sitzung am 25. September 1987 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Kohl

Entwurf

Gesetz zu den Protokollen vom 25. Mai 1984 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden und zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den folgenden Protokollen wird zugestimmt:

1. dem in London am 21. Mai 1985 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokoll vom 25. Mai 1984 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden (BGBl. 1975 II S. 301, 305);
2. dem in London am 21. Mai 1985 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokoll vom 25. Mai 1984 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden (BGBl. 1975 II S. 301, 320).

Die Protokolle werden nachstehend mit ihrer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Der Bundesminister der Justiz kann den Wortlaut

1. des Internationalen Übereinkommens vom 29. November 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden in der Fassung des Protokolls von 1984 zur Änderung dieses Übereinkommens unter der Bezeichnung und Kurzbezeichnung „Internationales Übereinkommen von 1984 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden (Haftungsübereinkommen von 1984)" und
2. des Internationalen Übereinkommens vom 18. Dezember 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden in der Fassung des Protokolls von 1984 zur Änderung dieses Übereinkommens unter der Bezeichnung und Kurzbezeichnung „Internationales Übereinkommen von 1984 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden (Fondsübereinkommen von 1984)"

im Bundesgesetzblatt mit der amtlichen deutschen Übersetzung in der Neufassung bekanntmachen.

Artikel 3

Der Bundesminister der Justiz wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den Bundesministern für Wirtschaft und für Verkehr durch Rechtsverordnung

1. die nach Maßgabe des Artikels 15 des Protokolls von 1984 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden beschlossenen Änderungen der Haftungshöchstbeträge, die in Artikel V Abs. 1 dieses Übereinkommens in der durch das Protokoll geänderten Fassung vorgesehen sind, und
2. die nach Maßgabe des Artikels 33 des Protokolls von 1984 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden beschlossenen Änderungen der Entschädigungshöchstbeträge, die in Artikel 4 Abs. 4 dieses Übereinkommens in der durch das Protokoll geänderten Fassung vorgesehen sind,

in Kraft zu setzen.

Artikel 4

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Artikel 5

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Protokoll von 1984 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden nach seinem Artikel 13 in Kraft tritt, und der Tag, an dem das Protokoll von 1984 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden nach seinem Artikel 30 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf die Protokolle von 1984 zu dem Internationalen Übereinkommen von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden (Haftungsübereinkommen von 1969) und zu dem Internationalen Übereinkommen von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden (Fondsübereinkommen von 1971) ist Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Zu Artikel 2

Die Vorschrift soll dem Bundesminister der Justiz im Interesse der Erleichterung der Rechtsanwendung gestatten, im Bundesgesetzblatt auch die künftig geltende Fassung der beiden Stammübereinkommen unter der neu eingeführten Bezeichnung und Kurzbezeichnung „Internationales Übereinkommen von 1984 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden (Haftungsübereinkommen von 1984)" und „Internationales Übereinkommen von 1984 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden (Fondsübereinkommen von 1984)" mit einer deutschen Übersetzung bekanntzumachen.

Zu Artikel 3

Das Protokoll von 1984 zum Haftungsübereinkommen von 1969 sieht in Artikel 15 und das Protokoll zum Fondsübereinkommen von 1971 in Artikel 33 vor, daß die in Artikel V Abs. 1 des Haftungsübereinkommens von 1969 in der durch das Protokoll von 1984 geänderten Fassung genannten Haftungsbeträge und die in Artikel 4 Abs. 4 des Fondsübereinkommens von 1971 in der durch das Protokoll von 1984 geänderten Fassung genannten Entschädigungshöchstbeträge innerhalb im einzelnen festgelegter Grenzen durch Beschluß einer qualifizierten Mehrheit der Vertragsstaaten geändert werden können. Diese Änderungen wären grundsätzlich nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes zu behandeln. Im Hinblick auf die im völkerrechtlichen Änderungsverfahren vorgesehenen relativ kurzen Fristen ist es jedoch erforderlich und zur Entlastung der gesetzgebenden Körperschaften auch zweckmäßig, das innerstaatliche Umsetzungsverfahren ebenfalls zu vereinfachen. Der Gegenstand der Änderung ist durch die Verweisung auf die entsprechenden Bestimmungen in den Protokollen und die dort enthaltenen detaillierten Bestimmungen über die Voraussetzungen und das Ausmaß möglicher Änderungen nach Inhalt, Zweck und Ausmaß hinreichend bestimmt.

Zu Artikel 4

Die Protokolle sowie die nach Artikel 2 dieses Gesetzes zu erlassenden Rechtsverordnungen sollen auch auf das Land Berlin anwendbar sein; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Protokoll vom 25. Mai 1984 zur Änderung des Haftungsübereinkommens von 1969 nach seinem Artikel 13 und das Protokoll vom 25. Mai 1984 zur Änderung des Fondsübereinkommens von 1971 nach seinem Artikel 30 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Für die Haushalte des Bundes, der Länder und der Gemeinden bringt das vorgeschlagene Gesetz keine zusätzlichen Kosten mit sich. Der Verwaltungsaufwand für die Ausstellung der behördlichen Bescheinigung für das Bestehen einer Haftpflichtversicherung nach dem Haftungsübereinkommen von 1984 sowie für die Meldung des beitragspflichtigen Öls an den Direktor des Internationalen Entschädigungsfonds für Ölverschmutzungsschäden nach dem Fondsübereinkommen von 1984 erhöht sich nicht gegenüber dem gegenwärtigen Verwaltungsaufwand nach dem Haftungsübereinkommen von 1969 und dem Fondsübereinkommen von 1971.

Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten. Zwar muß damit gerechnet werden, daß die höheren Haftungssummen nach dem Haftungsübereinkommen von 1984 zu geringfügig höheren Versicherungsprämien der Tankerreeder führen, die letztlich auf den Ölpreis abgewälzt werden. Diese Mehrbelastungen sind jedoch insgesamt so gering, daß sie vernachlässigt werden können. Die erhöhte Entschädigungssumme nach dem Fondsübereinkommen von 1984 kann zu erhöhten Belastungen bei den Mineralölgesellschaften führen. Auch diese zusätzlichen Belastungen sind nach den mit dem Fondsübereinkommen von 1971 gemachten Erfahrungen jedoch so gering, daß sie keine Auswirkungen auf das Preisniveau haben werden. Der geringen Mehrbelastung bei den Tankerreedern und den Mineralölgesellschaften steht im übrigen eine spürbare Entlastung der öffentlichen Haushalte gegenüber, da die höheren Haftungssummen gewährleisten, daß auch bei schweren Tankerunfällen katastrophalen Ausmaßes der Aufwand zur Beseitigung der Schäden in nahezu allen denkbaren Fällen voll erstattet wird. Darüber hinaus werden private Haushalte insofern entlastet, als auch wirtschaftliche Einbußen als unmittelbare Folge eines durch einen Tankerunfall verursachten Verschmutzungsschadens erstattungsfähig sind.

Das Gesetz wird positive Auswirkungen auf die Umwelt haben, weil die erhöhten Haftungs- und Entschädigungsbeträge nach den Protokollen sowie der erweiterte Anwendungsbereich bei Tankerunfällen in stärkerem Maße als nach geltendem Recht einen Schadenausgleich für Ölverschmutzungsschäden erlauben.

Protokoll von 1984 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden

Protocol of 1984 to amend the International Convention on Civil Liability for Oil Pollution Damage, 1969

Protocole de 1984 modifiant la Convention internationale de 1969 sur la responsabilité civile pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures

(Übersetzung)

The States Parties to the present Protocol,

Considering that it is desirable to amend the International Convention on Civil Liability for Oil Pollution Damage, done at Brussels on 29 November 1969, to provide for improved scope and enhanced compensation,

Recognizing that special provisions are necessary in connexion with the introduction of corresponding amendments to the International Convention on the Establishment of an International Fund for Compensation for Oil Pollution Damage, 1971,

Have agreed as follows:

Article 1

The Convention which the provisions of this Protocol amend is the International Convention on Civil Liability for Oil Pollution Damage, 1969, hereinafter referred to as the "1969 Liability Convention". For States Parties to the Protocol of 1976 to the 1969 Liability Convention, such reference shall be deemed to include the 1969 Liability Convention as amended by that Protocol.

Article 2

Article I of the 1969 Liability Convention is amended as follows:

1. Paragraph 1 is replaced by the following text:
   1. "Ship" means any sea-going vessel and sea-borne craft of any type whatsoever constructed or adapted for the carriage of oil in bulk as cargo, provided that a ship capable of

Les Etats Parties au présent Protocole,

considérant qu'il est souhaitable de modifier la Convention internationale sur la responsabilité civile pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures, faite à Bruxelles le 29 novembre 1969, afin d'en élargir la portée et d'offrir une indemnisation accrue,

reconnaissant que des dispositions spéciales sont nécessaires pour l'introduction d'amendements correspondants à la Convention internationale de 1971 portant création d'un Fonds international d'indemnisation pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures,

sont convenus des dispositions suivantes:

Article premier

La Convention qui est modifiée par les dispositions du présent Protocole est la Convention internationale de 1969 sur la responsabilité civile pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures, ci-après dénommée la «Convention de 1969 sur la responsabilité». Pour les Etats Parties au Protocole de 1976 de la Convention de 1969 sur la responsabilité, cette expression désigne la Convention de 1969 sur la responsabilité, telle que modifiée par ce protocole.

Article 2

L'article I de la Convention de 1969 sur la responsabilité est modifié comme suit:

1. Le paragraphe 1 est remplacé par le texte ci-après:
   1. «Navire» signifie tout bâtiment de mer ou engin marin, quel qu'il soit, construit ou adapté pour le transport des hydrocarbures en vrac en tant que cargaison, à condition qu'un na-

Die Vertragsstaaten dieses Protokolls –

in der Erwägung, daß es wünschenswert ist, das am 29. November 1969 in Brüssel beschlossene Internationale Übereinkommen über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden dahingehend zu ändern, daß es einen größeren Anwendungsbereich und einen weitergehenden Schadenersatz vorsieht,

in der Erkenntnis, daß zur Einführung entsprechender Änderungen des Internationalen Übereinkommens von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden besondere Bestimmungen erforderlich sind,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Das Übereinkommen, das durch dieses Protokoll geändert wird, ist das Internationale Übereinkommen von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden, im folgenden als „Haftungsübereinkommen von 1969" bezeichnet. Für Vertragsstaaten des Protokolls von 1976 zum Haftungsübereinkommen von 1969 bezeichnet dieser Ausdruck das Haftungsübereinkommen von 1969 in der durch das genannte Protokoll geänderten Fassung.

Artikel 2

Artikel I des Haftungsübereinkommens von 1969 wird wie folgt geändert:

1. Nummer 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:
   1. „Schiff" bedeutet ein Seeschiff oder ein sonstiges Seefahrzeug jeder Art, das zur Beförderung von Öl als Bulkladung gebaut oder hergerichtet ist; jedoch wird ein Schiff, das Öl und

carrying oil and other cargoes shall be regarded as a ship only when it is actually carrying oil in bulk as cargo and during any voyage following such carriage unless it is proved that it has no residues of such carriage of oil in bulk aboard.

2. Paragraph 5 is replaced by the following text:

   5. "Oil" means any persistent hydrocarbon mineral oil such as crude oil, fuel oil, heavy diesel oil and lubricating oil, whether carried on board a ship as cargo or in the bunkers of such a ship.

3. Paragraph 6 is replaced by the following text:

   6. "Pollution damage" means:

      (a) loss or damage caused outside the ship by contamination resulting from the escape or discharge of oil form the ship, wherever such escape or discharge may occur, provided that compensation for impairment of the environment other than loss of profit from such impairment shall be limited to costs of reasonable measures of reinstatement actually undertaken or to be undertaken;

      (b) the costs of preventive measures and further loss or damage caused by preventive measures.

4. Paragraph 8 is replaced by the following text:

   8. "Incident" means any occurrence, or series of occurrences having the same origin, which causes pollution damage or creates a grave and imminent threat of causing such damage.

5. Paragraph 9 is replaced by the following text:

   9. "Organization" means the International Maritime Organization.

6. After paragraph 9 a new paragraph is inserted reading as follows:

   10. "1969 Liability Convention" means the International Convention on Civil Liability for Oil Pollution Damage, 1969. For States Parties to the Protocol of 1976 to that Convention, the term shall be deemed to include the

vire capable de transporter des hydrocarbures et d'autres cargaisons ne soit considéré comme un navire que lorsqu'il transporte effectivement des hydrocarbures en vrac en tant que cargaison et pendant tout voyage faisant suite à un tel transport à moins qu'il ne soit établi qu'il ne reste à bord aucun résidu de ce transport d'hydrocarbures en vrac.

2. Le paragraphe 5 est remplacé par le texte ci-après:

   5. «Hydrocarbures» signifie tous les hydrocarbures minéraux persistants, notamment le pétrole brut, le fuel-oil, l'huile diesel lourde et l'huile de graissage, qu'ils soient transportés à bord d'un navire en tant que cargaison ou dans les soutes de ce navire.

3. Le paragraphe 6 est remplacé par le texte ci-après:

   6. «Dommage par pollution» signifie:

      a) le préjudice ou le dommage causé à l'extérieur du navire par une contamination survenue à la suite d'une fuite ou d'un rejet d'hydrocarbures du navire, où que cette fuite ou ce rejet se produise, étant entendu que les indemnités versées au titre de l'altération de l'environnement autres que le manque à gagner dû à cette altération seront limitées au coût des mesures raisonnables de remise en état qui ont été effectivement prises ou qui le seront;

      b) le coût des mesures de sauvegarde et les autres préjudices ou dommages causés par ces mesures.

4. Le paragraphe 8 est remplacé par le texte ci-après:

   8. «Evénement» signifie tout fait ou tout ensemble de faits ayant la même origine et dont résulte une pollution ou qui constitue une menace grave et imminente de pollution.

5. Le paragraphe 9 est remplacé par le texte ci-après:

   9. «Organisation» signifie l'Organisation maritime internationale.

6. Après le paragraphe 9, un nouveau paragraphe est inséré comme suit:

   10. «Convention de 1969 sur la responsabilité» signifie la Convention internationale de 1969 sur la responsabilité civile pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures. Pour les Etats Parties au Protocole

andere Ladungen befördern kann, als Schiff nur angesehen, wenn es tatsächlich Öl als Bulkladung befördert, und während jeder Fahrt, die auf eine solche Beförderung folgt, sofern nicht nachgewiesen wird, daß es keine Rückstände solcher Beförderung von Öl als Bulkladung an Bord hat.

2. Nummer 5 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

   5. „Öl" bedeutet beständiges Kohlenwasserstoffmineralöl wie Rohöl, Heizöl, schweres Dieselöl und Schmieröl, gleichviel ob es als Ladung oder in den Bunkern des Schiffes befördert wird.

3. Nummer 6 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

   6. „Verschmutzungsschäden" bedeuten

      a) Verluste oder Schäden, die außerhalb des Schiffes durch eine auf das Ausfließen oder Ablassen von Öl aus dem Schiff zurückzuführende Verunreinigung hervorgerufen werden, gleichviel wo das Ausfließen oder Ablassen erfolgt; jedoch wird der Schadenersatz für eine Beeinträchtigung der Umwelt, ausgenommen der auf Grund dieser Beeinträchtigung entgangene Gewinn, auf die Kosten tatsächlich ergriffener oder zu ergreifender angemessener Wiederherstellungsmaßnahmen beschränkt;

      b) die Kosten von Schutzmaßnahmen und weitere durch Schutzmaßnahmen verursachte Verluste oder Schäden.

4. Nummer 8 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

   8. „Ereignis" bedeutet einen Vorfall oder eine Reihe von Vorfällen gleichen Ursprungs, die Verschmutzungsschäden verursachen oder eine schwere, unmittelbar drohende Gefahr der Verursachung solcher Schäden darstellen.

5. Nummer 9 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

   9. „Organisation" bedeutet die Internationale Seeschiffahrts-Organisation.

6. Nach Nummer 9 wird eine neue Nummer eingefügt, die wie folgt lautet:

   10. „Haftungsübereinkommen von 1969" bedeutet das Internationale Übereinkommen von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden. Für Vertragsstaaten des Protokolls von

1969 Liability Convention as amended by that Protocol.

de 1976 de cette Convention, l'expression désigne la Convention de 1969 sur la responsabilité, telle que modifiée par ce protocole.

1976 zu jenem Übereinkommen bezeichnet dieser Ausdruck das Haftungsübereinkommen von 1969 in der durch das Protokoll geänderten Fassung.

Article 3

Article II of the 1969 Liability Convention is replaced by the following text:

This Convention shall apply exclusively:

(a) to pollution damage caused:

(i) in the territory, including the territorial sea, of a Contracting State, and

(ii) in the exclusive economic zone of a Contracting State, established in accordance with international law, or, if a Contracting State has not established such a zone, in an area beyond and adjacent to the territorial sea of that State determined by that State in accordance with international law and extending not more than 200 nautical miles from the baselines from which the breadth of its territorial sea is measured;

(b) to preventive measures, wherever taken, to prevent or minimize such damage.

Article 3

L'article II de la Convention de 1969 sur la responsabilité est remplacé par le texte ci-après:

La présente Convention s'applique exclusivement:

a) aux dommages de pollution survenus:

i) sur le territoire, y compris la mer territoriale, d'un Etat contractant, et

ii) dans la zone économique exclusive d'un Etat contractant établie conformément au droit international ou, si un Etat contractant n'a pas établi cette zone, dans une zone située au-delà de la mer territoriale de cet Etat et adjacente à celle-ci, déterminée par cet Etat conformément au droit international et ne s'étendant pas au-delà de 200 milles marins des lignes de base à partir desquelles est mesurée la largeur de la mer territoriale;

b) aux mesures de sauvegarde, où qu'elles soient prises, destinées à éviter ou à réduire de tels dommages.

Artikel 3

Artikel II des Haftungsübereinkommens von 1969 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Dieses Übereinkommen gilt ausschließlich

a) für Verschmutzungsschäden, die verursacht worden sind

i) im Hoheitsgebiet einschließlich des Küstenmeers eines Vertragsstaats und

ii) in der nach Völkerrecht festgelegten ausschließlichen Wirtschaftszone eines Vertragsstaats oder, wenn ein Vertragsstaat eine solche Zone nicht festgelegt hat, in einem jenseits des Küstenmeers dieses Staates gelegenen, an dieses angrenzenden Gebiet, das von diesem Staat nach Völkerrecht festgelegt wird und sich nicht weiter als 200 Seemeilen von den Basislinien erstreckt, von denen aus die Breite seines Küstenmeers gemessen wird;

b) für Schutzmaßnahmen zur Verhütung oder Einschränkung dieser Schäden, gleichviel wo sie getroffen worden sind.

Article 4

Article III of the 1969 Liability Convention is amended as follows:

1. Paragraph 1 is replaced by the following text:

1. Except as provided in paragraphs 2 and 3 of this Article, the owner of a ship at the time of an incident, or where the incident consists of a series of occurrences at the time of the first such occurrence, shall be liable for any pollution damage caused by the ship as a result of the incident.

2. Paragraph 4 is replaced by the following text:

4. No claim for compensation for pollution damage may be made against the owner otherwise than in accordance with this Convention. Subject to paragraph 5 of this Article, no claim for compensation for pollution damage under this Convention or otherwise may be made against:

(a) the servants or agents of the owner or the members of the crew;

(b) the pilot or any other person who, without being a member of the crew, performs services for the ship;

Article 4

L'article III de la Convention de 1969 sur la responsabilité est modifié comme suit:

1. Le paragraphe 1 est remplacé par le texte ci-après:

1. Le propriétaire du navire au moment d'un événement, ou si l'événement consiste en une succession de faits, au moment du premier de ces faits, est responsable de tout dommage par pollution causé par le navire et résultant de l'événement, sauf dans les cas prévus aux paragraphes 2 et 3 du présent article.

2. Le paragraphe 4 est remplacé par le texte ci-après:

4. Aucune demande de réparation de dommage par pollution ne peut être formée contre le propriétaire autrement que sur la base de la présente Convention. Sous réserve du paragraphe 5 du présent article, aucune demande de réparation de dommage par pollution, qu'elle soit ou non fondée sur la présente Convention, ne peut être introduite contre:

a) les préposés ou mandataires du propriétaire ou les membres de l'équipage;

b) le pilote ou toute autre personne qui, sans être membre de l'équipage, s'acquitte de services pour le navire;

Artikel 4

Artikel III des Haftungsübereinkommens von 1969 wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(1) Außer in den Fällen der Absätze 2 und 3 haftet der Eigentümer eines Schiffes im Zeitpunkt des Ereignisses oder, wenn das Ereignis aus einer Reihe von Vorfällen besteht, im Zeitpunkt des ersten Vorfalls für alle Verschmutzungsschäden, die infolge des Ereignisses durch das Schiff verursacht wurden.

2. Absatz 4 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(4) Schadenersatzansprüche wegen Verschmutzungsschäden können gegen den Eigentümer nur nach diesem Übereinkommen geltend gemacht werden. Vorbehaltlich des Absatzes 5 können Schadenersatzansprüche wegen Verschmutzungsschäden weder auf Grund dieses Übereinkommens noch auf anderer Grundlage geltend gemacht werden gegen

a) die Bediensteten oder Beauftragten des Eigentümers oder die Mitglieder der Besatzung;

b) den Lotsen oder eine andere Person, die, ohne Mitglied der Besatzung zu sein, Dienste für das Schiff leistet;

(c) any charterer (howsoever described, including a bareboat charterer), manager or operator of the ship;

(d) any person performing salvage operations with the consent of the owner or on the instructions of a competent public authority;

(e) any person taking preventive measures;

(f) all servants or agents of persons mentioned in subparagraphs (c), (d) and (e);

unless the damage resulted from their personal act or omission, committed with the intent to cause such damage, or recklessly and with knowledge that such damage would probably result.

c) tout affréteur (sous quelque appellation que ce soit, y compris un affréteur coque nue), armateur ou armateur-gérant du navire;

d) toute personne accomplissant des opérations de sauvetage avec l'accord du propriétaire ou sur les instructions d'une autorité publique compétente;

e) toute personne prenant des mesures de sauvegarde;

f) tous préposés ou mandataires des personnes mentionnées aux alinéas c), d) et e);

à moins que le dommage ne résulte de leur fait ou de leur omission personnels, commis avec l'intention de provoquer un tel dommage, ou commis témérairement et avec conscience qu'un tel dommage en résulterait probablement.

c) einen Charterer (wie auch immer er bezeichnet ist, einschließlich Bareboat Charterer), Ausrüster oder Betreiber des Schiffes sowie einen mit der Betriebsführung Beauftragten;

d) eine Person, die mit Einwilligung des Eigentümers oder auf Weisung einer zuständigen Behörde Bergungs- oder Hilfeleistungsarbeiten ausführt;

e) eine Person, die Schutzmaßnahmen trifft;

f) alle Bediensteten oder Beauftragten der unter den Buchstaben c, d und e bezeichneten Personen,

sofern nicht die Schäden auf eine Handlung oder Unterlassung zurückzuführen sind, die von ihnen selbst entweder in der Absicht, solche Schäden herbeizuführen, oder leichtfertig und in dem Bewußtsein begangen wurde, daß solche Schäden wahrscheinlich eintreten würden.

Article 5

Article IV of the 1969 Liability Convention is replaced by the following text:

When an incident involving two or more ships occurs and pollution damage results therefrom, the owners of all the ships concerned, unless exonerated under Article III, shall be jointly and severally liable for all such damage which is not reasonably separable.

Article 5

L'article IV de la Convention de 1969 sur la responsabilité est remplacé par le texte ci-après:

Lorsqu'un événement met en cause plus d'un navire et qu'un dommage par pollution en résulte, les propriétaires de tous les navires en cause sont, sous réserve des exemptions prévues à l'article III, conjointement et solidairement responsables pour la totalité du dommage qui n'est pas raisonnablement divisible.

Artikel 5

Artikel IV des Haftungsübereinkommens von 1969 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Tritt ein Ereignis ein, an dem mehr als ein Schiff beteiligt ist, und entstehen daraus Verschmutzungsschäden, so haften die Eigentümer aller beteiligten Schiffe, sofern sie nicht nach Artikel III befreit sind, gesamtschuldnerisch für alle Schäden, die sich nicht hinreichend sicher trennen lassen.

Article 6

Article V of the 1969 Liability Convention is amended as follows:

1. Paragraph 1 is replaced by the following text:

   1. The owner of a ship shall be entitled to limit his liability under this Convention in respect of any one incident to an aggregate amount calculated as follows:

   (a) 3 million units of account for a ship not exceeding 5,000 units of tonnage;

   (b) for a ship with a tonnage in excess thereof, for each additional unit of tonnage, 420 units of account in addition to the amount mentioned in subparagrah (a);

   provided, however, that this aggregate amount shall not in any event exceed 59.7 million units of account.

2. Paragraph 2 is replaced by the following text:

   2. The owner shall not be entitled to limit his liability under this Convention if it is proved that the pollution damage resulted from his personal act or omission, committed with the intent to cause such damage, or recklessly and

Article 6

L'article V de la Convention de 1969 sur la responsabilité est modifié comme suit:

1. Le paragraphe 1 est remplacé par le texte ci-après:

   1. Le propriétaire d'un navire est en droit de limiter sa responsabilité aux termes de la présente Convention à un montant total par événement calculé comme suit:

   a) 3 millions d'unités de compte pour un navire dont la jauge ne dépasse pas 5 000 unités;

   b) pour un navire dont la jauge dépasse ce nombre d'unités, pour chaque unité de jauge supplémentaire, 420 unités de compte en sus du montant mentionné à l'alinéa a);

   étant entendu toutefois que le montant total ne pourra en aucun cas excéder 59,7 millions d'unités de compte.

2. Le paragraphe 2 est remplacé par le texte ci-après:

   2. Le propriétaire n'est pas en droit de limiter sa responsabilité aux termes de la présente Convention s'il est prouvé que le dommage par pollution résulte de son fait ou de son omission personnels, commis avec l'intention de provoquer un

Artikel 6

Artikel V des Haftungsübereinkommens von 1969 wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

   (1) Der Eigentümer eines Schiffes ist berechtigt, seine Haftung auf Grund dieses Übereinkommens für jedes Ereignis auf einen Gesamtbetrag zu beschränken, der sich wie folgt errechnet:

   a) 3 Millionen Rechnungseinheiten für ein Schiff mit bis zu 5 000 Raumgehaltseinheiten,

   b) für ein Schiff mit einem darüber hinausgehenden Raumgehalt erhöht sich der unter Buchstabe a genannte Betrag für jede zusätzliche Raumgehaltseinheit um 420 Rechnungseinheiten;

   dieser Gesamtbetrag darf jedoch 59,7 Millionen Rechnungseinheiten nicht überschreiten.

2. Absatz 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

   (2) Der Eigentümer ist nicht berechtigt, seine Haftung auf Grund dieses Übereinkommens zu beschränken, wenn nachgewiesen wird, daß die Verschmutzungsschäden auf eine Handlung oder Unterlassung zurückzuführen

with knowledge that such damage would probably result.

3. Paragraph 3 is replaced by the following text:

   3. For the purpose of availing himself of the benefit of limitation provided for in paragraph 1 of this Article the owner shall constitute a fund for the total sum representing the limit of his liability with the Court or other competent authority of any one of the Contracting States in which action is brought under Article IX or, if no action is brought, with any Court or other competent authority in any one of the Contracting States in which an action can be brought under Article IX. The fund can be constituted either by depositing the sum or by producing a bank guarantee or other guarantee, acceptable under the legislation of the Contracting State where the fund is constituted, and considered to be adequate by the Court or other competent authority.

4. Paragraph 9 is replaced by the following text:

   9. (a) The "unit of account" referred to in paragraph 1 of this Article is the Special Drawing Right as defined by the International Monetary Fund. The amounts mentioned in paragraph 1 shall be converted into national currency on the basis of the value of that currency by reference to the Special Drawing Right on the date of the constitution of the fund referred to in paragraph 3. The value of the national currency, in terms of the Special Drawing Right, of a Contracting State which is a member of the International Monetary Fund, shall be calculated in accordance with the method of valuation applied by the International Monetary Fund in effect on the date in question for its operations and transactions. The value of the national currency, in terms of the Special Drawing Right, of a Contracting State which is not a member of the International Monetary Fund, shall be calculated in a manner determined by that State.

   (b) Nevertheless, a Contracting State which is not a member of the International Monetary Fund and whose law does not permit the application of the provisions of paragraph 9 (a) may, at the time of ratification, acceptance, approval of or accession to this Convention

tel dommage, ou commis témérairement et avec conscience qu'un tel dommage en résulterait probablement.

3. Le paragraphe 3 est remplacé par le texe ci-après:

   3. Pour bénéficier de la limitation prévue au paragraphe 1 du présent article, le propriétaire doit constituer un fonds s'élevant à la limite de sa responsabilité auprès du tribunal ou de toute autre autorité compétente de l'un quelconque des Etats contractants où une action est engagée en vertu de l'article IX ou, à défaut d'une telle action, auprès d'un tribunal ou de toute autre autorité compétente de l'un quelconque des Etats contractants où une action peut être engagée en vertu de l'article IX. Le fonds peut être constitué soit par le dépôt de la somme, soit par la présentation d'une garantie bancaire ou de toute autre garantie acceptable admise par la législation de l'Etat contractant dans lequel le fonds est constitué, et jugé satisfaisante par le tribunal ou toute autre autorité compétente.

4. Le paragraphe 9 est remplacé par le texte ci-après:

   9. a) L'«unité de compte» visée au paragraphe 1 du présent article est le droit de tirage spécial tel qu'il est défini par le Fonds monétaire international. Les montants mentionnés au paragraphe 1 sont convertis en monnaie nationale suivant la valeur de cette monnaie par rapport au droit de tirage spécial à la date de la constitution du fonds visé au paragraphe 3. La valeur, en droits de tirage spéciaux, de la monnaie nationale d'un Etat contractant qui est membre du Fonds monétaire international est calculée selon la méthode d'évaluation appliquée par le Fonds monétaire international à la date en question pour ses propres opérations et transactions. La valeur, en droits de tirage spéciaux, de la monnaie nationale d'un Etat contractant qui n'est pas membre du Fonds monétaire international est calculée de la façon déterminée par cet Etat.

   b) Toutefois, un Etat contractant qui n'est pas membre du Fonds monétaire international et dont la législation ne permet pas d'appliquer les dispositions du paragraphe 9 a) peut, au moment de la ratification, de l'acceptation ou de l'approbation de la présente Convention ou

sind, die von ihm selbst entweder in der Absicht, solche Schäden herbeizuführen, oder leichtfertig und in dem Bewußtsein begangen wurde, daß solche Schäden wahrscheinlich eintreten würden.

3. Absatz 3 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

   (3) Um sich auf die in Absatz 1 vorgesehene Beschränkung berufen zu können, hat der Eigentümer für den Gesamtbetrag seiner Haftung einen Fonds bei dem Gericht oder einer sonstigen zuständigen Stelle eines der Vertragsstaaten zu errichten, in dem nach Artikel IX Klage erhoben wird, oder, wenn keine Klage erhoben wird, bei jedem Gericht oder jeder sonstigen zuständigen Stelle in einem der Vertragsstaaten, in denen nach Artikel IX Klage erhoben werden kann. Der Fonds kann entweder durch Hinterlegung des Betrags oder durch Vorlage einer Bankgarantie oder einer anderen nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dem der Fonds errichtet wird, zulässigen und von dem Gericht oder der sonstigen zuständigen Stelle für ausreichend erachteten Garantie errichtet werden.

4. Absatz 9 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

   (9) a) Die in Absatz 1 genannte „Rechnungseinheit" ist das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds. Die in Absatz 1 genannten Beträge werden in die Landeswährung entsprechend dem Wert dieser Währung gegenüber dem Sonderziehungsrecht am Tag der Errichtung des in Absatz 3 genannten Fonds umgerechnet. Der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Landeswährung eines Vertragsstaats, der Mitglied des Internationalen Währungsfonds ist, wird nach der vom Internationalen Währungsfonds angewendeten Bewertungsmethode errechnet, die an dem betreffenden Tag für seine Operationen und Transaktionen gilt. Der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Landeswährung eines Vertragsstaats, der nicht Mitglied des Internationalen Währungsfonds ist, wird auf eine von diesem Staat bestimmte Weise errechnet.

   b) Dessenungeachtet kann ein Vertragsstaat, der nicht Mitglied des Internationalen Währungsfonds ist und dessen Recht die Anwendung des Buchstabens a nicht zuläßt, bei der Ratifikation, der Annahme oder der Genehmigung dieses Übereinkommens

or at any time thereafter, declare that the unit of account referred to in paragraph 9 (a) shall be equal to 15 gold francs. The gold franc referred to in this paragraph corresponds to sixty-five and a half milligrammes of gold of millesimal fineness nine hundred. The conversion of the gold franc into the national currency shall be made according to the law of the State concerned.

(c) The calculation mentioned in the last sentence of paragraph 9 (a) and the conversion mentioned in paragraph 9 (b) shall be made in such manner as to express in the national currency of the Contracting State as far as possible the same real value for the amounts in paragraph 1 as would result from the application of the first three sentences of paragraph 9 (a). Contracting States shall communicate to the depositary the manner of calculation pursuant to paragraph 9 (a), or the result of the conversion in paragraph 9 (b) as the case may be, when depositing an instrument of ratification, acceptance, approval of or accession to this Convention and whenever there is a change in either.

5. Paragraph 10 is replaced by the following text:

10. For the purpose of this Article the ship's tonnage shall be the gross tonnage calculated in accordance with the tonnage measurement regulations contained in Annex I of the International Convention on Tonnage Measurement of Ships, 1969.

6. The second sentence of paragraph 11 is replaced by the following text:

Such a fund may be constituted even if, under the provisions of paragraph 2, the owner is not entitled to limit his liability, but its constitution shall in that case not prejudice the rights of any claimant against the owner.

de l'adhésion à celle-ci ou encore à tout moment par la suite, déclarer que l'unité de compte visée au paragraphe 9 a) est égale à 15 francs or. Le franc or visé dans le présent paragraphe correspond à 65 milligrammes et demi d'or au titre de neuf cents millièmes de fin. La conversion du franc or en monnaie nationale s'effectue conformément à la législation de l'Etat en cause.

c) Le calcul mentionné à la dernière phrase du paragraphe 9 a) et la conversion mentionnée au paragraphe 9 b) sont faits de façon à exprimer en monnaie nationale de l'Etat contractant la même valeur réelle, dans la mesure du possible, pour les montants prévus au paragraphe 1 que celle qui découlerait de l'application des trois premières phrases du paragraphe 9 a). Les Etats contractants communiquent au dépositaire leur méthode de calcul conformément au paragraphe 9 a) ou les résultats de la conversion conformément au paragraphe 9 b), selon le cas, lors du dépôt de leur instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation de la présente Convention ou d'adhésion à celle-ci et chaque fois qu'un changement se produit dans cette méthode de calcul ou dans ces résultats.

5. Le paragraphe 10 est remplacé par le texte ci-après:

10. Aux fins du présent article, la jauge du navire est la jauge brute calculée conformément aux règles de jaugeage prévues à l'Annexe I de la Convention internationale de 1969 sur le jaugeage des navires.

6. La deuxième phrase du paragraphe 11 est remplacée par le texte ci-après:

Un tel fonds peut être constitué même lorsque, en vertu des dispositions du paragraphe 2, le propriétaire n'est pas en droit de limiter sa responsabilité, mais la constitution ne porte pas atteinte, dans ce cas, aux droits qu'ont les victimes vis-à-vis du propriétaire.

oder dem Beitritt zu dem Übereinkommen oder jederzeit danach erklären, daß die unter Buchstabe a genannte Rechnungseinheit 15 Goldfranken entspricht. Der unter diesem Buchstaben genannte Goldfranken entspricht 65½ Milligramm Gold von 900/1 000 Feingehalt. Die Umrechnung des Goldfranken in die Landeswährung erfolgt nach dem Recht des betreffenden Staates.

c) Die unter Buchstabe a letzter Satz genannte Berechnung und die unter Buchstabe b genannte Umrechnung erfolgen in der Weise, daß die Beträge nach Absatz 1, in der Landeswährung des Vertragsstaats ausgedrückt, soweit wie möglich dem tatsächlichen Wert entsprechen, der sich aus der Anwendung des Buchstabens a Sätze 1 bis 3 ergeben würde. Die Vertragsstaaten teilen dem Verwahrer die Art der Berechnung nach Buchstabe a oder das Ergebnis der Umrechnung nach Buchstabe b bei der Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu diesem Übereinkommen sowie immer dann mit, wenn sich die Berechnungsart oder das Umrechnungsergebnis ändert.

5. Absatz 10 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(10) Raumgehalt des Schiffes im Sinne dieses Artikels ist die Bruttoraumzahl, errechnet nach den in Anlage I des Internationalen Schiffsvermessungs-Übereinkommens von 1969 enthaltenen Bestimmungen über die Vermessung des Raumgehalts.

6. Absatz 11 Satz 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Dieser Fonds kann selbst dann errichtet werden, wenn nach Absatz 2 der Eigentümer nicht berechtigt ist, seine Haftung zu beschränken, beeinträchtigt jedoch dann nicht die Rechte der Geschädigten gegen den Eigentümer.

Article 7

Article VII of the 1969 Liability Convention is amended as follows:

1. The first two sentences of paragraph 2 are replaced by the following text:

A certificate attesting that insurance or other financial security is in force in accordance with the provisions of this

Article 7

L'article VII de la Convention de 1969 sur la responsabilité est modifié comme suit:

1. Les deux premières phrases du paragraphe 2 sont remplacées par le texe ci-après:

Un certificat attestant qu'une assurance ou autre garantie financière est en cours de validité conformément aux disposi-

Artikel 7

Artikel VII des Haftungsübereinkommens von 1969 wird wie folgt geändert:

1. Absatz 2 Sätze 1 und 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Nachdem die zuständige Behörde eines Vertragsstaats sich vergewissert hat, daß die Voraussetzungen des Absat-

Convention shall be issued to each ship after the appropriate authority of a Contracting State has determined that the requirements of paragraph 1 have been complied with. With respect to a ship registered in a Contracting State such certificate shall be issued or certified by the appropriate authority of the State of the ship's registry; with respect to a ship not registered in a Contracting State it may be issued or certified by the appropriate authority of any Contracting State.

2. Paragraph 4 is replaced by the following text:

4. The certificate shall be carried on board the ship and a copy shall be deposited with the authorities who keep the record of the ship's registry or, if the ship is not registered in a Contracting State, with the authorities of the State issuing or certifying the certificate.

3. The first sentence of paragraph 7 is replaced by the following text:

Certificates issued or certified under the authority of a Contracting State in accordance with paragraph 2 shall be accepted by other Contracting States for the purposes of this Convention and shall be regarded by other Contracting States as having the same force as certificates issued or certified by them even if issued or certified in respect of a ship not registered in a Contracting State.

4. In the second sentence of paragraph 7 the words "with the State of a ship's registry" are replaced by the words "with the issuing or certifying State".

5. The second sentence of paragraph 8 is replaced by the following text:

In such case the defendant may, even if the owner is not entitled to limit his liability according to Article V, paragraph 2, avail himself of the limits of liability prescribed in Article V, paragraph 1.

tions de la présente Convention est délivré à chaque navire après que l'autorité compétente de l'Etat contractant s'est assurée que le navire satisfait aux prescriptions du paragraphe 1. Lorsqu'il s'agit d'un navire immatriculé dans un Etat contractant, ce certificat est délivré ou visé par l'autorité compétente de l'Etat d'immatriculation du navire; lorsqu'il s'agit d'un navire non immatriculé dans un Etat contractant, le certificat peut être délivré ou visé par l'autorité compétente de tout Etat contractant.

2. Le paragraphe 4 est remplacé par le texte ci-après:

4. Le certificat doit se trouver à bord du navire et une copie doit en être déposée auprès de l'autorité qui tient le registre d'immatriculation du navire ou, si le navire n'est pas immatriculé dans un Etat contractant, auprès de l'autorité de l'Etat qui a délivré ou visé le certificat.

3. La première phrase du paragraphe 7 est remplacée par le texte ci-après:

Les certificats délivrés ou visés sous la responsabilité d'un Etat contractant en application du paragraphe 2 sont reconnus par d'autres Etats contractants à toutes les fins de la présente Convention et sont considérés par eux comme ayant la même valeur que les certificats délivrés et visés par eux-mêmes, même lorsqu'il s'agit d'un navire qui n'est pas immatriculé dans un Etat contractant.

4. Dans la deuxième phrase du paragraphe 7, les mots «à l'Etat d'immatriculation» sont remplacés par les mots «à l'Etat qui a délivré ou visé le certificat».

5. La deuxième phrase du paragraphe 8 est remplacée par le texte ci-après:

Dans un tel cas, le défendeur peut, même lorsque le propriétaire n'est pas en droit de limiter sa responsabilité conformément à l'article V, paragraphe 2, se prévaloir des limites de responsabilité prévues à l'article V, paragraphe 1.

zes 1 erfüllt sind, wird für jedes Schiff eine Bescheinigung darüber ausgestellt, daß eine Versicherung oder sonstige finanzielle Sicherheit nach diesem Übereinkommen in Kraft ist. Für ein in das Schiffsregister eines Vertragsstaats eingetragenes Schiff wird diese Bescheinigung von der zuständigen Behörde des Staates des Schiffsregisters ausgestellt oder bestätigt; für ein nicht in das Schiffsregister eines Vertragsstaats eingetragenes Schiff kann sie von der zuständigen Behörde jedes Vertragsstaats ausgestellt oder bestätigt werden.

2. Absatz 4 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(4) Die Bescheinigung wird an Bord des Schiffes mitgeführt; eine Durchschrift wird bei der Behörde hinterlegt, die das betreffende Schiffsregister führt, oder, wenn das Schiff nicht in das Schiffsregister eines Vertragsstaats eingetragen ist, bei der Behörde des Staates, der die Bescheinigung ausstellt oder bestätigt.

3. Absatz 7 Satz 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Die nach Absatz 2 im Namen eines Vertragsstaats ausgestellten oder bestätigten Bescheinigungen werden von anderen Vertragsstaaten für die Zwecke dieses Übereinkommens anerkannt; sie messen ihnen die gleiche Wirkung bei wie den von ihnen selbst ausgestellten oder bestätigten Bescheinigungen, und zwar auch dann, wenn sie für ein Schiff ausgestellt oder bestätigt worden sind, das nicht in das Schiffsregister eines Vertragsstaats eingetragen ist.

4. In Absatz 7 Satz 2 werden die Worte „den Staat des Schiffsregisters" durch die Worte „den ausstellenden oder bestätigenden Staat" ersetzt.

5. Absatz 8 Satz 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Hierbei kann sich der Beklagte, auch wenn der Eigentümer nach Artikel V Absatz 2 nicht berechtigt ist, seine Haftung zu beschränken, auf die in Artikel V Absatz 1 vorgesehene Haftungsbeschränkung berufen.

Article 8

Article IX of the 1969 Liability Convention is amended as follows:

Paragraph 1 is replaced by the following text:

1. Where an incident has caused pollution damage in the territory, including the territorial sea or an area referred to in Article II, of one or more Contracting States or preventive measures have been taken to prevent or minimize pollution damage in such territory including the territorial sea or area, actions for compensation may only be brought in the Courts of any such Contracting State or States. Reasonable notice of

Article 8

L'article IX de la Convention de 1969 sur la responsabilité est modifié comme suit:

Le paragraphe 1 est remplacé par le texte ci-après:

1. Lorsqu'un événement a causé un dommage par pollution sur le territoire, y compris la mer territoriale, ou dans une zone telle que définie à l'article II, d'un ou de plusieurs Etats contractants, ou que des mesures de sauvegarde ont été prises pour prévenir ou atténuer tout dommage par pollution sur ce territoire, y compris la mer territoriale, ou dans une telle zone, il ne peut être présenté de demande d'indemnisation

Artikel 8

Artikel IX des Haftungsübereinkommens von 1969 wird wie folgt geändert:

Absatz 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(1) Sind durch ein Ereignis Verschmutzungsschäden im Hoheitsgebiet einschließlich des Küstenmeers oder eines in Artikel II genannten Gebiets eines oder mehrerer Vertragsstaaten entstanden oder sind in diesem Hoheitsgebiet einschließlich des Küstenmeers oder Gebiets Schutzmaßnahmen getroffen worden, um Verschmutzungsschäden zu verhüten oder einzuschränken, so können Schadenersatzkla-

any such action shall be given to the defendant.

que devant les tribunaux de ce ou de ces Etats contractants. Avis doit être donné au défendeur, dans un délai raisonnable, de l'introduction de telles demandes.

gen nur vor den Gerichten des oder der betreffenden Vertragsstaaten anhängig gemacht werden. Der Beklagte ist über derartige Klagen binnen angemessener Frist zu unterrichten.

Article 9

After Article XII of the 1969 Liability Convention two new Articles are inserted as follows:

Article XIIbis
Transitional provisions

The following transitional provisions shall apply in the case of a State which at the time of an incident is a Party both to this Convention and to the 1969 Liability Convention:

(a) where an incident has caused pollution damage within the scope of this Convention, liability under this Convention shall be deemed to be discharged if, and to the extent that, it also arises under the 1969 Liability Convention;

(b) where an incident has caused pollution damage within the scope of this Convention, and the State is a Party both to this Convention and to the International Convention on the Establishment of an International Fund for Compensation for Oil Pollution Damage, 1971, liability remaining to be discharged after the application of subparagraph (a) of this Article shall arise under this Convention only to the extent that pollution damage remains uncompensated after application of the said 1971 Convention;

(c in the application of Article III, paragraph 4, of this Convention the expression "this Convention" shall be interpreted as referring to this Convention or the 1969 Liability Convention, as appropriate;

(d) in the application of Article V, paragraph 3, of this Convention the total sum of the fund to be constituted shall be reduced by the amount by which liability has been deemed to be discharged in accordance with subparagraph (a) of this Article.

Article XII^ter
Final clauses

The final clauses of this Convention shall be Articles 12 to 18 of the Protocol of 1984 to amend the 1969 Liability Convention. References in this Convention to Contracting States shall be taken to mean references to the Contracting States of that Protocol.

Article 9

Après l'article XII de la Convention de 1969 sur la responsabilité, deux nouveaux articles sont insérés comme suit:

Article XIIbis
Dispositions transitoires

Les dispositions transitoires suivantes s'appliquent dans le cas d'un Etat qui, à la date d'un événement, est Partie à la fois à la présente Convention et à la Convention de 1969 sur la responsabilité:

a) lorsqu'un événement a causé des dommages par pollution relevant du champ d'application de la présente Convention, la responsabilité régie par celle-ci est considérée comme assumée au cas et dans la mesure où elle est également régie par la Convention de 1969 sur la responsabilité;

b) lorsqu'un événement a causé des dommages par pollution relevant du champ d'application de la présente Convention et que l'Etat est Partie à la présente Convention et à la Convention internationale de 1971 portant création d'un Fonds international d'indemnisation pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures, la responsabilité qui reste à assumer après application des dispositions du paragraphe a) du présent article n'est régie par la présente Convention que dans la mesure où les dommages par pollution n'ont pas été pleinement réparés après application des dispositions de ladite Convention de 1971;

c) aux fins de l'application de l'article III, paragraphe 4, de la présente Convention, les termes «la présente Convention» sont interprétés comme se référant à la présente Convention ou à la Convention de 1969 sur la responsabilité, selon le cas;

d) aux fins de l'application de l'article V, paragraphe 3, de la présente Convention, le montant total du fonds à constituer est réduit du montant par lequel la responsabilité est considérée comme assumée conformément au paragraphe a) du présent article.

Article XII^ter
Clauses finales

Les clauses finales de la présente Convention sont les articles 12 à 18 du Protocole de 1984 modifiant la Convention de 1969 sur la responsabilité. Dans la présente Convention, les références aux Etats contractants sont considérées comme des références aux Etats contractants de ce Protocole.

Artikel 9

Nach Artikel XII des Haftungsübereinkommens von 1969 werden zwei neue Artikel wie folgt eingefügt:

Artikel XIIbis
Übergangsbestimmungen

Folgende Übergangsbestimmungen gelten hinsichtlich eines Staates, der im Zeitpunkt eines Ereignisses Vertragspartei sowohl dieses Übereinkommens als auch des Haftungsübereinkommens von 1969 ist:

a) Hat ein Ereignis Verschmutzungsschäden im Anwendungsbereich dieses Übereinkommens verursacht, so gilt die Haftung nach diesem Übereinkommen als abgegolten, falls und soweit sie auch nach dem Haftungsübereinkommen von 1969 besteht;

b) hat ein Ereignis Verschmutzungsschäden im Anwendungsbereich dieses Übereinkommens verursacht und ist der Staat Vertragspartei sowohl dieses Übereinkommens als auch des Internationalen Übereinkommens von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden, so besteht eine nach Anwendung des Buchstabens a verbleibende Haftung auf Grund dieses Übereinkommens nur insoweit, als Verschmutzungsschäden nach Anwendung des genannten Übereinkommens von 1971 unentschädigt bleiben;

c) bei der Anwendung des Artikels III Absatz 4 ist der Ausdruck „dieses Übereinkommen" so auszulegen, als beziehe er sich je nach Fall auf dieses Übereinkommen oder auf das Haftungsübereinkommen von 1969;

d) bei der Anwendung des Artikels V Absatz 3 ist der Gesamtbetrag des zu errichtenden Fonds um den Betrag zu verringern, in dessen Höhe die Haftung nach Buchstabe a als abgegolten gilt.

Artikel XII^ter
Schlußbestimmungen

Die Schlußbestimmungen dieses Übereinkommens sind die Artikel 12 bis 18 des Protokolls von 1984 zum Haftungsübereinkommen von 1969. Bezugnahmen in diesem Übereinkommen auf Vertragsstaaten gelten als Bezugnahmen auf die Vertragsstaaten des Protokolls.

Article 10

The model of a certificate annexed to the 1969 Liability Convention is replaced by the model annexed to this Protocol.

Article 10

Le modèle de certificat joint en annexe à la Convention de 1969 sur la responsabilité est remplacé par le modèle joint en annexe au présent Protocole.

Artikel 10

Das dem Haftungsübereinkommen von 1969 beigefügte Muster einer Bescheinigung wird durch das diesem Protokoll beigefügte Muster ersetzt.

Article 11

1. The 1969 Liability Convention and this Protocol shall, as between the Parties to this Protocol, be read and interpreted together as one single instrument.

2. Articles I to XII^{ter}, including the model certificate, of the 1969 Liability Convention as amended by this Protocol shall be known as the International Convention on Civil Liability for Oil Pollution Damage, 1984 (1984 Liability Convention).

Article 11

1. La Convention de 1969 sur la responsabilité et le présent Protocole sont, entre les Parties au présent Protocole, considérés et interprétés comme formant un seul instrument.

2. Les articles I à XII^{ter}, y compris le modèle de certificat, de la Convention de 1969 sur la responsabilité telle que modifiée par le présent Protocole sont désignés sous le nom de «Convention internationale de 1984 sur la responsabilité civile pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures» («Convention de 1984 sur la responsabilité»).

Artikel 11

(1) Das Haftungsübereinkommen von 1969 und dieses Protokoll sind im Verhältnis zwischen den Vertragsparteien dieses Protokolls als ein Vertragswerk zu betrachten und auszulegen.

(2) Die Artikel I bis XII^{ter} des Haftungsübereinkommens von 1969 in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung, einschließlich der Musterbescheinigung, tragen die Bezeichnung „Internationales Übereinkommen von 1984 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden" („Haftungsübereinkommen von 1984").

Final clauses

Article 12
Signature, ratification, etc.

1. This Protocol shall be open for signature at London from 1 December 1984 to 30 November 1985 by all States.

2. Subject to paragraph 4, any State may become a Party to this Protocol by:

(a) signature subject to ratification, acceptance or approval followed by ratification, acceptance or approval; or

(b) accession.

3. Ratification, acceptance, approval or accession shall be effected by the deposit of a formal instrument to that effect with the Secretary-General of the Organization.

4. Any Contracting State to the International Convention on the Establishment of an International Fund for Compensation for Oil Pollution Damage, 1971, hereinafter referred to as the 1971 Fund Convention, may ratify, accept, approve or accede to this Protocol only if it ratifies, accepts, approves or accedes to the Protocol of 1984 to amend that Convention at the same time, unless it denounces the 1971 Fund Convention to take effect on the date when this Protocol enters into force for that State.

5. A State which is a Party to this Protocol but not a Party to the 1969 Liability Convention shall be bound by the provisions of the 1969 Liability Convention as amended by this Protocol in relation to other States Parties hereto, but shall not be bound by the

Clauses finales

Article 12
Signature, ratification, etc.

1. Le présent Protocole est ouvert à la signature de tous les Etats à Londres du 1er décembre 1984 au 30 novembre 1985.

2. Sous réserve des dispositions du paragraphe 4, tout Etat peut devenir Partie au présent Protocole par:

a) signature sous réserve de ratification, acceptation ou approbation suivie de ratification, acceptation ou approbation; ou

b) adhésion.

3. La ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion s'effectuent par le dépôt d'un instrument en bonne et due forme à cet effet auprès du Secrétaire général de l'Organisation.

4. Tout Etat contractant à la Convention internationale de 1971 portant création d'un Fonds international d'indemnisation pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures, ci-après dénommée la «Convention de 1971 portant création du Fonds», ne peut ratifier, accepter ou approuver le présent Protocole ou y adhérer que s'il ratifie, accepte ou approuve en même temps le Protocole de 1984 modifiant cette Convention ou s'il y adhère, à moins qu'il dénonce la Convention de 1971 portant création du Fonds, avec effet à compter de la date d'entrée en vigueur du présent Protocole pour cet Etat.

5. Un Etat qui est Partie au présent Protocole mais n'est pas Partie à la Convention de 1969 sur la responsabilité est lié par les dispositions de la Convention de 1969 sur la responsabilité, telle que modifiée par le présent Protocole, à l'égard des autres Etats

Schlußbestimmungen

Artikel 12
Unterzeichnung, Ratifikation usw.

(1) Dieses Protokoll liegt vom 1. Dezember 1984 bis zum 30. November 1985 in London für alle Staaten zur Unterzeichnung auf.

(2) Vorbehaltlich des Absatzes 4 kann jeder Staat Vertragspartei dieses Protokolls werden,

a) indem er es vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet und danach ratifiziert, annimmt oder genehmigt oder

b) indem er ihm beitritt.

(3) Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer förmlichen Urkunde beim Generalsekretär der Organisation.

(4) Jeder Vertragsstaat des Internationalen Übereinkommens von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden, im folgenden als „Fondsübereinkommen von 1971" bezeichnet, kann dieses Protokoll nur ratifizieren, annehmen, genehmigen oder ihm beitreten, wenn er gleichzeitig das Protokoll von 1984 zu dem genannten Übereinkommen ratifiziert, annimmt, genehmigt oder ihm beitritt, es sei denn, er kündigt das Fondsübereinkommen von 1971 mit Wirkung von dem Tag, an dem das vorliegende Protokoll für diesen Staat in Kraft tritt.

(5) Ein Staat, der Vertragspartei dieses Protokolls, aber nicht Vertragspartei des Haftungssübereinkommens von 1969 ist, ist durch die Bestimmungen des Haftungsübereinkommens von 1969 in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung im

provisions of the 1969 Liability Convention in relation to States Parties thereto.

6. Any instrument of ratification, acceptance, approval or accession deposited after the entry into force of an amendment to the 1969 Liability Convention as amended by this Protocol shall be deemed to apply to the Convention so amended, as modified by such amendment.

Parties au Protocole, mais n'est pas lié par les dispositions de la Convention de 1969 sur la responsabilité à l'égard des Etats Parties à cette Convention.

6. Tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, déposé après l'entrée en vigueur d'un amendement à la Convention de 1969 sur la responsabilité, telle que modifiée par le présent Protocole, est réputé s'appliquer à la Convention ainsi modifiée et telle que modifiée par ledit amendement.

Verhältnis zu den anderen Vertragsparteien dieses Protokolls gebunden; er ist aber nicht durch die Bestimmungen des Haftungsübereinkommens von 1969 im Verhältnis zu dessen Vertragsparteien gebunden.

(6) Jede Ratifikations-, Annahme- Genehmigungs oder Beitrittsurkunde, die nach Inkrafttreten einer Änderung des Haftungsübereinkommens von 1969 in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung hinterlegt wird, gilt für das so geänderte Übereinkommen in der Fassung der Änderung.

Article 13
Entry into force

1. This Protocol shall enter into force twelve months following the date on which ten States including six States each with not less than one million units of gross tanker tonnage have deposited instruments of ratification, acceptance, approval or accession with the Secretary-General of the Organization.

2. However, any Contracting State to the 1971 Fund Convention may, at the time of the deposit of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession in respect of this Protocol, declare that such instrument shall be deemed not to be effective for the purposes of this Article until the end of the six-month period in Article 31 of the Protocol of 1984 to amend the 1971 Fund Convention. A State which is not a Contracting State to the 1971 Fund Convention but which deposits an instrument of ratification, acceptance, approval or accession in respect of the Protocol of 1984 to amend the 1971 Fund Convention may also make a declaration in accordance with this paragraph at the same time.

3. Any State which has made a declaration in accordance with the preceding paragraph may withdraw it at any time by means of notification addressed to the Secretary-General of the Organization. Any such withdrawal shall take effect on the date the notification is received, provided that such State shall be deemed to have deposited its instrument of ratification, acceptance, approval or accession in respect of this Protocol on that date.

4. For any State which ratifies, accepts, approves or accedes to it after the conditions in paragraph 1 for entry into force have been met, this Protocol shall enter into force twelve months following the date of deposit by such State of the appropriate instrument.

Article 13
Entrée en vigueur

1. Le présent Protocole entre en vigueur douze mois après la date à laquelle dix Etats, y compris six Etats possédant chacun au moins un million d'unités de jauge brute de navires-citernes, ont déposé un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion auprès du Secrétaire général de l'Organisation.

2. Toutefois, tout Etat contractant à la Convention de 1971 portant création du Fonds peut, au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion relatif au présent Protocole, déclarer que cet instrument est réputé sans effet aux fins du présent article jusqu'à l'expiration du délai de six mois prévu à l'article 31 du Protocole de 1984 modifiant la Convention de 1971 portant création du Fonds. Un Etat qui n'est pas un Etat contractant à la Convention de 1971 portant création du Fonds mais qui dépose un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion relatif au Protocole de 1984 à la Convention de 1971 portant création du Fonds, peut également faire en même temps une déclaration conformément au présent paragraphe.

3. Tout Etat qui a fait une déclaration conformément au paragraphe précédent peut la retirer à tout moment au moyen d'une notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation. Tout retrait ainsi effectué prend effet à la date de la réception de la notification, à condition que cet Etat soit considéré comme ayant déposé à cette date son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion relatif au présent Protocole.

4. Pour tout Etat qui le ratifie, l'accepte, l'approuve ou y adhère après que les conditions d'entrée en vigueur prévues au paragraphe 1 ont été remplies, le présent Protocole entre en vigueur douze mois après la date du dépôt par cet Etat de l'instrument approprié.

Artikel 13
Inkrafttreten

(1) Dieses Protokoll tritt zwölf Monate nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem zehn Staaten, darunter sechs Staaten mit einer Tanker-Bruttoraumzahl von je mindestens einer Million Einheiten, Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden beim Generalsekretär der Organisation hinterlegt haben.

(2) Jeder Vertragsstaat des Fondsübereinkommens von 1971 kann jedoch bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu diesem Protokoll erklären, daß diese Urkunde für die Zwecke dieses Artikels bis zum Ablauf der in Artikel 31 des Protokolls von 1984 zum Fondsübereinkommen von 1971 vorgesehenen Sechsmonatsfrist als nicht wirksam gilt. Auch ein Staat, der nicht Vertragsstaat des Fondsübereinkommens von 1971 ist, aber eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu dem Protokoll von 1984 zum Fondsübereinkommen von 1971 hinterlegt, kann gleichzeitig eine Erklärung nach diesem Absatz abgeben.

(3) Jeder Staat, der eine Erklärung nach Absatz 2 abgegeben hat, kann sie jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Organisation gerichtete Notifikation zurücknehmen. Die Rücknahme wird an dem Tag wirksam, an dem die Notifikation eingeht, mit der Maßgabe, daß dieser Staat so angesehen wird, als habe er seine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu diesem Protokoll an diesem Tag hinterlegt.

(4) Für jeden Staat, der dieses Protokoll ratifiziert, annimmt, genehmigt oder ihm beitritt, nachdem die Voraussetzungen in Absatz 1 für das Inkrafttreten erfüllt sind, tritt dieses Protokoll zwölf Monate nach dem Tag in Kraft, an dem dieser Staat die entsprechende Urkunde hinterlegt hat.

Article 14
Revision and amendment

1. A Conference for the purpose of revising or amending the 1984 Liability Convention may be convened by the Organization.

Article 14
Révision et modification

1. L'Organisation peut convoquer une conférence ayant pour objet de réviser ou de modifier la Convention de 1984 sur la responsabilité.

Artikel 14
Revision und Änderung

(1) Die Organisation kann eine Konferenz zur Revision oder Änderung des Haftungsübereinkommens von 1984 einberufen.

2. The Organization shall convene a Conference of Contracting States for the purpose of revising or amending the 1984 Liability Convention at the request of not less than one-third of the Contracting States.

Article 15
Amendments of limitation amounts

1. Upon the request of at least one-quarter of the Contracting States any proposal to amend the limits of liability laid down in Article V, paragraph 1, of the Convention as amended by this Protocol shall be circulated by the Secretary-General to all Members of the Organization and to all Contracting States.

2. Any amendment proposed and circulated as above shall be submitted to the Legal Committee of the Organization for consideration at a date at least six months after the date of its circulation.

3. All Contracting States to the Convention as amended by this Protocol, whether or not Members of the Organization, shall be entitled to participate in the proceedings of the Legal Committee for the consideration and adoption of amendments.

4. Amendments shall be adopted by a two-thirds majority of the Contracting States present and voting in the Legal Committee, expanded as provided for in paragraph 3, on condition that at least one-half of the Contracting States shall be present at the time of voting.

5. When acting on a proposal to amend the limits, the Committee shall take into account the experience of incidents and in particular the amount of damage resulting therefrom, changes in the monetary values and the effect of the proposed amendment on the cost of insurance. It shall also take into account the relationship between the limits in Article V, paragraph 1, of the Convention as amended by this Protocol and those in paragraph 4 of Article 4 of the International Convention on the Establishment of an International Fund for Compensation for Oil Pollution Damage, 1984.

6. (a) No amendment of the limits of liability under this Article may be considered less than five years from the date on which this Protocol was opened for signature nor less than five years from the date of entry into force of a previous amendment under this Article. No amendment under this Article shall be considered before this Protocol has entered into force.

2. L'Organisation convoque une conférence des Etats contractants ayant pour objet de réviser ou de modifier la Convention de 1984 sur la responsabilité à la demande du tiers au moins des Etats contractants.

Article 15
Modification des limites de responsabilité

1. A la demande d'un quart au moins des Etats contractants, toute proposition visant à modifier les limites de responsabilité prévues à l'article V, paragraphe 1, de la Convention telle que modifiée par le présent Protocole est diffusée par le Secrétaire général à tous les Membres de l'Organisation et à tous les Etats contractants.

2. Tout amendement proposé et diffusé suivant la procédure ci-dessus est soumis au Comité juridique de l'Organisation pour qu'il l'examine six mois au moins après la date à laquelle il a été diffusé.

3. Tous les Etats contractants à la Convention telle que modifiée par le présent Protocole, qu'ils soient ou non Membres de l'Organisation, sont autorisés à participer aux délibérations du Comité juridique en vue d'examiner et d'adopter les amendements.

4. Les amendements sont adoptés à la majorité des deux tiers des Etats contractants présents et votants au sein du Comité juridique, élargi conformément au paragraphe 3, à condition que la moitié au moins des Etats contractants soient présents au moment du vote.

5. Lorsqu'il se prononce sur une proposition visant à modifier les limites, le Comité tient compte de l'expérience acquise en matière d'événements et, en particulier, du montant des dommages en résultant, des fluctuations de la valeur des monnaies et de l'incidence de l'amendement proposé sur le coût des assurances. Il tient également compte des rapports qui existent entre les limites prévues à l'article V, paragraphe 1, de la Convention telle que modifiée par le présent Protocole et les limites prévues à l'article 4, paragraphe 4, de la Convention internationale de 1984 portant création d'un Fonds international d'indemnisation pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures.

6. a) Aucun amendement visant à modifier les limites de responsabilité en vertu du présent article ne peut être examiné avant l'expiration d'un délai de cinq ans à compter de la date à laquelle le présent Protocole a été ouvert à la signature ni d'un délai de cinq ans à compter de la date d'entrée en vigueur d'un amendement antérieur adopté en vertu du présent article. Aucun amendement prévu en vertu du présent article ne peut être examiné avant l'entrée en vigueur du présent Protocole.

(2) Die Organisation hat eine Konferenz der Vertragsstaaten zur Revision oder Änderung des Haftungsübereinkommens von 1984 einzuberufen, wenn mindestens ein Drittel der Vertragsstaaten dies verlangt.

Artikel 15
Änderungen der Haftungshöchstbeträge

(1) Auf Ersuchen von mindestens einem Viertel der Vertragsstaaten wird jeder Vorschlag zur Änderung der Haftungshöchstbeträge, die in Artikel V Absatz 1 des Übereinkommens in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung vorgesehen sind, vom Generalsekretär allen Mitgliedern der Organisation und allen Vertragsstaaten übermittelt.

(2) Jede vorgeschlagene und auf die obige Weise übermittelte Änderung wird dem Rechtsausschuß der Organisation frühestens sechs Monate nach dem Tag der Übermittlung zur Beratung vorgelegt.

(3) Alle Vertragsstaaten des Übereinkommens in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung, gleichviel ob sie Mitglieder der Organisation sind oder nicht, sind berechtigt, an dem Verfahren des Rechtsausschusses zur Beratung von Änderungen und zur Beschlußfassung darüber teilzunehmen.

(4) Änderungen sind mit Zweidrittelmehrheit der Vertragsstaaten zu beschließen, die in dem nach Absatz 3 erweiterten Rechtsausschuß anwesend sind und an der Abstimmung teilnehmen, vorausgesetzt, daß mindestens die Hälfte der Vertragsstaaten bei der Abstimmung anwesend ist.

(5) Bei der Beratung eines Vorschlags zur Änderung der Haftungshöchstbeträge hat der Ausschuß die aus Ereignissen gewonnenen Erfahrungen und insbesondere den Umfang der daraus entstandenen Schäden, die Geldwertveränderungen sowie die Auswirkungen der vorgeschlagenen Änderung auf die Versicherungskosten zu berücksichtigen. Er hat ferner das Verhältnis zwischen den Höchstbeträgen in Artikel V Absatz 1 des Übereinkommens in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung und denen in Artikel 4 Absatz 4 des Internationalen Übereinkommens von 1984 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden zu berücksichtigen.

(6) a) Eine Änderung der Haftungshöchstbeträge auf Grund dieses Artikels darf frühestens fünf Jahre nach dem Tag, an dem dieses Protokoll zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, und frühestens fünf Jahre nach dem Tag des Inkrafttretens einer früheren Änderung auf Grund dieses Artikels beraten werden. Vor Inkrafttreten dieses Protokolls darf eine Änderung auf Grund dieses Artikels nicht beraten werden.

(b) No limit may be increased so as to exceed an amount which corresponds to the limit laid down in the Convention as amended by this Protocol increased by 6 per cent per year calculated on a compound basis from the date on which this Protocol was opened for signature.

(c) No limit may be increased so as to exceed an amount which corresponds to the limit laid down in the Convention as amended by this Protocol multiplied by 3.

7. Any amendment adopted in accordance with paragraph 4 shall be notified by the Organization to all Contracting States. The amendment shall be deemed to have been accepted at the end of a period of eighteen months after the date of notification, unless within that period not less than one-quarter of the States that were Contracting States at the time of the adoption of the amendment by the Committee have communicated to the Organization that they do not accept the amendment in which case the amendment is rejected and shall have no effect.

8. An amendment deemed to have been accepted in accordance with paragraph 7 shall enter into force eighteen months after its acceptance.

9. All Contracting States shall be bound by the amendment, unless they denounce this Protocol in accordance with Article 16, paragraphs 1 and 2, at least six months before the amendment enters into force. Such denunciation shall take effect when the amendment enters into force.

10. When an amendment has been adopted by the Committee but the eighteen-month period for its acceptance has not yet expired, a State which becomes a Contracting State during that period shall be bound by the amendment if it enters into force. A State which becomes a Contracting State after that period shall be bound by an amendment which has been accepted in accordance with paragraph 7. In the cases referred to in this paragraph, a State becomes bound by an amendment when that amendment enters into force, or when this Protocol enters into force for that State, if later.

Article 16
Denunciation

1. This Protocol may be denounced by any Party at any time after the date on which it enters into force for that Party.

2. Denunciation shall be effected by the deposit of an instrument with the Secretary-General of the Organization.

b) Aucune limite ne peut être relevée au point de dépasser un montant correspondant à la limite fixée dans la Convention telle que modifiée par le présent Protocole majorée de 6 p. 100 par an, en intérêt composé, à compter de la date à laquelle le présent Protocole a été ouvert à la signature.

c) Aucune limite ne peut être relevée au point de dépasser un montant correspondant au triple de la limite fixée dans la Convention telle que modifiée par le présent Protocole.

7. Tout amendement adopté conformément au paragraphe 4 du présent article est notifié par l'Organisation à tous les Etats contractants. L'amendement est réputé avoir été accepté à l'expiration d'un délai de dix-huit mois après la date de sa notification, à moins que, durant cette période, un quart au moins des Etats contractants au moment de l'adoption de l'amendement par le Comité ne fassent savoir à l'Organisation qu'ils ne l'acceptent pas, auquel cas l'amendement est rejeté et n'a pas d'effet.

8. Un amendement réputé avoir été accepté conformément au paragraphe 7 entre en vigueur dix-huit mois après son acceptation.

9. Tous les Etats contractants sont liés par l'amendement, à moins qu'ils ne dénoncent le présent Protocole, conformément à l'article 16, paragraphes 1 et 2, six mois au moins avant l'entrée en vigueur de cet amendement. Cette dénonciation prend effet lorsque ledit amendement entre en vigueur.

10. Lorsqu'un amendement a été adopté par le Comité mais que le délai d'acceptation de dix-huit mois n'a pas encore expiré, tout Etat devenant Etat contractant durant cette période est lié par ledit amendement si celui-ci entre en vigueur. Un Etat qui devient Etat contractant après expiration de ce délai est lié par tout amendement qui a été accepté conformément au paragraphe 7. Dans les cas visés par le présent paragraphe, un Etat est lié par un amendement à compter de la date d'entrée en vigueur de l'amendement ou de la date d'entrée en vigueur du présent protocole pour cet Etat, si cette dernière date est postérieure.

Article 16
Dénonciation

1. Le présent Protocole peut être dénoncé par l'une quelconque des Parties à tout moment à compter de la date à laquelle il entre en vigueur à l'égard de cette Partie.

2. La dénonciation s'effectue par le dépôt d'un instrument auprès du Secrétaire général de l'Organisation.

b) Ein Höchstbetrag darf nicht soweit erhöht werden, daß er einen Betrag übersteigt, der dem im Übereinkommen in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung festgesetzten Höchstbetrag, zuzüglich 6 v. H. pro Jahr, errechnet nach dem Zinseszinsprinzip von dem Tag an, an dem dieses Protokoll zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, entspricht.

c) Ein Höchstbetrag darf nicht soweit erhöht werden, daß er einen Betrag übersteigt, der dem Dreifachen des im Übereinkommen in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung festgesetzten Höchstbetrags entspricht.

(7) Die Organisation notifiziert allen Vertragsstaaten jede nach Absatz 4 beschlossene Änderung. Die Änderung gilt nach Ablauf einer Frist von achtzehn Monaten nach dem Tag der Notifikation als angenommen, sofern nicht innerhalb dieser Frist mindestens ein Viertel der Staaten, die zur Zeit der Beschlußfassung über die Änderung durch den Ausschuß Vertragsstaaten waren, der Organisation mitgeteilt haben, daß sie die Änderung nicht annehmen; in diesem Fall ist die Änderung abgelehnt und wird nicht wirksam.

(8) Eine nach Absatz 7 als angenommen geltende Änderung tritt achtzehn Monate nach ihrer Annahme in Kraft.

(9) Alle Vertragsstaaten sind durch die Änderung gebunden, sofern sie nicht dieses Protokoll nach Artikel 16 Absätze 1 und 2 spätestens sechs Monate vor Inkrafttreten der Änderung kündigen. Die Kündigung wird mit Inkrafttreten der Änderung wirksam.

(10) Ist eine Änderung vom Ausschuß beschlossen worden, die Frist von achtzehn Monaten für ihre Annahme jedoch noch nicht abgelaufen, so ist ein Staat, der während dieser Frist Vertragsstaat wird, durch die Änderung gebunden, falls sie in Kraft tritt. Ein Staat, der nach Ablauf dieser Frist Vertragsstaat wird, ist durch eine Änderung, die nach Absatz 7 angenommen worden ist, gebunden. In den in diesem Absatz genannten Fällen ist ein Staat durch eine Änderung gebunden, sobald diese Änderung in Kraft tritt oder sobald dieses Protokoll für diesen Staat in Kraft tritt, falls dieser Zeitpunkt später liegt.

Artikel 16
Kündigung

(1) Dieses Protokoll kann von jeder Vertragspartei jederzeit gekündigt werden, nachdem es für die betreffende Vertragspartei in Kraft getreten ist.

(2) Die Kündigung erfolgt durch Hinterlegung einer Urkunde beim Generalsekretär der Organisation.

3. A denunciation shall take effect twelve months, or such longer period as may be specified in the instrument of denunciation, after its deposit with the Secretary-General of the Organization.

4. As between the Parties to this Protocol, denunciation by any of them of the 1969 Liability Convention in accordance with Article XVI thereof shall not be construed in any way as a denunciation of the 1969 Liability Convention as amended by this Protocol.

5. Denunciation of the Protocol of 1984 to amend the 1971 Fund Convention by a State which remains a Party to the 1971 Fund Convention shall be deemed to be a denunciation of this Protocol. Such denunciation shall take effect on the date on which denunciation of the Protocol of 1984 to amend the 1971 Fund Convention takes effect according to Article 34 of that Protocol.

3. La dénonciation prend effet douze mois après la date du dépôt de l'instrument de dénonciation auprès du Secrétaire général de l'Organisation ou à l'expiration de toute période plus longue qui pourrait être spécifiée dans cet instrument.

4. Entre les Parties au présent Protocole, la dénonciation par l'une quelconque d'entre elles de la Convention de 1969 sur la responsabilité en vertu de l'article XVI de ladite Convention n'est en aucun cas interprétée comme une dénonciation de la Convention de 1969 sur la responsabilité, telle que modifiée par le présent Protocole.

5. La dénonciation du Protocole de 1984 modifiant la Convention de 1971 portant création du Fonds par un Etat qui reste Partie à la Convention de 1971 portant création du Fonds est considérée comme une dénonciation du présent Protocole. Cette dénonciation prend effet à la date à laquelle la dénonciation du Protocole de 1984 modifiant la Convention de 1971 portant création du Fonds prend effet conformément à l'article 34 de ce protocole.

(3) Die Kündigung wird nach Ablauf von zwölf Monaten oder eines längeren in der Kündigungsurkunde genannten Zeitabschnitts nach Hinterlegung der Urkunde beim Generalsekretär der Organisation wirksam.

(4) Im Verhältnis zwischen den Vertragsparteien dieses Protokolls wird eine Kündigung des Haftungsübereinkommens von 1969 durch eine von ihnen nach dessen Artikel XVI nicht als Kündigung des Haftungsübereinkommens von 1969 in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung ausgelegt.

(5) Die Kündigung des Protokolls von 1984 zum Fondsübereinkommen von 1971 durch einen Staat, der Vertragspartei des Fondsübereinkommens von 1971 bleibt, gilt als Kündigung des vorliegenden Protokolls. Die Kündigung wird an dem Tag wirksam, an dem die Kündigung des Protokolls von 1984 zum Fondsübereinkommen von 1971 nach Artikel 34 jenes Protokolls wirksam wird.

Article 17
Depositary

1. This Protocol and any amendments accepted under Article 15 shall be deposited with the Secretary-General of the Organization.

2. The Secretary-General of the Organization shall:

(a) inform all States which have signed or acceded to this Protocol of:

(i) each new signature or deposit of an instrument together with the date thereof;

(ii) each declaration and notification under Article 13 and each declaration and communication under Article V, paragraph 9, of the 1984 Liability Convention;

(iii) the date of entry into force of this Protocol;

(iv) any proposal to amend limits of liability which has been made in accordance with Article 15, paragraph 1;

(v) any amendment which has been adopted in accordance with Article 15, paragraph 4;

(vi) any amendment deemed to have been accepted under Article 15, paragraph 7, together with the date on which that amendment shall enter into force in accordance with paragraphs 8 and 9 of that Article;

(vii) the deposit of any instrument of denunciation of this Protocol together with the date of the deposit and the date on which it takes effect;

Article 17
Dépositaire

1. Le présent Protocole et tous les amendements acceptés en vertu de l'article 15 seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation.

2. Le Secrétaire général de l'Organisation:

a) informe tous les Etats qui ont signé le présent Protocole ou y ont adhéré:

i) de toute signature nouvelle ou de tout dépôt d'instrument nouveau, et de la date à laquelle cette signature ou ce dépôt sont intervenus;

ii) de toute déclaration et notification effectuées en vertu de l'article 13 et de toute déclaration et communication effectuées en vertu de l'article V, paragraphe 9, de la Convention de 1984 sur la responsabilité;

iii) de la date d'entrée en vigueur du présent Protocole;

iv) de toute proposition visant à modifier les limites de responsabilité, qui a été présentée conformément à l'article 15, paragraphe 1;

v) de tout amendement qui a été adopté conformément à l'article 15, paragraphe 4;

vi) de tout amendement qui est réputé avoir été accepté en vertu de l'article 15, paragraphe 7, ainsi que de la date à laquelle l'amendement entre en vigueur, conformément aux paragraphes 8 et 9 de cet article;

vii) du dépôt de tout instrument de dénonciation du présent Protocole, ainsi que de la date à laquelle ce dépôt est intervenu et de la date à laquelle la dénonciation prend effet;

Artikel 17
Verwahrer

(1) Dieses Protokoll und alle nach Artikel 15 angenommenen Änderungen werden beim Generalsekretär der Organisation hinterlegt.

(2) Der Generalsekretär der Organisation

a) unterrichtet alle Staaten, die dieses Protokoll unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind,

i) von jeder weiteren Unterzeichnung oder Hinterlegung einer Urkunde unter Angabe des Zeitpunkts;

ii) von jeder Erklärung und Notifikation nach Artikel 13 und jeder Erklärung und Mitteilung nach Artikel V Absatz 9 des Haftungsübereinkommens von 1984;

iii) vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls;

iv) von jedem Vorschlag zur Änderung der Haftungshöchstbeträge, der nach Artikel 15 Absatz 1 gemacht worden ist;

v) von jeder Änderung, die nach Artikel 15 Absatz 4 beschlossen worden ist;

vi) von jeder Änderung, die nach Artikel 15 Absatz 7 als angenommen gilt, unter Angabe des Zeitpunkts, zu dem diese Änderung nach Artikel 15 Absätze 8 und 9 in Kraft treten wird;

vii) von der Hinterlegung jeder Urkunde zur Kündigung dieses Protokolls unter Angabe des Zeitpunkts der Hinterlegung und des Zeitpunkts, zu dem die Kündigung wirksam wird;

(viii) any denunciation deemed to have been made under Article 16, paragraph 5;

(ix) any communication called for by any Article of this Protocol.

(b) transmit certified true copies of this Protocol to all Signatory States and to all States which accede to this Protocol.

3. As soon as this Protocol enters into force, the text shall be transmitted by the Secretary-General of the Organization to the Secretariat of the United Nations for registration and publication in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

Article 18
Languages

This Protocol is established in a single original in the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish languages, each text being equally authentic.

Done at London, this twenty-fifth day of May one thousand nine hundred and eighty-four.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized by their respective Governments for that purpose, have signed this Protocol.

viii) de toute dénonciation réputée avoir été effectuée en vertu de l'article 16, paragraphe 5;

ix) de toute communication prévue par l'un quelconque des articles du présent Protocole.

b) transmet des copies certifiées conformes du présent Protocole à tous les Etats signataires et à tous les Etats qui y adhèrent.

3. Dès l'entrée en vigueur du présent Protocole, le Secrétaire général de l'Organisation en transmet le texte au Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies en vue de son enregistrement et de sa publication conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

Article 18
Langues

Le présent Protocole est établi en un seul exemplaire original en langues anglaise, arabe, chinoise, espagnole, française et russe, tous les textes faisant également foi.

Fait à Londres, ce vingt-cinq mai mil neuf cent quatre-vingt-quatre.

En foi de quoi les soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs gouvernements respectifs, ont signé le présent Protocole.

viii) von jeder Kündigung, die nach Artikel 16 Absatz 5 als erfolgt gilt;

ix) von jeder nach einem Artikel dieses Protokolls erforderlichen Mitteilung;

b) übermittelt allen Unterzeichnerstaaten und allen beitretenden Staaten beglaubigte Abschriften dieses Protokolls.

(3) Sobald dieses Protokoll in Kraft tritt, übermittelt der Generalsekretär der Organisation dem Sekretariat der Vereinten Nationen den Wortlaut des Protokolls zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

Artikel 18
Sprachen

Dieses Protokoll ist in einer Urschrift in arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Geschehen zu London am 25. Mai 1984.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Annex

Certificate of Insurance or Other Financial Security in Respect of Civil Liability for Oil Pollution Damage

Issued in accordance with the provisions of Article VII of the International Convention on Civil Liability for Oil Pollution Damage, 1984.

Name of Ship	Distinctive Number or Letters	Port of Registry	Name and Address of Owner

This is to certify that there is in force in respect of the above-named ship a policy of insurance or other financial security satisfying the requirements of Article VII of the International Convention on Civil Liability for Oil Pollution Damage, 1984.

Type of Security ....

Duration of Security ....

Name and Address of the Insurer(s) and/or Guarantor(s)

Name ....

Address ....

This certificate is valid until ....

Issued or certified by the Government of ....
(Full designation of the State)

At .... (Place)

On .... (Date)

....
(Signature and Title of issuing or certifying official)

Explanatory Notes:

1. If desired, the designation of the State may include a reference to the competent public authority of the country where the certificate is issued.
2. If the total amount of security has been furnished by more than one source, the amount of each of them should be indicated.
3. If security is furnished in several forms, these should be enumerated.
4. The entry "Duration of Security" must stipulate the date on which such security takes effect.

Annexe

Certificat d'assurance ou autre garantie financière relative à la responsabilité civile pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures

Etabli conformément aux dispositions de l'article VII de la Convention internationale de 1984 sur la responsabilité civile pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures.

Nom du navire	Lettres ou numéro distinctifs	Port d'immatriculation	Nom et adresse du propriétaire

Le soussigné certifie que le navire susmentionné est couvert par une police d'assurance ou autre garantie financière satisfaisant aux dispositions de l'article VII de la Convention internationale de 1984 sur la responsabilité civile pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures.

Type de garantie ....

Dureé de la garantie ....

Nom et adresse de l'assureur (ou des assureurs) et/ou du garant (ou des garants)

Nom ....

Adresse ....

Le présent certificat est valable jusqu'au ....

Délivré ou visé par le Gouvernement de ....
(nom complet de l'Etat)

Fait à .... le ....
(lieu) (date)

....
(Signature et titre du fonctionnaire qui délivre ou vise le certificat)

Notes explicatives:

1. En désignant l'Etat, on peut, si on le désire, mentionner l'autorité publique compétente du pays dans lequel le certificat est délivré.
2. Lorsque le montant total de la garantie provient de plusieurs sources, il faudrait indiquer le montant fourni par chacune d'elles.
3. Lorsque la garantie est fournie sous plusieurs formes, il faudrait les énumérer.
4. Dans la rubrique »Durée de la garantie«, il faut préciser la date à laquelle celle-ci prend effet.

Anlage

Bescheinigung über die Versicherung oder sonstige finanzielle Sicherheit für die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden

Ausgestellt nach Artikel VII des Internationalen Übereinkommens von 1984 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden.

Name des Schiffes	Unterscheidungssignal	Heimathafen	Name und Anschrift des Eigentümers

Hiermit wird bescheinigt, daß für das vorgenannte Schiff eine Versicherungspolice oder sonstige finanzielle Sicherheit nach Maßgabe des Artikels VII des Internationalen Übereinkommens von 1984 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden besteht.

Art der Sicherheit ....

Geltungsdauer der Sicherheit ....

Name und Anschrift des (der) Versicherers (Versicherer) und/oder Sicherheitsgebers (Sicherheitsgeber)

Name ....

Anschrift ....

Diese Bescheinigung gilt bis ....

Ausgestellt oder bestätigt von der Regierung ....
(vollständige Bezeichnung des Staates)

in .... (Ort)   am .... (Datum)

....
(Unterschrift und Amtsbezeichnung des ausstellenden oder bestätigenden Bediensteten)

Erläuterungen:

1. Auf Wunsch kann die Bezeichnung des Staates einen Hinweis auf die zuständige Behörde des Landes enthalten, in dem die Bescheinigung ausgestellt wird.
2. Ist der Gesamtbetrag der Sicherheit von mehreren Seiten zur Verfügung gestellt worden, so sollen alle Einzelbeträge angegeben werden.
3. Wird die Sicherheit in verschiedener Form gestellt, so sollen diese Formen angegeben werden.
4. Die Eintragung „Geltungsdauer der Sicherheit" hat das Datum zu enthalten, an dem die Sicherheit wirksam wird.

Protokoll von 1984 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden

Protocol of 1984 to amend the International Convention on the Establishment of an International Fund for Compensation for Oil Pollution Damage, 1971

Protocole de 1984 modifiant la Convention internationale de 1971 portant création d'un fonds international d'indemnisation pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures

(Übersetzung)

The States Parties to the present Protocol,

Considering that it is desirable to amend the International Convention on the Establishment of an International Fund for Compension for Oil Pollution Damage, done at Brussels on 18 December 1971, to provide for improved scope and enhanced compensation,

Recognizing the advantage for the States Parties of arranging for the amended Convention to coexist with and be supplementary to the original Convention for a transitional period,

Convinced that the economic consequences of pollution damage resulting from the carriage of oil in bulk at sea by ships should continue to be shared by the shipping industry and by the oil cargo interests,

Bearing in mind the adoption of the Protocol of 1984 to amend the International Convention on Civil Liability for Oil Pollution Damage, 1969,

Have agreed as follows:

Article 1

The Convention which the provisions of this Protocol amend is the International Convention on the Establishment of an International Fund for Compensation for Oil Pollution Damage, 1971, hereinafter referred to as the "1971 Fund Convention". For States Parties to the Protocol of 1976 to the

Les Etats Parties au présent Protocole,

considérant qu'il est souhaitable de modifier la Convention internationale portant création d'un Fonds international d'indemnisation pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures, faite à Bruxelles le 18 décembre 1971, afin d'en élargir la portée et d'offrir une indemnisation accrue,

reconnaissant qu'il serait avantageux pour les Etats Parties de faire en sorte que la Convention modifiée coexiste pendant une période transitoire avec la Convention initiale, en la complétant,

convaincus que les conséquences économiques des dommages par pollution résultant du transport d'hydrocarbures en vrac par voie maritime devraient continuer à être partagées par les propriétaires des navires et par ceux qui ont des intérêts financiers dans le transport des hydrocarbures,

tenant compte de l'adoption du Protocole de 1984 modifiant la Convention internationale de 1969 sur la responsabilité civile pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures,

sont convenus des dispositions suivantes:

Article premier

La Convention qui est modifiée par les dispositions du présent Protocole est la Convention internationale de 1971 portant création d'un Fonds international d'indemnisation pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures, ci-après dénommée la «Convention de 1971 portant création du

Die Vertragsstaaten dieses Protokolls –

in der Erwägung, daß es wünschenswert ist, das am 18. Dezember 1971 in Brüssel beschlossene Internationale Übereinkommen über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden dahingehend zu ändern, daß es einen größeren Anwendungsbereich und eine weitergehende Entschädigung vorsieht,

in der Erkenntnis, daß es für die Vertragsstaaten von Vorteil ist, wenn sie dafür sorgen, daß das geänderte Übereinkommen für eine Übergangszeit neben dem ursprünglichen Übereinkommen besteht und es ergänzt,

überzeugt, daß die wirtschaftlichen Folgen von Ölverschmutzungsschäden, die dadurch verursacht werden, daß Öl von Schiffen als Bulkladung zur See befördert wird, auch weiterhin von der Schiffahrt und den an der Ölbeförderung Interessierten getragen werden sollten,

im Hinblick auf die Annahme des Protokolls von 1984 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Das Übereinkommen, das durch dieses Protokoll geändert wird, ist das Internationale Übereinkommen von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden, im folgenden als „Fondsübereinkommen von 1971" bezeichnet. Für die Ver-

1971 Fund Convention, such reference shall be deemed to include the 1971 Fund Convention as amended by that Protocol.

Article 2

Article 1 of the 1971 Fund Convention is amended as follows:

1. Paragraph 1 is replaced by the following text:

   1. "1984 Liability Convention" means the International Convention on Civil Liability for Oil Pollution Damage, 1984.

2. After paragraph 1 a new paragraph is inserted as follows:

   1bis. "1971 Fund Convention" means the International Convention on the Establishment of an International Fund for Compensation for Oil Pollution Damage, 1971. For States Parties to the Protocol of 1976 to that Convention, the term shall be deemed to include the 1971 Fund Convention as amended by that Protocol.

3. Paragraph 2 is replaced by the following text:

   2. "Ship", "Person", "Owner", "Oil", "Pollution Damage", "Preventive Measures", "Incident", and "Organization" have the same meaning as in Article I of the 1984 Liability Convention.

4. Paragraph 4 is replaced by the following text:

   4. "Unit of account" has the same meaning as in Article V, paragraph 9, of the 1984 Liability Convention.

5. Paragraph 5 is replaced by the following text:

   5. "Ship's tonnage" has the same meaning as in Article V, paragraph 10, of the 1984 Liability Convention.

6. Paragraph 7 is replaced by the following text:

   7. "Guarantor" means any person providing insurance or other financial security to cover an owner's liability in pursuance of Article VII, paragraph 1, of the 1984 Liability Convention.

Article 3

Article 2 of the 1971 Fund Convention is amended as follows:

Fonds». Pour les Etats Parties au Protocole de 1976 de la Convention de 1971 portant création du Fonds, cette expression désigne la Convention de 1971 portant création du Fonds, telle que modifiée par ce protocole.

Article 2

L'article premier de la Convention de 1971 portant création du Fonds est modifié comme suit:

1. Le paragraphe 1 est remplacé par le texte ci-après:

   1. «Convention de 1984 sur la responsabilité» signifie la Convention internationale de 1984 sur la responsabilité civile pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures.

2. Après le paragraphe 1, un nouveau paragraphe est inséré comme suit:

   1bis. «Convention de 1971 portant création du Fonds» signifie la Convention internationale de 1971 portant création d'un Fonds international d'indemnisation pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures. Pour les Etats Parties au Protocole de 1976 de cette Convention, l'expression désigne la Convention de 1971 portant création du Fonds, telle que modifiée par ce protocole.

3. Le paragraphe 2 est remplacé par le texte ci-après:

   2. Les termes «navire», «personne», «propriétaire», «hydrocarbures», «dommage par pollution», «mesures de sauvegarde», «événement» et «Organisation» s'interprètent conformément à l'article I de la Convention de 1984 sur la responsabilité.

4. Le paragraphe 4 est remplacé par le texte ci-après:

   4. Par «unité de compte» on entend l'unité visée à l'article V, paragraphe 9, de la Convention de 1984 sur la responsabilité.

5. Le paragraphe 5 est remplacé par le texte ci-après:

   5. «Jauge du navire» s'interprète conformément à l'article V, paragraphe 10, de la Convention de 1984 sur la responsabilité:

6. Le paragraphe 7 est remplacé par le texte ci-après:

   7. «Garant» signifie toute personne qui fournit une assurance ou une autre garantie financière pour couvrir la responsabilité du propriétaire du navire en vertu de l'article VII, paragraphe 1, de la Convention de 1984 sur la responsabilité.

Article 3

L'article 2 de la Convention de 1971 portant création du Fonds est modifié comme suit:

tragsstaaten des Protokolls von 1976 zum Fondsübereinkommen von 1971 bezeichnet dieser Ausdruck das Fondsübereinkommen von 1971 in der durch das genannte Protokoll geänderten Fassung.

Artikel 2

Artikel 1 des Fondsübereinkommens von 1971 wird wie folgt geändert:

1. Nummer 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

   1. „Haftungsübereinkommen von 1984" bedeutet das Internationale Übereinkommen von 1984 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden.

2. Nach Nummer 1 wird eine neue Nummer eingefügt, die wie folgt lautet:

   1bis. „Fondsübereinkommen von 1971" bedeutet das Internationale Übereinkommen von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden. Für die Vertragsparteien des Protokolls von 1976 zu jenem Übereinkommen bezeichnet dieser Ausdruck das Fondsübereinkommen von 1971 in der durch das genannte Protokoll geänderten Fassung.

3. Nummer 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

   2. „Schiff", „Person", „Eigentümer", „Öl", „Verschmutzungsschäden", „Schutzmaßnahmen", „Ereignis" und „Organisation" haben dieselbe Bedeutung wie in Artikel I des Haftungsübereinkommens von 1984.

4. Nummer 4 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

   4. „Rechnungseinheit" hat dieselbe Bedeutung wie in Artikel V Absatz 9 des Haftungsübereinkommens von 1984.

5. Nummer 5 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

   5. „Raumgehalt des Schiffes" hat dieselbe Bedeutung wie in Artikel V Absatz 10 des Haftungsübereinkommens von 1984.

6. Nummer 7 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

   7. „Sicherheitsgeber" bedeutet jede Person, die eine Versicherung oder sonstige finanzielle Sicherheit zur Deckung der Haftung eines Eigentümers nach Artikel VII Absatz 1 des Haftungsübereinkommens von 1984 gewährt.

Artikel 3

Artikel 2 des Fondsübereinkommens von 1971 wird wie folgt geändert:

Paragraph 1 is replaced by the following text:

1. An International Fund for compensation for pollution damage, to be named "The International Oil Pollution Compensation Fund 1984" and hereinafter referred to as "the Fund", is hereby established with the following aims:

(a) to provide compensation for pollution damage to the extent that the protection afforded by the 1984 Liability Convention is inadequate;

(b) to give effect to the related purposes set out in this Convention.

Article 4

Article 3 of the 1971 Fund Convention is replaced by the following text:

This Convention shall apply exclusively:

(a) to pollution damage caused:

(i) in the territory, including the territorial sea, of a Contracting State, and

(ii) in the exclusive economic zone of a Contracting State, established in accordance with international law, or, if a Contracting State has not established such a zone, in an area beyond and adjacent to the territorial sea of that State determined by that State in accordance with international law and extending not more than 200 nautical miles from the baselines from which the breadth of its territorial sea is measured;

(b) to preventive measures, wherever taken, to prevent or minimize such damage.

Article 5

The heading to Articles 4 to 9 of the 1971 Fund Convention is amended by deleting the words "and indemnification".

Article 6

Article 4 of the 1971 Fund Convention is amended as follows:

1. In paragraph 1 the five references to "the Liabilitiy Convention" are replaced by references to "the 1984 Liability Convention".

2. Paragraph 3 is replaced by the following text:

3. If the Fund proves that the pollution damage resulted wholly or partially either from an act or omission done with the intent to cause damage by the per-

Le paragraphe 1 est remplacé par le texte ci-après:

1. Un Fonds international d'indemnisation pour les dommages dus à la pollution, désigné sous le nom de «Fonds international d'indemnisation de 1984 pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures» et ci-après dénommé «le Fonds», est créé aux fins suivantes:

a) assurer une indemnisation pour les dommages par pollution dans la mesure où la protection qui découle de la Convention de 1984 sur la responsabilité est insuffisante;

b) atteindre les objectifs connexes prévus par la présente Convention.

Article 4

L'article 3 de la Convention de 1971 portant création du Fonds est remplacé par le texte ci-après:

La présente Convention s'applique exclusivement:

a) aux dommages par pollution survenus:

i) sur le territoire, y compris la mer territoriale, d'un Etat contractant, et

ii) dans la zone économique exclusive d'un Etat contractant établie conformément au droit international ou, si un Etat contractant n'a pas établi cette zone, dans une zone située au-delà de la mer territoriale de cet Etat et adjacente à celle-ci, déterminée par cet Etat conformément au droit international et ne s'étendant pas au-delà de 200 milles marins des lignes de base à partir desquelles est mesurée la largeur de la mer territoriale;

b) aux mesures de sauvegarde, où qu'elles soient prises, destinées à éviter ou à réduire de tels dommages.

Article 5

Le titre précédant les articles 4 à 9 de la Convention de 1971 portant création du Fonds est modifié par la suppression des mots «et prise en charge financière».

Article 6

L'article 4 de la Convention de 1971 portant création du Fonds est modifié comme suit:

1. Au paragraphe 1, l'expression «Convention sur la responsabilité», qui revient cinq fois, est remplacée par «Convention de 1984 sur la responsabilité».

2. Le paragraphe 3 est remplacé par le texte ci-après:

3. Si le Fonds prouve que le dommage par pollution résulte, en totalité ou en partie, soit du fait que la personne qui l'a subi a agi ou omis d'agir dans l'inten-

Absatz 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(1) Hiermit wird ein „Internationaler Entschädigungsfonds von 1984 für Ölverschmutzungsschäden" genannter und im folgenden als „Fonds" bezeichneter internationaler Fonds für folgende Zwecke errichtet:

a) Entschädigung für Verschmutzungsschäden zu bieten, soweit der durch das Haftungsübereinkommen von 1984 gewährte Schutz nicht ausreicht;

b) die hiermit verbundenen Ziele dieses Übereinkommens zu erreichen.

Artikel 4

Artikel 3 des Fondsübereinkommens von 1971 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Dieses Übereinkommen gilt ausschließlich

a) für Verschmutzungsschäden, die verursacht worden sind

i) im Hoheitsgebiet einschließlich des Küstenmeers eines Vertragsstaats und

ii) in der nach Völkerrecht festgelegten ausschließlichen Wirtschaftszone eines Vertragsstaats oder, wenn ein Vertragsstaat eine solche Zone nicht festgelegt hat, in einem jenseits des Küstenmeers dieses Staates gelegenen, an dieses angrenzenden Gebiet, das von diesem Staat nach Völkerrecht festgelegt wird und sich nicht weiter als 200 Seemeilen von den Basislinien erstreckt, von denen aus die Breite seines Küstenmeers gemessen wird;

b) für Schutzmaßnahmen zur Verhütung oder Einschränkung dieser Schäden, gleichviel wo sie getroffen worden sind.

Artikel 5

Die Überschrift der Artikel 4 bis 9 des Fondsübereinkommens von 1971 wird durch Streichung der Worte „und Erstattung" geändert.

Artikel 6

Artikel 4 des Fondsübereinkommens von 1971 wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 werden die fünf Bezugnahmen auf das „Haftungsübereinkommen" durch Bezugnahmen auf das „Haftungsübereinkommen von 1984" ersetzt.

2. Absatz 3 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(3) Beweist der Fonds, daß die Verschmutzungsschäden ganz oder teilweise entweder auf eine in Schädigungsabsicht begangene Handlung oder Unter-

son who suffered the damage or from the negligence of that person, the Fund may be exonerated wholly or partially from its obligation to pay compensation to such person. The Fund shall in any event be exonerated to the extent that the shipowner may have been exonerated under Article III, paragraph 3, of the 1984 Liability Convention. However, there shall be no such exoneration of the Fund with regard to preventive measures.

3. Paragraph 4 is replaced by the following text:

4. (a) Except as otherwise provided in subparagraphs (b) and (c) of this paragraph, the aggregate amount of compensation payable by the Fund under this Article shall in respect of any one incident be limited, so that the total sum of that amount and the amount of compensation actually paid under the 1984 Liability Convention for pollution damage within the scope of application of this Convention as defined in Article 3 shall not exceed 135 million units of account.

(b) Except as otherwise provided in subparagraph (c), the aggregate amount of compensation payable by the Fund under this Article for pollution damage resulting from a natural phenomenon of an exceptional, inevitable and irresistible character shall not exceed 135 million units of account.

(c) The maximum amount of compensation referred to in subparagraphs (a) and (b) shall be 200 million units of account with respect to any incident occurring during any period when there are three Parties to this Convention in respect of which the combined relevant quantity of contributing oil received by persons in the territories of such Parties, during the preceding calendar year, equalled or exceeded 600 million tons.

(d) Interest accrued on a Fund constituted in accordance with Article V, paragraph 3, of the 1984 Liability Convention, if any, shall not be taken into account for the computation of the maximum compensation

tion de causer un dommage, soit de la négligence de cette personne, le Fonds peut être exonéré de tout ou partie de son obligation d'indemniser cette personne. Le Fonds est, de toute manière, exonéré dans la mesure où le propriétaire a pu l'être aux termes de l'article III, paragraphe 3, de la Convention de 1984 sur la responsabilité. Toutefois, cette exonération du Fonds ne s'applique pas aux mesures de sauvegarde.

3. Le paragraphe 4 est remplacé par le texte ci-après:

4. a) Sauf dispositions contraires des alinéas b) et c) du present paragraphe, le montant total des indemnités que le Fonds doit verser pour un événement déterminé en vertu du présent article est limité de manière que la somme de ce montant et du montant des indemnités effectivement versées, en vertu de la Convention de 1984 sur la responsabilité, pour réparer des dommages par pollution relevant du champ d'application de la présente Convention tel que défini à l'article 3 n'excède pas 135 millions d'unités de compte.

b) Sauf dispositions contraires de l'alinéa c), le montant total des indemnités que le Fonds doit verser en vertu du présent article pour les dommages par pollution résultant d'un phénomène naturel de caractère exceptionnel, inévitable et irrésistible, ne peut excéder 135 millions d'unités de compte.

c) Le montant maximal d'indemnisation visé aux alinéas a) et b) est fixé à 200 millions d'unités de compte pour un événement déterminé survenant au cours de toute période pendant laquelle il y a trois Parties à la présente Convention pour lesquelles le total des quantités pertinentes d'hydrocarbures donnant lieu à contribution qui ont été reçues au cours de l'année civile précédente par des personnes sur le territoire de ces Parties est égal ou supérieur à 600 millions de tonnes.

d) Les intérêts que pourrait rapporter un fonds constitué conformément aux dispositions du paragraphe 3 de l'article V de la Convention de 1984 sur la responsabilité ne sont pas pris en considération dans le calcul

lassung der geschädigten Person oder auf deren Fahrlässigkeit zurückzuführen sind, so kann er von seiner Entschädigungsverpflichtung gegenüber dieser Person ganz oder teilweise befreit werden. Der Fonds wird in jedem Fall in dem Umfang befreit, in dem der Schiffseigentümer gegebenenfalls nach Artikel III Absatz 3 des Haftungsübereinkommens von 1984 befreit worden ist. Eine solche Befreiung des Fonds erfolgt jedoch nicht in bezug auf Schutzmaßnahmen.

3. Absatz 4 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(4) a) Sofern die Buchstaben b und c nicht entgegenstehen, ist der Gesamtbetrag der vom Fonds nach diesem Artikel für ein einzelnes Ereignis zu zahlenden Entschädigung so begrenzt, daß die Gesamtsumme aus diesem Betrag und dem Betrag, der nach dem Haftungsübereinkommen von 1984 für innerhalb des in Artikel 3 bestimmten Anwendungsbereichs entstandene Verschmutzungsschäden tatsächlich gezahlt worden ist, 135 Millionen Rechnungseinheiten nicht überschreitet.

b) Sofern Buchstabe c nicht entgegensteht, darf die Gesamtsumme der Entschädigung, die vom Fonds nach diesem Artikel für Verschmutzungsschäden zu zahlen ist, die durch ein außergewöhnliches, unvermeidbares und unabwendbares Naturereignis verursacht worden sind, 135 Millionen Rechnungseinheiten nicht überschreiten.

c) Der Höchstbetrag der unter den Buchstaben a und b genannten Entschädigung beträgt 200 Millionen Rechnungseinheiten hinsichtlich eines einzelnen Ereignisses, das während eines Zeitabschnitts eintritt, in dem es drei Vertragsparteien dieses Übereinkommens gibt, in bezug auf welche die gesamte maßgebliche Menge beitragspflichtigen Öls, die Personen in den Hoheitsgebieten dieser Vertragsparteien während des vorangegangenen Kalenderjahrs erhalten haben, 600 Millionen Tonnen oder mehr betrug.

d) Zinsen, die gegebenenfalls für einen nach Artikel V Absatz 3 des Haftungsübereinkommens von 1984 errichteten Fonds anfallen, werden für die Berechnung der vom Fonds nach diesem Artikel zu zahlen-

payable by the Fund under this Article .

(e) The amounts mentioned in this Article shall be converted into national currency on the basis of the value of that currency by reference to the Special Drawing Right on the date of the decision of the Assembly of the Fund as to the first date of payment of compensation.

4. Paragraph 5 is replaced by the following text:

5. Where the amount of established claims against the Fund exceeds the aggregate amount of compensation payable under paragraph 4, the amount available shall be distributed in such a manner that the proportion between any established claim and the amount of compensation actually recovered by the claimant under this Convention shall be the same for all claimants.

5. Paragraph 6 is replaced by the following text:

6. The Assembly of the Fund may decide that, in exceptional cases, compensation in accordance with this Convention can be paid even if the owner of the ship has not constituted a fund in accordance with Article V, paragraph 3, of the 1984 Liability Convention. In such case paragraph 4 (e) of this Article applies accordingly.

Article 7

Article 5 of the 1971 Fund Convention is deleted.

Article 8

Article 6 of the 1971 Fund Convention is amended as follows:

1. In paragraph 1 the paragraph number and the words "or indemnification under Article 5" are deleted.
2. Paragraph 2 is deleted.

Article 9

Article 7 of the 1971 Fund Convention is amended as follows:

1. In paragraphs 1, 3, 4 and 6 the seven references to "the Liability Convention" are replaced by references to "the 1984 Liability Convention".
2. In paragraph 1 the words "or indemnification under Article 5" are deleted.

du montant maximal des indemnités que le Fonds doit verser en vertu du présent article.

e) Les montants mentionnés dans le présent article sont convertis en monnaie nationale sur la base de la valeur de cette monnaie par rapport au droit de tirage spécial à la date de la décision de l'Assemblée du Fonds concernant la date du premier versement des indemnités.

4. Le paragraphe 5 est remplacé par le texte ci-après:

5. Si le montant des demandes établies contre le Fonds excède le montant total des indemnités que le Fonds doit verser en vertu du paragraphe 4, le montant disponible au titre de la présente Convention est réparti au marc le franc entre les demandeurs sur la base des créances établies.

5. Le paragraphe 6 est remplacé par le texte ci-après:

6. L'Assemblée du Fonds peut décider que, dans des cas exceptionnels, une indemnisation peut être versée en application de la présente Convention même si le propriétaire du navire n'a pas constitué de fonds conformément aux dispositions de l'article V, paragraphe 3, de la Convention de 1984 sur la responsabilité. Dans ce cas, les dispositions de l'alinéa e) du paragraphe 4 du présent article s'appliquent.

Article 7

L'article 5 de la Convention de 1971 portant création du Fonds est supprimé.

Article 8

L'article 6 de la Convention de 1971 portant création du Fonds est modifié comme suit:

1. Au paragraphe 1, le numéro du paragraphe et les mots «et à la prise en charge financière visée à l'article 5» sont supprimés.
2. Le paragraphe 2 est supprimé.

Article 9

L'article 7 de la Convention de 1971 portant création du Fonds est modifié comme suit:

1. Aux paragraphes 1, 3, 4 et 6, l'expression «Convention sur la responsabilité», qui revient sept fois, est remplacée par «Convention de 1984 sur la responsabilité».
2. Au paragraphe 1, les mots «, ou aux fins de prise en charge financière en vertu de l'article 5,» sont supprimés.

den Höchstentschädigung nicht berücksichtigt.

e) Die in diesem Artikel genannten Beträge werden in die Landeswährung entsprechend dem Wert dieser Währung gegenüber dem Sonderziehungsrecht am Tag des Beschlusses der Versammlung des Fonds über den ersten Zeitpunkt einer Entschädigungszahlung umgerechnet.

4. Absatz 5 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(5) Überschreitet der Betrag der festgestellten Ansprüche gegen den Fonds die nach Absatz 4 zu zahlende Gesamtsumme der Entschädigung, so wird der zur Verfügung stehende Betrag so aufgeteilt, daß jeweils das Verhältnis zwischen dem festgestellten Anspruch und dem Entschädigungsbetrag, den der Geschädigte nach diesem Übereinkommen tatsächlich erhalten hat, für alle Geschädigten dasselbe ist.

5. Absatz 6 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(6) Die Versammlung des Fonds kann beschließen, daß in Ausnahmefällen eine Entschädigung nach diesem Übereinkommen auch dann gezahlt werden kann, wenn der Eigentümer des Schiffes keinen Fonds nach Artikel V Absatz 3 des Haftungsübereinkommens von 1984 errichtet hat. In diesem Fall findet Absatz 4 Buchstabe e des vorliegenden Artikels entsprechend Anwendung.

Artikel 7

Artikel 5 des Fondsübereinkommens von 1971 wird gestrichen.

Artikel 8

Artikel 6 des Fondsübereinkommens von 1971 wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 werden die Absatznummer und die Worte „oder auf Erstattung nach Artikel 5" gestrichen.
2. Absatz 2 wird gestrichen.

Artikel 9

Artikel 7 des Fondsübereinkommens von 1971 wird wie folgt geändert:

1. In den Absätzen 1, 3, 4 und 6 werden die sieben Bezugnahmen auf das „Haftungsübereinkommen" durch Bezugnahmen auf das „Haftungsübereinkommen von 1984" ersetzt.
2. In Absatz 1 werden die Worte „oder wegen Erstattung nach Artikel 5" gestrichen.

3. In the first sentence of paragraph 3 the words "or indemnification" and "or 5" are deleted.

4. In the second sentence of paragraph 3 the words "or under Article 5, paragraph 1," are deleted.

Article 10

In Article 8 of the 1971 Fund Convention the reference to "the Liability Convention" is replaced by a reference to "the 1984 Liability Convention".

Article 11

Article 9 of the 1971 Fund Convention is amended as follows:

1. Paragraph 1 is replaced by the following text:

   1. The Fund shall, in respect of any amount of compensation for pollution damage paid by the Fund in accordance with Article 4, paragraph 1, of this Convention, acquire by subrogation the rights that the person so compensated may enjoy under the 1984 Liability Convention against the owner or his guarantor.

2. In paragraph 2 the words "or indemnification" are deleted.

Article 12

Article 10 of the 1971 Fund Convention is amended as follows:

The opening phrase of paragraph 1 is replaced by the following text:

Annual contributions to the Fund shall be made in respect of each Contracting State by any person who, in the calendar year referred to in Article 12, paragraphs 2 (a) or (b), has received in total quantities exceeding 150,000 tons.

Article 13

Article 11 of the 1971 Fund Convention is deleted.

Article 14

Article 12 of the 1971 Fund Convention is amended as follows:

1. In the opening phrase of paragraph 1 the words "for each person referred to in Article 10" are deleted.

2. In paragraph 1 (i), subparagraphs (b) and (c), the words "or 5" are deleted and the words "15 million francs" are

3. A la première phrase du paragraphe 3, les mots »ou de prise en charge financière s'y rapportant» et «ou 5» sont supprimés.

4. A la deuxième phrase du paragraphe 3, les mots «ou à l'article 5, paragraphe 1,» sont supprimés.

Article 10

A l'article 8 de la Convention de 1971 portant création du Fonds, l'expression «Convention sur la responsabilité» est remplacée par «Convention de 1984 sur la responsabilité».

Article 11

L'article 9 de la Convention de 1971 portant création du Fonds est modifié comme suit:

1. Le paragraphe 1 est remplacé par le texte ci-après:

   1. Le Fonds acquiert par subrogation, à l'égard de toute somme versée par lui, conformément à l'article 4, paragraphe 1, de la présente Convention, en réparation de dommages par pollution, tous les droits qui, en vertu de la Convention de 1984 sur la responsabilité, seraient dévolus à la personne ainsi indemnisée et qu'elle aurait pu faire valoir contre le propriétaire ou son garant.

2. Au paragraphe 2, les mots «ou prise en charge» sont supprimés.

Article 12

L'article 10 de la Convention de 1971 portant création du Fonds est modifié comme suit:

La phrase liminiaire du paragraphe 1 est remplacée par le texte ci-après:

Les contributions annuelles au Fonds sont versées, en ce qui concerne chacun des Etats contractants, par toute personne qui, au cours de l'année civile mentionnée à l'article 12, paragraphe 2, alinéa a) ou b), a reçu des quantités totales supérieures à 150 000 tonnes.

Article 13

L'article 11 de la Convention de 1971 portant création du Fonds est supprimé.

Article 14

L'article 12 de la Convention de 1971 portant création du Fonds est modifié comme suit:

1. Dans la phrase liminaire du paragraphe 1, les mots «dues par chaque personne visée à l'article 10» sont supprimés.

2. Au paragraphe 1, alinéas i) b) et i) c), les mots «des articles 4 et 5» sont remplacés par les mots «de l'article 4» et les

3. In Absatz 3 Satz 1 werden die Wort „oder Erstattung" und „bzw. 5" gestr chen.

4. In Absatz 3 Satz 2 werden die Wort „oder Artikel 5 Absatz 1" gestrichen.

Artikel 10

In Artikel 8 des Fondsübereinkommen von 1971 wird die Bezugnahme auf da „Haftungsübereinkommen" durch eine Be zugnahme auf das „Haftungsübereinkom men von 1984" ersetzt.

Artikel 11

Artikel 9 des Fondsübereinkommens vo 1971 wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

   (1) Der Fonds tritt bezüglich aller Entschädigungsbeträge für Verschmutzungsschäden, die von ihm nach Artikel 4 Absatz 1 dieses Übereinkommens gezahlt worden sind, in die dem Empfänger der Entschädigung gegenübei dem Eigentümer oder seinem Sicherheitsgeber nach dem Haftungsübereinkommen von 1984 zustehenden Rechte ein.

2. In Absatz 2 werden die Worte „odei Erstattung" gestrichen.

Artikel 12

Artikel 10 des Fondsübereinkommens von 1971 wird wie folgt geändert:

Der Einleitungsteil des Absatzes 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Jahresbeiträge zum Fonds werden für je den Vertragsstaat von allen Personen er bracht, die in dem in Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe a oder b erwähnten Kalender jahr insgesamt mehr als 150 000 Ton nen . . .

Artikel 13

Artikel 11 des Fondsübereinkommen von 1971 wird gestrichen.

Artikel 14

Artikel 12 des Fondsübereinkommens von 1971 wird wie folgt geändert:

1. Im Einleitungsteil des Absatzes 1 wer den die Worte „Jahresbeitrags, den jede der in Artikel 10 genannten Personen gegebenenfalls zu zahlen hat," durch die Worte „gegebenenfalls zu zahlen den Jahresbeitrags" ersetzt.

2. In Absatz 1 Ziffer i Buchstaben b und c werden die Worte „oder 5" gestrichen und die Worte „15 Millionen Franken"

replaced by the words "four million units of account".

3. The opening phrase in paragraph 2 is replaced by the following text:

   The Assembly shall decide the total amount of contributions to be levied. On the basis of that decision, the Director shall, in respect of each Contracting State, calculate for each person referred to in Article 10 the amount of his annual contribution.

4. Paragraph 4 is replaced by the following text:

   4. The annual contribution shall be due on the date to be laid down in the Internal Regulations of the Fund. The Assembly may decide on a different date of payment.

5. Paragraph 5 is replaced by the following text:

   5. The Assembly may decide, under conditions to be laid down in the Financial Regulations of the Fund, to make transfers between funds received in accordance with Article 12.2 (a) and funds received in accordance with Article 12.2 (b).

6. Paragraph 6 is deleted.

mots «15 millions de francs» sont remplacés par les mots «quatre millions d'unités de compte».

3. La phrase liminaire du paragraphe 2 est remplacée par le texte ci-après:

   L'Assemblée arrête le montant total des contributions à percevoir. L'Administrateur, se fondant sur la décision de l'Assemblée, calcule, pour chacun des Etats contractants, le montant de la contribution annuelle de chaque personne visée à l'article 10:

4. Le paragraphe 4 est remplacé par le texte ci-après:

   4. La contribution annuelle est due à la date qui sera fixée par le règlement intérieur du Fonds. L'Assemblée peut arrêter une autre date de paiement.

5. Le paragraphe 5 est remplacé par le texte ci-après:

   5. L'Assemblée peut décider, dans les conditions qui seront fixées par le règlement financier du Fonds, d'opérer des virements entre des fonds reçus conformément aux dispositions de l'article 12, paragraphe 2, alinéa a) et des fonds reçus conformément aux dispositions de l'article 12, paragraphe 2, alinéa b).

6. Le paragraphe 6 est supprimé.

durch die Worte „vier Millionen Rechnungseinheiten" ersetzt.

3. Der Einleitungsteil in Absatz 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

   Die Versammlung setzt den Gesamtbetrag der zu erhebenden Beiträge fest. Auf der Grundlage dieses Beschlusses errechnet der Direktor in bezug auf jeden Vertragsstaat für jede in Artikel 10 genannte Person die Höhe ihres Jahresbeitrags wie folgt:

4. Absatz 4 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

   (4) Der Jahresbeitrag ist zu dem in der Geschäftsordnung des Fonds festzulegenden Termin fällig. Die Versammlung kann einen anderen Zahlungstermin festsetzen.

5. Absatz 5 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

   (5) Die Versammlung kann unter Voraussetzungen, die in der Finanzordnung des Fonds festzulegen sind, beschließen, zwischen den nach Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe a und den nach Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe b eingenommenen Beträgen Übertragungen vorzunehmen.

6. Absatz 6 wird gestrichen.

Article 15

Article 13 of the 1971 Fund Convention is amended as follows:

1. Paragraph 1 is replaced by the following text:

   1. The amount of any contribution due under Article 12 and which is in arrear shall bear interest at a rate which shall be determined in accordance with the Internal Regulations of the Fund, provided that different rates may be fixed for different circumstances.

2. In paragraph 3 the words "Articles 10 and 11" are replaced by the words "Articles 10 and 12" and the words "for a period exceeding three months" are deleted.

Article 15

L'article 13 de la Convention de 1971 portant création du Fonds est modifié comme suit:

1. Le paragraphe 1 est remplacé par le texte ci-après:

   1. Le montant de toute contribution en retard visée à l'article 12 est accru d'un intérêt dont le taux est fixé conformément au règlement intérieur du Fonds, étant entendu que différents taux peuvent être fixés selon les circonstances.

2. Au paragraphe 3, les mots «articles 10 et 11» sont remplacés par les mots «articles 10 et 12» et les mots «et que le retard apporté au paiement excède trois mois» sont supprimés.

Artikel 15

Artikel 13 des Fondsübereinkommens von 1971 wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

   (1) Nach Artikel 12 fällige rückständige Beiträge werden mit einem nach der Geschäftsordnung des Fonds zu bestimmenden Zinssatz mit der Maßgabe verzinst, daß je nach den Umständen verschiedene Zinssätze festgesetzt werden können.

2. In Absatz 3 werden die Worte „Artikeln 10 und 11" durch die Worte „Artikeln 10 und 12" ersetzt, und die Worte „um mehr als drei Monate" werden gestrichen.

Article 16

A new paragraph 4 is added to Article 15 of the 1971 Fund Convention:

4. Where a Contracting State does not fulfil its obligations to submit to the Director the communication referred to in paragraph 2 and this results in a financial loss for the Fund, that Contracting State shall be liable to compensate the Fund for such loss. The Assembly shall, on the recommendation of the Director, decide whether such compensation shall be payable by a Contracting State.

Article 16

Un nouveau paragraphe 4 est ajouté à l'article 15 de la Convention de 1971 portant création du Fonds, comme suit:

4. Lorsqu'un Etat contractant ne remplit pas l'obligation qu'il a de soumettre à l'Administrateur les renseignements visés au paragraphe 2 et que cela entraîne une perte financière pour le Fonds, cet Etat contractant est tenu d'indemniser le Fonds pour la perte subie. Après avis de l'Administrateur, l'Assemblée décide si cette indemnisation est exigible d'un Etat contractant.

Artikel 16

In Artikel 15 des Fondsübereinkommens von 1971 wird ein neuer Absatz 4 angefügt:

(4) Erfüllt ein Vertragsstaat nicht seine Verpflichtung, dem Direktor die in Absatz 2 bezeichnete Mitteilung zu machen, und ergibt sich daraus für den Fonds ein finanzieller Verlust, so ist dieser Vertragsstaat verpflichtet, den Fonds für diesen Verlust zu entschädigen. Die Versammlung beschließt auf Empfehlung des Direktors, ob diese Entschädigung von einem Vertragsstaat zu zahlen ist.

Article 17

Article 16 of the 1971 Fund Convention is replaced by the following text:

The Fund shall have an Assembly and a Secretariat headed by a Director.

Article 17

L'article 16 de la Convention de 1971 portant création du Fonds est remplacé par le texte ci-après:

Le Fonds comprend une Assemblée et un Secrétariat dirigé par un Administrateur.

Artikel 17

Artikel 16 des Fondsübereinkommens von 1971 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Der Fonds hat eine Versammlung und ein von einem Direktor geleitetes Sekretariat.

Article 18

Article 18 of the 1971 Fund Convention is amended as follows:

1. Paragraph 8 is deleted.
2. Paragraph 9 is replaced by the following text:

   9. to establish any temporary or permanent subsidiary body it may consider to be necessary, to define its terms of reference and to give it the authority needed to perform the functions entrusted to it; when appointing the members of such body, the Assembly shall endeavour to secure an equitable geographical distribution of members and to ensure that the Contracting States, in respect of which the largest quantities of contributing oil are being received, are appropriately represented; the Rules of Procedure of the Assembly may be applied, *mutatis mutandis,* for the work of such subsidiary body.

3. In paragraph 10 the words ", the Executive Committee," are deleted.
4. In paragraph 11 the words ", the Executive Committee" are deleted.
5. Paragraph 12 is deleted.

Article 18

L'article 18 de la Convention de 1971 portant création du Fonds est modifié comme suit:

1. Le paragraphe 8 est supprimé.
2. Le paragraphe 9 est remplacé par le texte ci-après:

   9. d'instituer tout organe subsidiaire, permanent ou temporaire, qu'elle juge nécessaire, de définir son mandat et de lui donner les pouvoirs requis pour exercer les fonctions qui lui ont été confiées; lorsqu'elle nomme les membres d'un tel organe, l'Assemblée veille à assurer une répartition géographique équitable des membres et à ce que les Etats contractants qui reçoivent les plus grandes quantités d'hydrocarbures donnant lieu à contribution soient représentés de manière satisfaisante; le règlement intérieur de l'Assemblée peut régir, *mutatis mutandis,* les travaux de cet organe subsidiaire;

3. Au paragraphe 10, les mots «, du Comité exécutif» sont supprimés.
4. Au paragraphe 11, les mots «, au Comité exécutif» sont supprimés.
5. Le paragraphe 12 est supprimé.

Artikel 18

Artikel 18 des Fondsübereinkommens von 1971 wird wie folgt geändert:

1. Nummer 8 wird gestrichen.
2. Nummer 9 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

   9. sie setzt die ihr erforderlich erscheinenden zeitweiligen oder ständigen Unterorgane ein, bestimmt deren Aufgabenbereiche und erteilt ihnen die Befugnisse, die zur Durchführung der ihnen übertragenen Aufgaben notwendig sind; bei der Ernennung der Mitglieder dieser Organe bemüht sich die Versammlung, für eine ausgewogene geographische Verteilung der Mitglieder zu sorgen und sicherzustellen, daß die Vertragsstaaten, in denen die größten Mengen beitragspflichtigen Öls in Empfang genommen werden, angemessen vertreten sind; die Verfahrensregeln der Versammlung können für die Tätigkeit dieser Unterorgane entsprechend angewendet werden.

3. Unter Nummer 10 werden die Worte „, des Exekutivausschusses" gestrichen.
4. Unter Nummer 11 werden die Worte „, dem Exekutivausschuß" gestrichen.
5. Nummer 12 wird gestrichen.

Article 19

Article 19 of the 1971 Fund Convention is amended as follows:

1. Paragraph 1 is replaced by the following text:

   1. Regular sessions of the Assembly shall take place once every calendar year upon convocation by the Director.

2. In paragraph 2 the words "of the Executive Committee or" are deleted.

Article 19

L'article 19 de la Convention de 1971 portant création du Fonds est modifié comme suit:

1. Le paragraphe 1 est remplacé par le texte ci-après:

   1. L'Assemblée se réunit en session ordinaire, chaque année civile, sur convocation de l'Administrateur.

2. Au paragraphe 2, les mots «du Comité exécutif ou» sont supprimés.

Artikel 19

Artikel 19 des Fondsübereinkommens von 1971 wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

   (1) Ordentliche Tagungen der Versammlung finden nach Einberufung durch den Direktor einmal in jedem Kalenderjahr statt.

2. In Absatz 2 werden die Worte „des Exekutivausschusses oder" gestrichen.

Article 20

Articles 21 to 27 of the 1971 Fund Convention and the heading to these articles are deleted.

Article 20

Les articles 21 à 27 de la Convention de 1971 portant création du Fonds et les titres de ces articles sont supprimés.

Artikel 20

Die Artikel 21 bis 27 des Fondsübereinkommens von 1971 und die Überschrift zu diesen Artikeln werden gestrichen.

Article 21

Article 29 of the 1971 Fund Convention is amended as follows:

Article 21

L'article 29 de la Convention de 1971 portant création du Fonds est modifié comme suit:

Artikel 21

Artikel 29 des Fondsübereinkommens von 1971 wird wie folgt geändert:

1. Paragraph 1 is replaced by the following text:

   1. The Director shall be the chief administrative officer of the Fund. Subject to the instructions given to him by the Assembly, he shall perform those functions which are assigned to him by this Convention, the Internal Regulations of the Fund and the Assembly.

2. In paragraph 2 (e) the words "or the Executive Committee" are deleted.

3. In paragraph 2 (f) the words "or to the Executive Committee, as the case may be," are deleted.

4. Paragraph 2 (g) is replaced by the following text:

   (g) prepare, in consultation with the Chairman of the Assembly, and publish a report of the activities of the Fund during the previous calendar year;

5. In paragraph 2 (h) the words ", the Executive Committee" are deleted.

1. Le paragraphe 1 est remplacé par le texte ci-après:

   1. L'Administrateur est le plus haut fonctionnaire du Fonds. Sous réserve des instructions qui lui sont données par l'Assemblée, il s'acquitte des fonctions qui lui sont dévolues aux termes de la présente Convention et du règlement intérieur du Fonds et de celles qui lui sont atrribuées par l'Assemblée.

2. Au paragraphe 2, alinéa e), les mots «ou du Comité exécutif» sont supprimés.

3. Au paragraphe 2, alinéa f), les mots «ou au Comité exécutif, suivant le cas», sont supprimés.

4. Le paragraphe 2, alinéa g), est remplacé par le texte ci-après:

   g) d'établir, en liaison avec le Président de l'Assemblée, et de publier un rapport sur les activités du Fonds au cours de l'année civile précédente;

5. Au paragraphe 2, alinéa h), les mots «, du Comité exécutif» sont supprimés.

1. Absatz 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

   (1) Der Direktor ist der höchste Verwaltungsbedienstete des Fonds. Vorbehaltlich der ihm von der Versammlung erteilten Weisungen nimmt er die ihm durch dieses Übereinkommen, die Geschäftsordnung des Fonds und die Versammlung übertragenen Aufgaben wahr.

2. In Absatz 2 Buchstabe e werden die Worte „oder des Exekutivausschusses" gestrichen.

3. In Absatz 2 Buchstabe f werden die Worte „oder dem Exekutivausschuß" gestrichen.

4. Absatz 2 Buchstabe g wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

   g) er erstellt im Benehmen mit dem Vorsitzenden der Versammlung einen Bericht über die Tätigkeit des Fonds im vorangegangenen Kalenderjahr und veröffentlicht ihn.

5. In Absatz 2 Buchstabe h werden die Worte „, des Exekutivausschusses" gestrichen.

Article 22

In Article 31, paragraph 1, of the 1971 Fund Convention, the words "on the Executive Committee and" are deleted.

Article 22

A l'article 31, paragraphe 1, de la Convention de 1971 portant création du Fonds, les mots «au Comité exécutif et» sont supprimés.

Artikel 22

In Artikel 31 Absatz 1 des Fondsübereinkommens von 1971 werden die Worte „im Exekutivausschuß und" gestrichen.

Article 23

Article 32 of the 1971 Fund Convention is amended as follows:

1. In the opening phrase the words "and the Executive Committee" are deleted.
2. In subparagraph (b) the words "and the Executive Committee" are deleted.

Article 23

L'article 32 de la Convention de 1971 portant création du Fonds est modifié comme suit:

1. Dans la phrase liminaire, les mots «et au Comité exécutif» sont supprimés.
2. A l'alinéa b), les mots «et du Comité exécutif» sont supprimés.

Artikel 23

Artikel 32 des Fondsübereinkommens von 1971 wird wie folgt geändert:

1. Im Einleitungsteil werden die Worte „und im Exekutivausschuß" gestrichen.
2. Unter Buchstabe b werden die Worte „und des Exekutivausschusses" gestrichen.

Article 24

Article 33 of the 1971 Fund Convention is amended as follows:

1. Paragraph 1 is deleted.
2. In paragraph 2 the paragraph number is deleted.
3. Subparagraph (c) is replaced by the following text:

   (c) the establishment of subsidiary bodies, under Article 18, paragraph 9, and matters relating to such establishment.

Article 24

L'article 33 de la Convention de 1971 portant création du Fonds est modifié comme suit:

1. Le paragraphe 1 est supprimé.
2. Dans le paragraphe 2, le numéro du paragraphe est supprimé.
3. L'alinéa c) est remplacé par le texte ci-après:

   c) la création d'organes subsidiaires conformément à l'article 18, paragraphe 9, et les décisions qui s'y rapportent.

Artikel 24

Artikel 33 des Fondsübereinkommens von 1971 wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 wird gestrichen.
2. In Absatz 2 wird die Absatznummer gestrichen.
3. Buchstabe c wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

   c) die Einsetzung von Unterorganen nach Artikel 18 Nummer 9 und die mit dieser Einsetzung zusammenhängenden Angelegenheiten.

Article 25

Article 35 of the 1971 Fund Convention is replaced by the following text:

Claims for compensation under Article 4 arising from incidents occurring after the date of entry into force of this Convention

Article 25

L'article 35 de la Convention de 1971 portant création du Fonds est remplacé par le texte ci-après:

Les demandes d'indemnisation visées à l'article 4 qui découlent d'événements survenus après la date d'entrée en vigueur de

Artikel 25

Artikel 35 des Fondsübereinkommens von 1971 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Entschädigungsansprüche nach Artikel 4, die sich aus Ereignissen ergeben, die nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens

may not be brought against the Fund earlier than the one hundred and twentieth day after that date.

la présente Convention ne peuvent être présentées au Fonds avant l'expiration d'un délai de cent vingt jours à compter de cette date.

eingetreten sind, können gegen den Fonds nicht vor Ablauf von hundertzwanzig Tagen nach diesem Zeitpunkt geltend gemacht werden.

Article 26

After Article 36 of the 1971 Fund Convention three new articles are inserted as follows:

Article 36bis

The following transitional provisions shall apply in the period, hereinafter referred to as the transitional period, commencing with the date of entry into force of this Convention and ending with the date on which the denunciations provided for in Article 31 of the Protocol of 1984 to amend the 1971 Fund Convention take effect:

(a) In the application of paragraph 1 (a) of Article 2 of this Convention, the reference to the 1984 Liability Convention shall include reference to the International Convention on Civil Liability for Oil Pollution Damage, 1969, either in its original version or as amended by the Protocol thereto of 1976 (referred to in this Article as "the 1969 Liability Convention"), and also the 1971 Fund Convention.

(b) Where an incident has caused pollution damage within the scope of this Convention, the Fund shall pay compensation to any person suffering pollution damage only if, and to the extent that, such person has been unable to obtain full and adequate compensation for the damage under the terms of the 1969 Liability Convention, the 1971 Fund Convention and the 1984 Liability Convention, provided that, in respect of pollution damage within the scope of this Convention in respect of a Party to this Convention but not a Party to the 1971 Fund Convention, the Fund shall pay compensation to any person suffering pollution damage only if, and to the extent that, such person would have been unable to obtain full and adequate compensation had that State been party to each of the above-mentioned Conventions.

(c) In the application of Article 4 of this Convention, the amount to be taken into account in determining the aggregate amount of compensation payable by the Fund shall also include the amount of compensation actually paid under the 1969 Liability Convention, if any, and the amount of compensation actually

Article 26

Après l'article 36 de la Convention de 1971 portant création du Fonds, trois nouveaux articles sont insérés comme suit:

Article 36bis

Les dispositions transitoires suivantes s'appliquent pendant la période, ci-après dénommée «période transitoire», qui va de la date d'entrée en vigueur de la présente Convention à la date à laquelle prennent effet les dénonciations prévues à l'article 31 du Protocole de 1984 modifiant la Convention de 1971 portant création du Fonds:

a) Aux fins de l'application de l'article 2, paragraphe 1 a), de la présente Convention, toute mention de la Convention de 1984 sur la responsabilité vise la Convention internationale de 1969 sur la responsabilité civile pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures, dans sa version initiale ou telle que modifiée par le Protocole de 1976 y relatif (dénommée ci-après dans le présent article la «Convention de 1969 sur la responsabilité»), et également la Convention de 1971 portant création du Fonds.

b) Lorsqu'un événement a causé des dommages par pollution relevant du champ d'application de la présente Convention, le Fonds verse une indemnisation à toute personne ayant subi un dommage par pollution seulement au cas et dans la mesure où une telle personne n'a pas pu obtenir une indemnisation intégrale et appropriée en réparation du dommage subi, en application de la Convention de 1969 sur la responsabilité, de la Convention de 1971 portant création du Fonds et de la Convention de 1984 sur la responsabilité; toutefois, en ce qui concerne des dommages par pollution relevant du champ d'application de la présente Convention pour une Partie à la présente Convention qui n'est pas Partie à la Convention de 1971 portant création du Fonds, le Fonds verse une indemnisation à toute personne ayant subi un dommage par pollution seulement au cas et dans la mesure où une telle personne n'aurait pas pu obtenir une indemnisation intégrale et appropriée en réparation du dommage subi, si cet Etat avait été Partie à chacune des conventions susmentionnées.

c) Aux fins de l'application de l'article 4 de la présente Convention, le montant à prendre en considération pour déterminer le montant total des indemnités que le Fonds doit verser comprend également le montant des indemnités effectivement versées en vertu de la Convention de 1969 sur la responsabilité, le cas

Artikel 26

Nach Artikel 36 des Fondsübereinkommens von 1971 werden drei neue Artikel wie folgt eingefügt:

Artikel 36bis

Folgende Übergangsbestimmungen gelten in der Zeit, im folgenden als „Übergangszeit" bezeichnet, die mit dem Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens beginnt und mit dem Tag endet, an dem die in Artikel 31 des Protokolls von 1984 zum Fondsübereinkommens von 1971 vorgesehenen Kündigungen wirksam werden:

a) Bei der Anwendung des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe a umfaßt die Bezugnahme auf das Haftungsübereinkommen von 1984 die Bezugnahme auf das Internationale Übereinkommen von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden entweder in seiner ursprünglichen Fassung oder in der durch das Protokoll von 1976 zu jenem Übereinkommen geänderten Fassung (in diesem Artikel als „Haftungsübereinkommen von 1969" bezeichnet) und auch auf das Fondsübereinkommen von 1971.

b) Hat ein Ereignis Verschmutzungsschäden innerhalb des Anwendungsbereichs dieses Übereinkommens verursacht, so zahlt der Fonds an eine Person, die Verschmutzungsschäden erlitten hat, eine Entschädigung nur, wenn und soweit diese Person nach dem Haftungsübereinkommen von 1969, dem Fondsübereinkommen von 1971 und dem Haftungsübereinkommen von 1984 nicht voll und angemessen für den Schaden entschädigt werden konnte; in bezug auf Verschmutzungsschäden innerhalb des Anwendungsbereichs des vorliegenden Übereinkommens für eine Vertragspartei des Übereinkommens, die nicht Vertragspartei des Fondsübereinkommens von 1971 ist, zahlt der Fonds an eine Person, die Verschmutzungsschäden erlitten hat, eine Entschädigung jedoch nur, wenn und soweit diese Person nicht voll und angemessen für den Schaden hätte entschädigt werden können, wenn der betreffende Staat Vertragspartei jedes der genannten Übereinkommen gewesen wäre.

c) Bei der Anwendung des Artikels 4 umfaßt der Betrag, der bei der Feststellung des Gesamtbetrags der vom Fonds zu zahlenden Entschädigung zu berücksichtigen ist, auch den gegebenenfalls auf Grund des Haftungsübereinkommens von 1969 tatsächlich gezahlten Entschädigungsbetrag sowie den auf

paid or deemed to have been paid under the 1971 Fund Convention.

(d) Paragraph 1 of Article 9 of this Convention shall also apply to the rights enjoyed under the 1969 Liability Convention.

Article 36ter

Notwithstanding the provisions of this Convention, the following provisions shall apply to the administration of the Fund during the period in which both the 1971 Fund Convention and this Convention are in force:

(a) The Secretariat of the Fund, established by the 1971 Fund Convention (hereinafter referred to as "the 1971 Fund"), headed by the Director, may also function as the Secretariat and the Director of the Fund.

(b) If, in accordance with subparagraph (a), the Secretariat and the Director of the 1971 Fund also perform the function of Secretariat and Director of the Fund, the Fund shall be represented, in cases of conflict of interests between the 1971 Fund and the Fund, by the Chairman of the Assembly of the Fund.

(c) The Director and the staff and experts appointed by him, performing their duties under this Convention and the 1971 Fund Convention, shall not be regarded as contravening the provisions of Article 30 of this Convention in so far as they discharge their duties in accordance with this Article.

(d) The Assembly of the Fund shall endeavour not to take decisions which are incompatible with decisions taken by the Assembly of the 1971 Fund. If differences of opinion with respect to common administrative issues arise, the Assembly of the Fund shall try to reach a consensus with the Assembly of the 1971 Fund, in a spirit of mutual cooperation and with the common aims of both Organizations in mind.

(e) The Fund may succeed to the rights, obligations and assets of the 1971 Fund if the Assembly of the 1971 Fund so decides, in accordance with Article 44, paragraph 2, of the 1971 Fund Convention.

(f) The Fund shall reimburse to the 1971 Fund all costs and expenses arising from administrative services performed by the 1971 Fund on behalf of the Fund.

échéant, et le montant des indemnités effectivement versées ou réputées avoir été versées en vertu de la Convention de 1971 portant création du Fonds.

d) L'article 9, paragraphe 1, de la présente Convention s'applique également aux droits dévolus en vertu de la Convention de 1969 sur la responsabilité.

Article 36ter

Nonobstant les dispositions de la présente Convention, les dispositions qui suivent s'appliquent à l'administration du Fonds pendant la période durant laquelle la Convention de 1971 portant création du Fonds et la présente Convention sont toutes deux en vigueur:

a) Le Secrétariat du Fonds créé par la Convention de 1971 portant création du Fonds (ci-après dénommé «le Fonds de 1971») et l'Administrateur qui le dirige peuvent également exercer les fonctions de Secrétariat et d'Administrateur du Fonds.

b) Si, conformément à l'alinéa a), le Secrétariat et l'Administrateur du Fonds de 1971 exercent également les fonctions de Secrétariat et d'Administrateur du Fonds, le Fonds est représenté, en cas de conflit d'intérêts entre le Fonds de 1971 et le Fonds, par le Président de l'Assemblée du Fonds.

c) Dans l'exercice des fonctions qui leur incombent en vertu de la présente Convention et de la Convention de 1971 portant création du Fonds, l'Administrateur ainsi que le personnel nommé et les experts désignés par lui ne sont pas considérés comme contrevenant aux dispositions de l'article 30 de la présente Convention, dans la mesure où ils exécutent leur tâche conformément aux dispositions du présent article.

d) L'Assemblée du Fonds s'efforce de ne pas prendre de décisions qui sont incompatibles avec des décisions prises par l'Asemblée du Fonds de 1971. Si des questions administratives d'intérêt commun donnent lieu à des divergences d'opinions, l'Assemblée du Fonds s'efforce de parvenir à un consensus avec l'Assemblée du Fonds de 1971, dans un esprit de coopération mutuelle et en tenant compte des objectifs communs des deux organisations.

e) Le Fonds peut succéder aux droits et obligations ainsi qu'à l'actif du Fonds de 1971 si l'Assemblée du Fonds de 1971 en décide ainsi, conformément aux dispositions de l'article 44, paragraphe 2, de la Convention de 1971 portant création du Fonds.

f) Le Fonds rembourse au Fonds de 1971 tous les frais et toutes les dépenses encourus au titre des tâches administratives que le Fonds de 1971 a accomplies pour le compte du Fonds.

Grund des Fondsübereinkommens von 1971 tatsächlich gezahlten oder als gezahlt geltenden Entschädigungsbetrag.

d) Artikel 9 Absatz 1 findet auch auf die nach dem Haftungsübereinkommen von 1969 zustehenden Rechte Anwendung.

Artikel 36ter

Ungeachtet der Bestimmungen dieses Übereinkommens gelten folgende Bestimmungen für die Verwaltung des Fonds während der Zeit, in der sowohl das Fondsübereinkommen von 1971 als auch dieses Übereinkommen in Kraft sind:

a) Das durch das Fondsübereinkommen von 1971 eingerichtete Sekretariat des Fonds (im folgenden als „Fonds von 1971" bezeichnet) und der Direktor, der es leitet, können auch als Sekretariat und Direktor des Fonds tätig sein.

b) Sind nach Buchstabe a das Sekretariat und der Direktor des Fonds von 1971 auch als Sekretariat und als Direktor des Fonds tätig, so wird der Fonds bei Interessenkollisionen zwischen dem Fonds von 1971 und dem Fonds durch den Vorsitzenden der Versammlung des Fonds vertreten.

c) Der Direktor, das von ihm ernannte Personal und die von ihm bestimmten Sachverständigen werden bei der Erfüllung ihrer Pflichten nach diesem Übereinkommen und dem Fondsübereinkommen von 1971 nicht so angesehen, als verstießen sie gegen Artikel 30 dieses Übereinkommens, soweit sie ihre Pflichten im Einklang mit dem vorliegenden Artikel erfüllen.

d) Die Versammlung des Fonds bemüht sich, keine Beschlüsse zu fassen, die mit Beschlüssen der Versammlung des Fonds von 1971 unvereinbar sind. Kommt es zu Meinungsverschiedenheiten bezüglich gemeinsamer Verwaltungsfragen, so versucht die Versammlung des Fonds, im Geist der Zusammenarbeit und unter Beachtung der gemeinsamen Ziele beider Organisationen Einvernehmen mit der Versammlung des Fonds von 1971 herzustellen.

e) Der Fonds kann in die Rechte, die Pflichten und das Vermögen des Fonds von 1971 eintreten, wenn die Versammlung des Fonds von 1971 dies nach Artikel 44 Absatz 2 des Fondsübereinkommens von 1971 beschließt.

f) Der Fonds erstattet dem Fonds von 1971 alle Kosten und Auslagen für Verwaltungsdienstleistungen, die der Fonds von 1971 im Namen des Fonds erbracht hat.

Article 36^{quater}

Final clauses

The final clauses of this Convention shall be Articles 28 to 39 of the Protocol of 1984 to amend the 1971 Fund Convention. References in this Convention to Contracting States shall be taken to mean references to the Contracting States of that Protocol.

Article 36^{quater}

Clauses finales

Les clauses finales de la présente Convention sont les articles 28 à 39 du Protocole de 1984 modifiant la Convention de 1971 portant création du Fonds. Dans la présente Convention, les références aux Etats contractants sont considérées comme des références aux Etats contractants à ce protocole.

Artikel 36^{quater}

Schlußbestimmungen

Die Schlußbestimmungen dieses Übereinkommens sind die Artikel 28 bis 39 des Protokolls von 1984 zum Fondsübereinkommen von 1971. Bezugnahmen in diesem Übereinkommen auf Vertragsstaaten gelten als Bezugnahmen auf die Vertragsstaaten des Protokolls.

Article 27

1. The 1971 Fund Convention and this Protocol shall, as between the Parties to this Protocol, be read and interpreted together as one single instrument.

2. Articles 1 to 36^{quater} of the 1971 Fund Convention as amended by this Protocol shall be known as the International Convention on the Establishment of an International Fund for Compensation for Oil Pollution Damage, 1984 (1984 Fund Convention).

Article 27

1. La Convention de 1971 portant création du Fonds et le présent Protocole sont, entre les Parties au présent Protocole, considérés et interprétés comme formant un seul instrument.

2. Les articles premier à 36 quater de la Convention de 1971 portant création du Fonds telle que modifiée par le présent Protocole sont désignés sous le nom de «Convention internationale de 1984 portant création d'un Fonds international d'indemnisation pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures» («Convention de 1984 portant création du Fonds»).

Artikel 27

(1) Das Fondsübereinkommen von 1971 und dieses Protokoll sind im Verhältnis zwischen den Vertragsparteien dieses Protokolls als ein Vertragswerk zu betrachten und auszulegen.

(2) Die Artikel 1 bis 36 quater des Fondsübereinkommens von 1971 in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung tragen die Bezeichnung „Internationales Übereinkommen von 1984 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden" („Fondsübereinkommen von 1984").

Final clauses

Article 28

Signature, ratification, etc.

1. This Protocol shall be open for signature at London from 1 December 1984 to 30 November 1985 by any State which has signed the 1984 Liability Convention.

2. Subject to paragraph 4, this Protocol shall be ratified, accepted or approved by States which have signed it.

3. Subject to paragraph 4, this Protocol is open for accession by States which did not sign it.

4. This Protocol may be ratified, accepted, approved or acceded to, only by States which have ratified, accepted, approved or acceded to the 1984 Liability Convention.

5. Ratification, acceptance, approval or accession shall be effected by the deposit of a formal instrument to that effect with the Secretary-General of the Organization.

6. A State which is a Party to this Protocol but is not a Party to the 1971 Fund Convention shall be bound by the provisions of the 1971 Fund Convention as amended by this Protocol in relation to other Parties hereto, but shall not be bound by the provisions of the 1971 Fund Convention in relation to Parties thereto.

7. Any instrument of ratification, acceptance, approval or accession deposited after

Clauses finales

Article 28

Signature, ratification, etc.

1. Le présent Protocole est ouvert à Londres, du 1er décembre 1984 au 30 novembre 1985, à la signature de tout Etat qui a signé la Convention de 1984 sur la responsabilité.

2. Sous réserve des dispositions du paragraphe 4, le présent Protocole est ratifié, accepté ou approuvé par les Etats qui l'ont signé.

3. Sous réserve des dispositions du paragraphe 4, les Etats qui n'ont pas signé le présent Protocole peuvent y adhérer.

4. Seuls les Etats qui ont ratifié, accepté ou approuvé la Convention de 1984 sur la responsabilité ou qui y ont adhére peuvent ratifier, accepter ou approuver le présent Protocole ou y adhérer.

5. La ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion s'effectuent par le dépôt d'un instrument en bonne et due forme à cet effet auprès du Secrétaire général de l'Organisation.

6. Un Etat qui est Partie au présent Protocole mais n'est pas Partie à la Convention de 1971 portant création du Fonds est lié par les dispositions de la Convention de 1971 portant création du Fonds, telle que modifiée par le présent Protocole, à l'égard des autres Parties au Protocole, mais n'est pas lié par les dispositions de la Convention de 1971 portant création du Fonds à l'égard des Parties à cette seule Convention.

7. Tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhesion, dé-

Schlußbestimmungen

Artikel 28

Unterzeichnung, Ratifikation usw.

(1) Dieses Protokoll liegt vom 1. Dezember 1984 bis zum 30. November 1985 in London für jeden Staat, der das Haftungsübereinkommen von 1984 unterzeichnet hat, zur Unterzeichnung auf.

(2) Vorbehaltlich des Absatzes 4 bedarf dieses Protokoll der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Staaten, die es unterzeichnet haben.

(3) Vorbehaltlich des Absatzes 4 liegt dieses Protokoll für Staaten, die es nicht unterzeichnet haben, zum Beitritt auf.

(4) Nur Staaten, die das Haftungsübereinkommen von 1984 ratifiziert, angenommen oder genehmigt haben oder ihm beigetreten sind, können dieses Protokoll ratifizieren, annehmen oder genehmigen oder ihm beitreten.

(5) Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer förmlichen Urkunde beim Generalsekretär der Organisation.

(6) Ein Staat, der Vertragspartei dieses Protokolls, aber nicht Vertragspartei des Fondsübereinkommens von 1971 ist, ist durch die Bestimmungen des Fondsübereinkommens von 1971 in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung im Verhältnis zu den anderen Vertragsparteien dieses Protokolls gebunden; er ist aber nicht durch die Bestimmungen des Fondsübereinkommens von 1971 im Verhältnis zu dessen Vertragsparteien gebunden.

(7) Jede Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde, die

the entry into force of an amendment to the 1971 Fund Convention as amended by this Protocol shall be deemed to apply to the Convention so amended, as modified by such amendment.

posé après l'entrée en vigueur d'un amendement à la Convention de 1971 portant création du Fonds telle que modifiée par le présent Protocole, est réputé s'appliquer à la Convention ainsi modifiée et telle que modifiée par ledit amendement.

nach Inkrafttreten einer Änderung des Fondsübereinkommens von 1971 in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung hinterlegt wird, gilt für das so geänderte Übereinkommen in der Fassung der Änderung.

Article 29
Information on contributing oil

1. Before this Protocol comes into force for a State, that State shall, when depositing an instrument referred to in Article 28, paragraph 5, and annually thereafter at a date to be determined by the Secretary-General of the Organization, communicate to him the name and address of any person who in respect of that State would be liable to contribute to the Fund pursuant to Article 10 of the 1971 Fund Convention as amended by this Protocol as well as data on the relevant quantities of contributing oil received by any such person in the territory of that State during the preceding calendar year.

2. During the transitional period, the Director shall, for Parties, communicate annually to the Secretary-General of the Organization data on quantities of contributing oil received by persons liable to contribute to the Fund pursuant to Article 10 of the 1971 Fund Convention as amended by this Protocol.

Article 29
Renseignements relatifs aux hydrocarbures donnant lieu à contribution

1. Avant l'entrée en vigueur du présent Protocole à l'égard d'un Etat, cet Etat doit, lors du dépôt d'un instrument visé à l'article 28, paragraphe 5, et ultérieurement chaque année à une date désignée par le Secrétaire général de l'Organisation, communiquer à ce dernier le nom et l'adresse des personnes qui, pour cet Etat, seraient tenues de contribuer au Fonds, en application de l'article 10 de la Convention de 1971 portant création du Fonds telle que modifiée par le présent Protocole, ainsi que des renseignements sur les quantités d'hydrocarbures donnant lieu à contribution qui ont été reçues sur le territoire de cet Etat par ces personnes au cours de l'année civile précédente.

2. Au cours de la période transitoire, l'Administrateur communique chaque année au Secrétaire général de l'Organisation, pour les Parties, des données sur les quantités d'hydrocarbures donnant lieu à contribution qui ont été reçues par les personnes tenues de verser une contribution au Fonds conformément à l'article 10 de la Convention de 1971 portant création du Fonds, telle que modifiée par le présent Protocole.

Artikel 29
Mitteilung über beitragspflichtiges Öl

(1) Bevor dieses Protokoll für einen Staat in Kraft tritt, teilt dieser bei der Hinterlegung einer der in Artikel 28 Absatz 5 bezeichneten Urkunden und danach jährlich an einem vom Generalsekretär der Organisation zu bestimmenden Tag dem Generalsekretär Namen und Anschrift aller Personen mit, die hinsichtlich dieses Staates verpflichtet wären, nach Artikel 10 des Fondsübereinkommens von 1971 in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung Beiträge zum Fonds zu leisten, und macht Angaben über die maßgeblichen Mengen beitragspflichtigen Öls, die diese Personen im Hoheitsgebiet dieses Staates während des vorangegangenen Kalenderjahrs erhalten haben.

(2) Während der Übergangszeit übermittelt der Direktor dem Generalsekretär der Organisation für die Vertragsparteien jährlich Angaben über die Mengen beitragspflichtigen Öls, die Personen erhalten haben, welche verpflichtet sind, nach Artikel 10 des Fondsübereinkommens von 1971 in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung Beiträge zum Fonds zu leisten.

Article 30
Entry into force

1. This Protocol shall enter into force twelve months following the date on which the following requirements are fulfilled:

(a) at least eight States have deposited instruments of ratification, acceptance, approval or accession with the Secretary-General of the Organization; and

(b) the Secretary-General of the Organization has received information in accordance with Article 29 that those persons who would be liable to contribute pursuant to Article 10 of the 1971 Fund Convention as amended by this Protocol have received during the preceding calendar year a total quantity of at least 600 million tons of contributing oil.

2. However, this Protocol shall not enter into force before the 1984 Liability Convention has entered into force.

3. For each State which ratifies, accepts, approves or accedes to this Protocol after the conditions in paragraph 1 for entry into force have been met, the Protocol shall enter into force twelve months following the date of the deposit by such State of the appropriate instrument.

Article 30
Entrée en vigueur

1. Le présent Protocole entre en vigueur douze mois après la date à laquelle les conditions suivantes sont remplies:

a) au moins huit Etats ont déposé un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion auprès du Secrétaire général de l'Organisation; et

b) le Secrétaire général de l'Organisation a été informé, conformément à l'article 29, que les personnes qui seraient tenues à contribution, en application de l'article 10 de la Convention de 1971 portant création du Fonds, telle que modifiée par le présent Protocole, ont reçu, au cours de l'année civile précédente, au moins 600 millions de tonnes d'hydrocarbures donnant lieu à contribution.

2. Toutefois, le présent Protocole ne peut entrer en vigueur avant l'entrée en vigueur de la Convention de 1984 sur la responsabilité.

3. Pour chacun des Etats qui ratifient, acceptent ou approuvent le présent Protocole ou y adhèrent après que les conditions d'entrée en vigueur prévues au paragraphe 1 ont été remplies, le Protocole entre en vigueur douze mois après la date du dépôt par cet Etat de l'instrument approprié.

Artikel 30
Inkrafttreten

(1) Dieses Protokoll tritt zwölf Monate nach dem Tag in Kraft, an dem folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

a) Mindestens acht Staaten haben eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Organisation hinterlegt, und

b) der Generalsekretär der Organisation hat nach Artikel 29 die Mitteilung erhalten, daß diejenigen Personen, die nach Artikel 10 des Fondsübereinkommens von 1971 in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung Beiträge zu leisten hätten, während des vorangegangenen Kalenderjahrs eine Gesamtmenge von mindestens 600 Millionen Tonnen beitragspflichtigen Öls erhalten haben.

(2) Dieses Protokoll tritt jedoch nicht vor Inkrafttreten des Haftungsübereinkommens von 1984 in Kraft.

(3) Für jeden Staat, der dieses Protokoll ratifiziert, annimmt, genehmigt oder ihm beitritt, nachdem die Voraussetzungen in Absatz 1 für das Inkrafttreten erfüllt sind, tritt das Protokoll zwölf Monate nach dem Tag in Kraft, an dem dieser Staat die entsprechende Urkunde hinterlegt hat.

4. Any State may, at the time of the deposit of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession in respect of this Protocol declare that such instrument shall not take effect for the purpose of this Article until the end of the six-month period in Article 31.

5. Any State which has made a declaration in accordance with the preceding paragraph may withdraw it at any time by means of a notification addressed to the Secretary-General of the Organization. Any such withdrawal shall take effect on the date the notification is received, and any State making such a withdrawal shall be deemed to have deposited its instrument of ratification, acceptance, approval or accession in respect of this Protocol on that date.

6. Any State which has made a declaration under Article 13, paragraph 2, of the Protocol of 1984 to amend the 1969 Liability Convention shall be deemed to have also made a declaration under paragraph 4 of this Article. Withdrawal of a declaration under the said Article 13, paragraph 2, shall be deemed to constitute withdrawal also under paragraph 5 of this Article.

4. Tout Etat peut, au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion relatif au présent Protocole, déclarer que cet instrument est sans effet, aux fins du présent article, jusqu'à l'expiration du délai de six mois prévu à l'article 31.

5. Tout Etat qui a fait une déclaration conformément au paragraphe précédent peut la retirer à tout moment au moyen d'une notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation. Tout retrait ainsi effectué prend effet à la date de la réception de la notification et tout Etat effectuant un tel retrait est considéré comme ayant déposé à cette date son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion relatif au présent Protocole.

6. Tout Etat qui a fait une déclaration en vertu de l'article 13, paragraphe 2, du Protocole de 1984 modifiant la Convention de 1969 sur la responsabilité est réputé avoir également fait une déclaration en vertu du paragraphe 4 du présent article. Le retrait d'une déclaration faite en vertu dudit article 13, paragraphe 2, est considéré comme constituant également un retrait en vertu du paragraphe 5 du présent article.

(4) Jeder Staat kann bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu diesem Protokoll erklären, daß diese Urkunde für die Zwecke dieses Artikels bis zum Ablauf der Sechsmonatsfrist nach Artikel 31 nicht wirksam ist.

(5) Jeder Staat, der eine Erklärung nach Absatz 4 abgegeben hat, kann sie jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Organisation gerichtete Notifikation zurücknehmen. Die Rücknahme wird an dem Tag wirksam, an dem die Notifikation eingeht; ein Staat, der eine solche Rücknahme vornimmt, wird so angesehen, als habe er seine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu diesem Protokoll an dem betreffenden Tag hinterlegt.

(6) Jeder Staat, der eine Erklärung nach Artikel 13 Absatz 2 des Protokolls von 1984 zum Haftungsübereinkommen von 1969 abgegeben hat, wird so angesehen, als habe er auch eine Erklärung nach Absatz 4 des vorliegenden Artikels abgegeben. Eine Rücknahme einer nach dem genannten Artikel 13 Absatz 2 abgegebenen Erklärung gilt auch als Rücknahme nach Absatz 5 des vorliegenden Artikels.

Article 31

Denunciation of 1969 and 1971 Conventions

Subject to Article 30, within six months following the date on which the following requirements are fulfilled:

(a) at least eight States have become Parties to this Protocol or have deposited instruments of ratification, acceptance, approval or accession with the Secretary-General of the Organization, whether or not subject to Article 30, paragraph 4, and

(b) the Secretary-General of the Organization has received information in accordance with Article 29 that those persons who are or would be liable to contribute pursuant to Article 10 of the 1971 Fund Convention as amended by this Protocol have received during the preceding calendar year a total quantity of at least 750 million tons of contributing oil;

each Party to this Protocol and each State which has deposited an instrument of ratification, acceptance, approval or accession, whether or not subject to Article 30, paragraph 4, shall, if party thereto, denounce the 1971 Fund Convention and the 1969 Liability Convention with effect twelve months after the expiry of the above-mentioned six-month period.

Article 31

Dénonciation des Conventions de 1969 et de 1971

Sous réserve des dispositions de l'article 30, dans un délai de six mois après la date à laquelle les conditions suivantes sont remplies:

a) au moins huit Etats sont devenus Parties au présent Protocole ou ont déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation un instrument de ratification, d'acceptation, l'approbation ou d'adhésion, que ce dernier relève ou non de l'article 30, paragraphe 4, et

b) le Secrétaire général de l'Organisation a été informé, conformément à l'article 29, que les personnes qui sont ou seraient tenues à contribution, en application de l'article 10 de la Convention de 1971 portant création du Fonds, telle que modifiée par le présent Protocole, ont reçu, au cours de l'année civile précédente, au moins 750 millions de tonnes d'hydrocarbures donnant lieu à contribution,

chaque Partie au présent Protocole et chaque Etat qui a déposé un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion relevant ou non de l'article 30, paragraphe 4, dénonce, s'il est Partie à celles-ci, la Convention de 1971 portant création du Fonds et la Convention de 1969 sur la responsabilité, la dénonciation prenant effet douze mois après l'expiration du délai de six mois susmentionné.

Artikel 31

Kündigung der Übereinkommen von 1969 und 1971

Innerhalb von sechs Monaten nach dem Tag, an dem folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

a) mindestens acht Staaten sind Vertragsparteien dieses Protokolls geworden oder haben beim Generalsekretär der Organisation eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt, gleichviel, ob dabei Artikel 30 Absatz 4 in Anspruch genommen wurde oder nicht, und

b) der Generalsekretär der Organisation hat nach Artikel 29 Mitteilung erhalten, daß diejenigen Personen, die verpflichtet sind oder wären, nach Artikel 10 des Fondsübereinkommens von 1971 in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung Beiträge zu leisten, während des vorangegangenen Kalenderjahrs eine Gesamtmenge von mindestens 750 Millionen Tonnen beitragspflichtigen Öls erhalten haben,

haben vorbehaltlich des Artikels 30 jede Vertragspartei dieses Protokolls und jeder Staat, der eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt hat, gleichviel, ob dabei Artikel 30 Absatz 4 in Anspruch genommen wurde oder nicht, das Fondsübereinkommen von 1971 und das Haftungsübereinkommen von 1969, sofern sie Vertragsparteien derselben sind, mit Wirkung von zwölf Monaten nach Ablauf der obengenannten Sechsmonatsfrist zu kündigen.

Article 32

Revision and amendment

1. A conference for the purpose of revising or amending the 1984 Fund Convention may be convened by the Organization.

2. The Organization shall convene a Conference of Contracting States for the purpose of revising or amending the 1984 Fund Convention at the request of not less than one-third of all Contracting States.

Article 32

Révision et modification

1. L'Organisation peut convoquer une conférence ayant pour objet de réviser ou de modifier la Convention de 1984 portant création du Fonds.

2. L'Organisation convoque une conférence des Etats contractants ayant pour objet de réviser ou de modifier la Convention de 1984 portant création du Fonds à la demande du tiers au moins de tous les Etats contractants.

Artikel 32

Revision und Änderung

(1) Die Organisation kann eine Konferenz zur Revision oder Änderung des Fondsübereinkommens von 1984 einberufen.

(2) Die Organisation hat eine Konferenz der Vertragsstaaten zur Revision oder Änderung des Fondsübereinkommens von 1984 einzuberufen, wenn mindestens ein Drittel der Vertragsstaaten dies verlangt.

Article 33

Amendment of compensation limits

1. Upon the request of at least one-quarter of the Contracting States, any proposal to amend the limits of amounts of compensation laid down in Article 4, paragraph 4, of the Convention as amended by this Protocol shall be circulated by the Secretary-General to all Members of the Organization and to all Contracting States.

2. Any amendment proposed and circulated as above shall be submitted to the Legal Committee of the Organization for consideration at a date at least six months after the date of its circulation.

3. All Contracting States to the Convention as amended by this Protocol, whether or not Members of the Organization, shall be entitled to participate in the proceedings of the Legal Committee for the consideration and adoption of amendments.

4. Amendments shall be adopted by a two-thirds majority of the Contracting States present and voting in the Legal Committee, expanded as provided for in paragraph 3, on condition that at least one-half of the Contracting States shall be present at the time of voting.

5. When acting on a proposal to amend the limits, the Committee shall take into account the experience of incidents and in particular the amount of damage resulting therefrom and changes in the monetary values. It shall also take into account the relationship between the limits in Article 4, paragraph 4, of the Convention as amended by this Protocol and those in Article V, paragraph 1 of the International Convention on Civil Liability for Oil Pollution Damage, 1984.

6. (a) No amendment of the limits under this Article may be considered less than five years from the date on which this Protocol was opened for signature nor less than five years from the date

Article 33

Modifications des limites d'indemnisation

1. A la demande d'un quart des Etats contractants au moins, toute proposition visant à modifier les limites d'indemnisation prévues à l'article 4, paragraphe 4, de la Convention telle que modifiée par le présent Protocole est diffusée par le Secrétaire général à tous les Membres de l'Organisation et à tous les Etats contractants.

2. Tout amendement proposé et diffusé suivant la procédure ci-dessus est soumis au Comité juridique de l'Organisation pour qu'il l'examine six mois au moins après la date à laquelle il a été diffusé.

3. Tous les Etats contractants à la Convention telle que modifiée par le présent Protocole, qu'ils soient ou non Membres de l'Organisation, sont autorisés à participer aux délibérations du Comité juridique en vue d'examiner et d'adopter les amendements.

4. Les amendements sont adoptés à la majorité des deux tiers des Etats contractants présents et votants au sein du Comité juridique élargi conformément au paragraphe 3 à condition que la moitié au moins des Etats contractants soient présents au moment du vote.

5. Lorsqu'il se prononce sur une proposition visant à modifier les limites, le Comité tient compte de l'expérience acquise en matière d'événements et, en particulier, du montant des dommages en résultant et des fluctuations de la valeur des monnaies. Il tient également compte des rapports qui existent entre les limites prévues à l'article 4, paragraphe 4, de la Convention telle que modifiée par le présent Protocole et les limites prévues à l'article V, paragraphe 1, de la Convention internationale de 1984 sur la responsabilité civile pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures.

6. a) Aucun amendement visant à modifier les limites en vertu du présent article ne peut être examiné avant l'expiration d'un délai de cinq ans à compter de la date à laquelle le présent Protocole a

Artikel 33

Änderung der Entschädigungshöchstbeträge

(1) Auf Ersuchen von mindestens einem Viertel der Vertragsstaaten wird jeder Vorschlag zur Änderung der Entschädigungshöchstbeträge, die in Artikel 4 Absatz 4 des Übereinkommens in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung vorgesehen sind, vom Generalsekretär allen Mitgliedern der Organisation und allen Vertragsstaaten übermittelt.

(2) Jede vorgeschlagene und auf die obige Weise übermittelte Änderung wird dem Rechtsausschuß der Organisation frühestens sechs Monate nach dem Tag der Übermittlung zur Beratung vorgelegt.

(3) Alle Vertragsstaaten des Übereinkommens in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung, gleichviel ob sie Mitglieder der Organisation sind oder nicht, sind berechtigt, an dem Verfahren des Rechtsausschusses zur Beratung von Änderungen und zur Beschlußfassung darüber teilzunehmen.

(4) Änderungen sind mit Zweidrittelmehrheit der Vertragsstaaten zu beschließen, die in dem nach Absatz 3 erweiterten Rechtsausschuß anwesend sind und an der Abstimmung teilnehmen, vorausgesetzt, daß mindestens die Hälfte der Vertragsstaaten bei der Abstimmung anwesend ist.

(5) Bei der Beratung eines Vorschlags zur Änderung der Höchstbeträge hat der Ausschuß die aus Ereignissen gewonnenen Erfahrungen und insbesondere den Umfang der daraus entstandenen Schäden sowie die Geldwertveränderungen zu berücksichtigen. Er hat ferner das Verhältnis zwischen den Höchstbeträgen in Artikel 4 Absatz 4 des Übereinkommens in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung und denen in Artikel V Absatz 1 des Internationalen Übereinkommens von 1984 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden zu berücksichtigen.

(6) a) Eine Änderung der Höchstbeträge auf Grund dieses Artikels darf frühestens fünf Jahre nach dem Tag, an dem dieses Protokoll zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, und frühestens fünf Jahre

of entry into force of a previous amendment under this Article. No amendment under this Article shall be considered before this Protocol has entered into force.

(b) No limit may be increased so as to exceed an amount which corresponds to the limit laid down in the Convention as amended by this Protocol increased by six per cent per year calculated on a compound basis from the date on which this Protocol was opened for signature.

(c) No limit may be increased so as to exceed an amount which corresponds to the limit laid down in the Convention as amended by this Protocol multiplied by three.

7. Any amendment adopted in accordance with paragraph 4 shall be notified by the Organization to all Contracting States. The amendment shall be deemed to have been accepted at the end of a period of eighteen months after the date of notification unless within that period not less than one-quarter of the States that were Contracting States at the time of the adoption of the amendment by the Committee have communicated to the Organization that they do not accept the amendment in which case the amendment is rejected and shall have no effect.

8. An amendment deemed to have been accepted in accordance with paragraph 7 shall enter into force eighteen months after its acceptance.

9. All Contracting States shall be bound by the amendment, unless they denounce this Protocol in accordance with Article 34, paragraphs 1 and 2, at least six months before the amendment enters into force. Such denunciation shall take effect when the amendment enters into force.

10. When an amendment has been adopted by the Committee but the eighteen-month period for its acceptance has not yet expired, a State which becomes a Contracting State during that period shall be bound by the amendment if it enters into force. A State which becomes a Contracting State after that period shall be bound by an amendment which has been accepted in accordance with paragraph 7. In the cases referred to in this paragraph, a State becomes bound by an amendment when that amendment enters into force, or when this Protocol enters into force for that State, if later.

été ouvert à la signature ou d'un délai de cinq ans à compter de la date d'entrée en vigueur d'un amendement antérieur adopté en vertu du présent article. Aucun amendement prévu en vertu du présent article ne peut être examiné avant l'entrée en vigueur du présent Protocole.

b) Aucune limite ne peut être relevée au point de dépasser un montant correspondant à la limite fixée dans la Convention telle que modifiée par le présent Protocole, majorée de six pour cent par an, en intérêt composé, à compter de la date à laquelle le présent Protocole a été ouvert à la signature.

c) Aucune limite ne peut être relevée au point de dépasser un montant correspondant au triple de la limite fixée dans la Convention telle que modifiée par le présent Protocole.

7. Tout amendement adopté conformément au paragraphe 4 du présent article est notifié par l'Organisation à tous les Etats contractants. L'amendement est réputé avoir été accepté à l'expiration d'un délai de dix-huit mois après la date de sa notification, à moins que, durant cette période, un quart au moins des Etats qui étaient Etats contractants au moment de l'adoption de l'amendement par le Comité ne fassent savoir à l'Organisation qu'ils ne l'acceptent pas, auquel cas l'amendement est rejeté et n'a pas d'effet.

8. Un amendement réputé avoir été accepté conformément au paragraphe 7 entre en vigueur dix-huit mois après son acceptation.

9. Tous les Etats contractants sont liés par l'amendement, à moins qu'ils ne dénoncent le présent Protocole, conformément à l'article 34, paragraphes 1 et 2, six mois au moins avant l'entrée en vigueur de cet amendement. Cette dénonciation prend effet lorsque ledit amendement entre en vigueur.

10. Lorsqu'un amendement a été adopté par le Comité mais que le délai d'acceptation de dix-huit mois n'a pas encore expiré, tout Etat devenant Etat contractant durant cette période est lié par ledit amendement si celui-ci entre en vigueur. Un Etat qui devient Etat contractant après expiration de ce délai est lié par tout amendement qui a été accepté conformément au paragraphe 7. Dans les cas visés par le présent paragraphe, un Etat est lié par un amendement à compter de la date d'entrée en vigueur de l'amendement ou de la date d'entrée en vigueur du présent Protocole pour cet Etat, si cette dernière date est postérieure.

nach dem Tag des Inkrafttretens einer früheren Änderung auf Grund dieses Artikels beraten werden. Vor Inkrafttreten dieses Protokolls darf eine Änderung auf Grund dieses Artikels nicht beraten werden.

b) Ein Höchstbetrag darf nicht so weit erhöht werden, daß er einen Betrag übersteigt, der dem im Übereinkommen in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung festgesetzten Höchstbetrag, zuzüglich 6 v. H. pro Jahr, errechnet nach dem Zinseszinsprinzip von dem Tag an, an dem dieses Protokoll zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, entspricht.

c) Ein Höchstbetrag darf nicht so weit erhöht werden, daß er einen Betrag übersteigt, der dem Dreifachen des im Übereinkommen in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung festgesetzten Höchstbetrags entspricht.

(7) Die Oganisation notifiziert allen Vertragsstaaten jede nach Absatz 4 beschlossene Änderung. Die Änderung gilt nach Ablauf einer Frist von achtzehn Monaten nach dem Tag der Notifikation als angenommen, sofern nicht innerhalb dieser Frist mindestens ein Viertel der Staaten, die zur Zeit der Beschlußfassung über die Änderung durch den Ausschuß Vertragsstaaten waren, der Organisation mitgeteilt haben, daß sie die Änderung nicht annehmen; in diesem Fall ist die Änderung abgelehnt und wird nicht wirksam.

(8) Eine nach Absatz 7 als angenommen geltende Änderung tritt achtzehn Monate nach ihrer Annahme in Kraft.

(9) Alle Vertragsstaaten sind durch die Änderung gebunden, sofern sie nicht dieses Protokoll nach Artikel 34 Absätze 1 und 2 spätestens sechs Monate vor Inkrafttreten der Änderung kündigen. Die Kündigung wird mit Inkrafttreten der Änderung wirksam.

(10) Ist eine Änderung vom Ausschuß beschlossen worden, die Frist von achtzehn Monaten für ihre Annahme jedoch noch nicht abgelaufen, so ist ein Staat, der während dieser Frist Vertragsstaat wird, durch die Änderung gebunden, falls sie in Kraft tritt. Ein Staat, der nach Ablauf dieser Frist Vertragsstaat wird, ist durch eine Änderung, die nach Absatz 7 angenommen worden ist, gebunden. In den in diesem Absatz genannten Fällen ist ein Staat durch eine Änderung gebunden, sobald diese Änderung in Kraft tritt oder sobald dieses Protokoll für diesen Staat in Kraft tritt, falls dieser Zeitpunkt später liegt.

Article 34

Denunciation

1. This Protocol may be denounced by any Party at any time after the date on which it enters into force for that Party.

2. Denunciation shall be effected by the deposit of an instrument with the Secretary-General of the Organization.

3. A denunciation shall take effect twelve months, or such longer period as may be specified in the instrument of denunciation, after its deposit with the Secretary-General of the Organization.

4. Denunciation of the 1984 Liability Convention shall be deemed to be a denunciation of this Protocol. Such denunciation shall take effect on the date on which denunciation of the Protocol of 1984 to the 1969 Liability Convention takes effect according to Article 16 of that Protocol.

5. Any Contracting State to this Protocol which has not denounced the 1971 Fund Convention and the 1969 Liability Convention as required by Article 31 shall be deemed to have denounced this Protocol with effect twelve months after the expiry of the six month period in that Article. As from the date on which the denunciations provided for in Article 31 take effect, any Party to this Protocol which deposits an instrument of ratification, acceptance, approval or accession to the 1969 Liability Convention shall be deemed to have denounced this Protocol with effect from the date on which such instrument takes effect.

6. As between the Parties to this Protocol, denunciation by any of them of the 1971 Fund Convention in accordance with Article 41 thereof shall not be construed in any way as a denunciation of the 1971 Fund Convention as amended by this Protocol.

7. Notwithstanding a denunciation of this Protocol by a Party pursuant to this Article, any provisions of this Protocol relating to the obligations to make contributions under Article 10 of the 1971 Fund Convention as amended by this Protocol with respect to an incident referred to in Article 12, paragraph 2 (b), of that amended Convention and occurring before the denunciation takes effect shall continue to apply.

Article 34

Dénonciation

1. Le présent Protocole peut être dénoncé par l'une quelconque des Parties à tout moment à compter de la date à laquelle il entre en vigueur à l'égard de cette Partie.

2. La dénonciation s'effectue par le dépôt d'un instrument auprès du Secrétaire général de l'Organisation.

3. La dénonciation prend effet douze mois après la date du dépôt de l'instrument de dénonciation auprès du Secrétaire général de l'Organisation ou à l'expiration de toute période plus longue qui pourrait être spécifiée dans cet instrument.

4. La dénonciation de la Convention de 1984 sur la responsabilité est considérée comme une dénonciation du présent Protocole. Cette dénonciation prend effet à la date à laquelle la dénonciation du Protocole de 1984 à la Convention de 1969 sur la responsabilité prend effet conformément à l'article 16 de ce protocole.

5. Tout Etat contractant au présent Protocole qui n'a pas dénoncé la Convention de 1971 portant création du Fonds non plus que la Convention de 1969 sur la responsabilité ainsi que le prescrit l'article 31 est réputé avoir dénoncé le présent Protocole, cette dénonciation prenant effet douze mois après l'expiration du délai de six mois mentionné dans cet article. A compter de la date à laquelle les dénonciations prévues à l'article 31 prennent effet, toute Partie au présent Protocole qui dépose un instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation de la Convention de 1969 sur la responsabilité ou d'adhésion à celle-ci est réputée avoir dénoncé le présent Protocole à compter de la date à laquelle cet instrument prend effet.

6. Entre les Parties au présent Protocole, la dénonciation par l'une quelconque d'entre elles de la Convention de 1971 portant création du Fonds en vertu de l'article 41 de ladite Convention n'est en aucun cas interprétée comme une dénonciation de la Convention de 1971 portant création du Fonds telle que modifiée par le présent Protocole.

7. Nonobstant toute dénonciation du présent Protocole faite par une Partie conformément au présent article, les dispositions du présent Protocole sur l'obligation de verser une contribution en vertu de l'article 10 de la Convention de 1971 portant création du Fonds, telle que modifiée par le présent Protocole, pour un événement survenu dans les conditions prévues à l'article 12, paragraphe 2, alinéa b), de la Convention modifiée, avant que la dénonciation ne prenne effet, continuent de s'appliquer.

Artikel 34

Kündigung

(1) Dieses Protokoll kann von jeder Vertragspartei jederzeit gekündigt werden, nachdem es für die betreffende Vertragspartei in Kraft getreten ist.

(2) Die Kündigung erfolgt durch Hinterlegung einer Urkunde beim Generalsekretär der Organisation.

(3) Die Kündigung wird nach Ablauf von zwölf Monaten oder eines längeren in der Kündigungsurkunde genannten Zeitabschnitts nach Hinterlegung der Urkunde beim Generalsekretär der Organisation wirksam.

(4) Die Kündigung des Haftungsübereinkommens von 1984 gilt als Kündigung dieses Protokolls. Die Kündigung wird an dem Tag wirksam, an dem die Kündigung des Protokolls von 1984 zum Haftungsübereinkommen von 1969 nach Artikel 16 jenes Protokolls wirksam wird.

(5) Ein Vertragsstaat dieses Protokolls, der das Fondsübereinkommen von 1971 und das Haftungsübereinkommen von 1969 nicht, wie durch Artikel 31 vorgeschrieben, gekündigt hat, wird so angesehen, als habe er dieses Protokoll mit Wirkung von zwölf Monaten nach Ablauf der in jenem Artikel genannten Sechsmonatsfrist gekündigt. Von dem Tag an, an dem die in Artikel 31 vorgesehenen Kündigungen wirksam werden, wird eine Vertragspartei dieses Protokolls, die eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zum Haftungsübereinkommen von 1969 hinterlegt, so angesehen, als habe sie dieses Protokoll mit Wirkung von dem Tag gekündigt, an dem die Urkunde wirksam wird.

(6) Im Verhältnis zwischen den Vertragsparteien dieses Protokolls wird eine Kündigung des Fondsübereinkommens von 1971 durch eine von ihnen nach dessen Artikel 41 nicht als Kündigung des Fondsübereinkommens von 1971 in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung ausgelegt.

(7) Ungeachtet einer Kündigung dieses Protokolls durch eine Vertragspartei nach diesem Artikel behalten Vorschriften dieses Protokolls, die sich auf Verpflichtungen zur Beitragsleistung nach Artikel 10 des Fondsübereinkommens von 1971 in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung für ein in Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe b des geänderten Übereinkommens angeführtes Ereignis beziehen, das vor dem Wirksamwerden der Kündigung eingetreten ist, ihre Gültigkeit.

Article 35

Extraordinary sessions of the Assembly

1. Any Contracting State may, within ninety days after the deposit of an instrument of denunciation the result of which it

Article 35

Sessions extraordinaires de l'Assemblée

1. Tout Etat contractant peut, dans un délai de quatre-vingt-dix jours après le dépôt d'un instrument de dénonciation qui en-

Artikel 35

Außerordentliche Tagungen der Versammlung

(1) Jeder Vertragsstaat kann binnen neunzig Tagen nach Hinterlegung einer Kündigungsurkunde, die nach seiner Auf-

considers will significantly increase the level of contributions for the remaining Contracting States, request the Director to convene an extraordinary session of the Assembly. The Director shall convene the Assembly to meet not later than sixty days after receipt of the request.

2. The Director may convene, on his own initiative, an extraordinary session of the Assembly to meet within sixty days after the deposit of any instrument of denunciation, if he considers that such denunciation will result in a significant increase in the level of contributions of the remaining Contracting States.

3. If the Assembly at an extraordinary session convened in accordance with paragraph 1 or 2 decides that the denunciation will result in a significant increase in the level of contributions for the remaining Contracting States, any such State may, not later than one hundred and twenty days before the date on which the denunciation takes effect, denounce this Protocol with effect from the same date.

Article 36

Cessation

1. This Protocol shall cease to be in force on the date when the number of Contracting States falls below three.

2. States which are bound by this Protocol on the day before the date it ceases to be in force shall enable the Fund to exercise its functions as described under Article 37 of this Protocol and shall, for that purpose only, remain bound by this Protocol.

Article 37

Winding up of the Fund

1. If this Protocol ceases to be in force, the Fund shall nevertheless:

(a) meet its obligations in respect of any incident occurring before the Protocol ceased to be in force;

(b) be entitled to exercise its rights to contributions to the extent that these contributions are necessary to meet the obligations under subparagraph (a), including expenses for the administration of the Fund necessary for this purpose.

2. The Assembly shall take all appropriate measures to complete the winding up of the Fund including the distribution in an equitable manner of any remaining assets among those persons who have contributed to the Fund.

3. For the purposes of this Article the Fund shall remain a legal person.

traînera, à son avis, une augmentation considérable du niveau des contributions des autres Etats contractants, demander à l'Administrateur de convoquer l'Assemblée en session extraordinaire. L'Administrateur convoque l'Assemblée de telle façon qu'elle se réunisse dans un délai de soixante jours après la réception de la demande.

2. L'Administrateur peut, de sa propre initiative, convoquer l'Assemblée en session extraordinaire dans un délai de soixante jours après le dépôt d'un instrument de dénonciation s'il considère que cette dénonciation entraînera, à son avis, une augmentation considérable du niveau des contributions des autres Etats contractants.

3. Si, au cours d'une session extraordinaire, tenue conformément au paragraphe 1 ou 2, l'Assemblée décide que la dénonciation entraînera une augmentation considérable du niveau des contributions pour les autres Etats contractants, chacun de ces Etats peut, au plus tard cent vingt jours avant la date à laquelle la dénonciation prend effet, dénoncer le présent Protocole. Cette dénonciation prend effet à la même date.

Article 36

Cessation des effets du Protocole

1. Le présent Protocole cesse d'être en vigueur lorsque le nombre des Etats contractants devient inférieur à trois.

2. Les Etats qui sont liés par le présent Protocole la veille de la date à laquelle il cesse d'être en vigueur prennent toutes les mesures nécessaires pour que le Fonds puisse exercer les fonctions prévues à l'article 37 du présent Protocole et, pour ces fins seulement, restent liés par le présent Protocole.

Article 37

Liquidation du Fonds

1. Au cas où le présent Protocole cesserait d'être en vigueur, le Fonds:

a) devra assumer ses obligations relatives à tout événement survenu avant que le Protocole ait cessé d'être en vigueur;

b) pourra exercer ses droits en matière de recouvrement des contributions dans la mesure où ces dernières sont nécessaires pour lui permettre de remplir les obligations visées à l'alinéa a), y compris les frais d'administration qu'il devra engager à cet effet.

2. L'Assemblée prendra toute mesure nécessaire en vue de la liquidation du Fonds, y compris la distribution équitable des sommes et biens demeurant à l'actif du Fonds, entre les personnes ayant versé des contributions.

3. Aux fins du présent article, le Fonds demeure une personne juridique.

fassung eine beträchtliche Erhöhung des Beitragsniveaus der übrigen Vertragsstaaten nach sich ziehen wird, den Direktor um Einberufung einer außerordentlichen Tagung der Versammlung ersuchen. Der Direktor beruft die Versammlung zu einer binnen sechzig Tagen nach Eingang des Ersuchens abzuhaltenden Tagung ein.

(2) Der Direktor kann von sich aus eine außerordentliche Tagung der Versammlung einberufen, die binnen sechzig Tagen nach Hinterlegung einer Kündigungsurkunde zusammentritt, wenn er der Auffassung ist, daß eine solche Kündigung eine beträchtliche Erhöhung des Beitragsniveaus der übrigen Vertragsstaaten nach sich ziehen wird.

(3) Beschließt die Versammlung auf einer nach Absatz 1 oder 2 einberufenen außerordentlichen Tagung, daß die Kündigung eine beträchtliche Erhöhung des Beitragsniveaus der übrigen Vertragsstaaten nach sich ziehen wird, so kann jeder dieser Staaten spätestens hundertzwanzig Tage vor dem Tag, an dem die Kündigung wirksam wird, dieses Protokoll mit Wirkung von demselben Tag kündigen.

Artikel 36

Außerkrafttreten

(1) Dieses Protokoll tritt an dem Tag außer Kraft, an dem die Zahl der Vertragsstaaten auf weniger als drei sinkt.

(2) Staaten, die vor dem Tag, an dem dieses Protokoll außer Kraft tritt, durch das Protokoll gebunden sind, ermöglichen dem Fonds die Wahrnehmung seiner Aufgaben nach Artikel 37 und bleiben, jedoch lediglich zu diesem Zweck, durch das Protokoll gebunden.

Artikel 37

Liquidation des Fonds

(1) Tritt dieses Protokoll außer Kraft, so ist der Fonds dennoch

a) gehalten, seinen Verpflichtungen mit Bezug auf Ereignisse nachzukommen, die vor dem Außerkrafttreten des Protokolls eingetreten sind;

b) berechtigt, seine Ansprüche auf Beitragszahlung geltend zu machen, soweit er diese Beiträge benötigt, um seinen Verpflichtungen nach Buchstabe a, einschließlich der hierfür erforderlichen Verwaltungskosten, nachzukommen.

(2) Die Versammlung trifft alle zur vollständigen Liquidation des Fonds geeigneten Maßnahmen, einschließlich der gerechten Verteilung etwaiger verbleibender Vermögenswerte unter die Personen, die Beiträge zum Fonds geleistet haben.

(3) Der Fonds bleibt für die Zwecke dieses Artikels eine juristische Person.

Article 38
Depositary

1. This Protocol and any amendments accepted under Article 33 shall be deposited with the Secretary-General of the Organization.

2. The Secretary-General of the Organization shall:

(a) inform all States which have signed or acceded to this Protocol of:

(i) each new signature or deposit of an instrument together with the date thereof;

(ii) each declaration and notification under Article 30 including declarations and withdrawals deemed to have been made in accordance with that Article;

(iii) the date of entry into force of this Protocol;

(iv) the date by which denunciations provided for in Article 31 are required to be made;

(v) any proposal to amend limits of amounts of compensation which has been made in accordance with Article 33, paragraph 1;

(vi) any amendment which has been adopted in accordance with Article 33, paragraph 4;

(vii) any amendment deemed to have been accepted under Article 33, paragraph 7, together with the date on which that amendment shall enter into force in accordance with paragraphs 8 and 9 of that Article;

(viii) the deposit of an instrument of denunciation of this Protocol together with the date of the deposit and the date on which it takes effect;

(ix) any denunciation deemed to have been made under Article 34, paragraph 5;

(x) any communication called for by any Article in this Protocol;

(b) transmit certified true copies of this Protocol to all Signatory States and to all States which accede to the Protocol.

3. As soon as this Protocol enters into force, the text shall be transmitted by the Secretary-General of the Organization to the Secretariat of the United Nations for registration and publication in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

Article 38
Dépositaire

1. Le présent Protocole et tous les amendements acceptés en vertu de l'article 33 seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation.

2. Le Secrétaire général de l'Organisation:

a) informe tous les Etats qui ont signé le présent Protocole ou y ont adhéré:

i) de toute signature nouvelle ou dépôt d'instrument nouveau et de la date à laquelle cette signature ou ce dépôt sont intervenus;

ii) de toute déclaration et notification effectuées en vertu de l'article 30, y compris les déclarations et retraits réputés avoir été effectués conformément à cet article;

iii) de la date d'entrée en vigueur du présent Protocole;

iv) de la date à laquelle les dénonciations prévues à l'article 31 doivent être effectuées;

v) de toute proposition visant à modifier les limites d'indemnisation, qui a été présentée conformément à l'article 33, paragraphe 1;

vi) de tout amendement qui a été adopté conformément à l'article 33, paragraphe 4;

vii) de tout amendement qui est réputé avoir été accepté en vertu de l'article 33, paragraphe 7, ainsi que de la date à laquelle l'amendement entre en vigueur conformément aux paragraphes 8 et 9 de cet article;

viii) de tout dépôt d'un instrument de dénonciation du présent Protocole ainsi que de la date du dépôt et de la date à laquelle cette dénonciation prend effet;

ix) de toute dénonciation réputée avoir été effectuée en vertu de l'article 34, paragraphe 5;

x) de toute communication prévue par l'un quelconque des articles du présent Protocole;

b) transmet des copies certifiées conformes du présent Protocol à tous les Etats signataires et à tous les Etats qui y adhèrent.

3. Dès l'entrée en vigueur du présent Protocole, le Secrétaire général de l'Organisation en transmet le texte au Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies en vue de son enregistrement et de sa publication conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

Artikel 38
Verwahrer

(1) Dieses Protokoll und alle nach Artikel 33 angenommenen Änderungen werden beim Generalsekretär der Organisation hinterlegt.

(2) Der Generalsekretär der Organisation

a) unterrichtet alle Staaten, die dieses Protokoll unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind,

i) von jeder weiteren Unterzeichnung oder Hinterlegung einer Urkunde unter Angabe des Zeitpunkts;

ii) von jeder Erklärung und Notifikation nach Artikel 30, einschließlich der Erklärungen und Rücknahmen, die nach jenem Artikel als erfolgt gelten;

iii) vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls;

iv) vom Zeitpunkt, bis zu dem die in Artikel 31 vorgesehenen Kündigungen erfolgen müssen;

v) von jedem Vorschlag zur Änderung der Entschädigungshöchstbeträge, der nach Artikel 33 Absatz 1 gemacht worden ist;

vi) von jeder Änderung, die nach Artikel 33 Absatz 4 beschlossen worden ist;

vii) von jeder Änderung, die nach Artikel 33 Absatz 7 als angenommen gilt, unter Angabe des Zeitpunkts, zu dem diese Änderung nach Artikel 33 Absätze 8 und 9 in Kraft treten wird;

viii) von der Hinterlegung einer Urkunde zur Kündigung dieses Protokolls unter Angabe des Zeitpunks der Hinterlegung und des Zeitpunkts, zu dem die Kündigung wirksam wird;

ix) von jeder Kündigung, die nach Artikel 34 Absatz 5 als erfolgt gilt;

x) von jeder nach einem Artikel dieses Protokolls erforderlichen Mitteilung;

b) übermittelt allen Unterzeichnerstaaten und allen beitretenden Staaten beglaubigte Abschriften dieses Protokolls.

(3) Sobald dieses Protokoll in Kraft tritt, übermittelt der Generalsekretär der Organisation dem Sekretariat der Vereinten Nationen den Wortlaut des Protokolls zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

Article 39

Languages

This Protocol is established in a single original in the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish languages, each text being equally authentic.

Done at London this twenty-fifth day of May one thousand nine hundred and eighty-four.

In witnesss whereof the undersigned being duly authorized for that purpose have signed this Protocol.

Article 39

Langues

Le présent Protocole est établi en un seul exemplaire original en langues anglaise, arabe, chinoise, espagnole, française et russe, tous les textes faisant également foi.

Fait a Londres, ce vingt-cinq mai mil neuf cent quatre-vingt-quatre.

En foi de quoi les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent Protocole.

Artikel 39

Sprachen

Dieses Protokoll ist in einer Urschrift in arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Geschehen zu London am 25. Mai 1984.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Denkschrift zu den Protokollen

I. Allgemeine Bemerkungen

Die Protokolle vom 25. Mai 1984 ändern das Internationale Übereinkommen von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden (Haftungsübereinkommen von 1969) und das Internationale Übereinkommen von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden (Fondsübereinkommen von 1971). Das Haftungsübereinkommen von 1969 ist 1975 völkerrechtlich in Kraft getreten; ihm gehörten am 31. Dezember 1986 60 Vertragsstaaten an. Das Fondsübereinkommen von 1971 ist 1978 völkerrechtlich in Kraft getreten; ihm gehörten am 31. Dezember 1986 34 Vertragsstaaten an. Die Bundesrepublik Deutschland gehört beiden Übereinkommen als Vertragsstaat an (Gesetz vom 18. März 1975, BGBl. 1975 II S. 301).

Nach dem Haftungsübereinkommen von 1969 haftet der Eigentümer eines Seeschiffes, das Öl als Bulkladung befördert, unabhängig von einem Verschulden für Verschmutzungsschäden, die durch Öl verursacht werden, das aus dem Schiff ausfließt oder abgelassen wird. Der Eigentümer kann seine Haftung auf einen Betrag beschränken, der von der Größe des Tankers abhängt. Die Haftung der Bediensteten und Beauftragten des Schiffseigentümers ist ausgeschlossen (Kanalisierung der Haftung auf den Schiffseigentümer). Das Übereinkommen verpflichtet den Schiffseigentümer, eine Haftpflichtversicherung in Höhe des für sein Schiff geltenden Haftungshöchstbetrages abzuschließen. Durch Vorlage einer behördlich ausgestellten Versicherungsbescheinigung ist nachzuweisen, daß die vorgeschriebene Versicherungsdeckung besteht. Das Haftungssystem kommt zur Anwendung, wenn der Schaden im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats verursacht wird oder einzutreten droht. Erfaßt werden nur solche Schäden, die von beständigen Mineralölen verursacht werden.

Durch das Fondsübereinkommen von 1971 wurde der Internationale Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden (im folgenden: Fonds) geschaffen, der folgende Aufgaben hat: Er tritt bis zu einer bestimmten Höchstsumme (und zwar ab 1. Dezember 1986 bis zu 52,5 Mio. Sonderziehungsrechten (SZR), etwa DM 122 Mio., und ab 1. Dezember 1987 bis zu 60 Mio. SZR, etwa DM 140 Mio.) für Ölverschmutzungsschäden ein, sofern eine Haftung des Schiffseigentümers ausnahmsweise nicht besteht oder soweit die Schäden den Höchstbetrag der Haftung des Schiffseigentümers nach dem Haftungsübereinkommen von 1969 übersteigen; er gewährt ferner dem Schiffseigentümer einen finanziellen Ausgleich für die verschärfte Haftung nach dem Haftungsübereinkommen. Die Beiträge, die den Fonds speisen, werden von der Mineralölwirtschaft auf der Grundlage der Menge des jeweils jährlich bezogenen Öls aufgebracht.

Wegen der Einzelheiten zu dem Haftungsübereinkommen von 1969 und dem Fondsübereinkommen von 1971 wird auf die Denkschrift zu den Übereinkommen verwiesen (BT-Drucksache 7/2299 S. 58 ff.).

Die Arbeiten zur Revision der Übereinkommen von 1969 und 1971 begannen im Jahre 1976 im Rechtsausschuß der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (International Maritime Organization, IMO) mit den Beratungen über die Erweiterung der vom Haftungssystem erfaßten Stoffe. Die Überlegungen bezogen sich sowohl auf die Einbeziehung solcher Öle, die nicht unter die Definition des Artikels I Nr. 5 des Haftungsübereinkommens von 1969 fallen, als auch auf die Einbeziehung anderer Substanzen als Öl, deren Transport ein besonders hohes Schadensrisiko in sich birgt. Recht bald spaltete man jedoch die Beratungen über die Einbeziehung anderer Substanzen als Öl ab und beriet parallel über die Schaffung eines besonderen Übereinkommens über die Haftung für Schäden bei der Beförderung anderer gefährlicher Stoffe als Öl.

Die Beratungen über die Revision des Haftungsübereinkommens von 1969 und des Fondsübereinkommens von 1971 gingen jedoch sehr bald über die ursprünglichen Absichten hinaus. Spätestens nach der Strandung des Supertankers „Amoco Cadiz" vor der bretonischen Küste im Jahre 1978 wurde deutlich, daß die im Haftungsübereinkommen von 1969 und im Fondsübereinkommen von 1971 festgesetzten Haftungs- und Entschädigungsbeträge zur Schadensdeckung bei Unfällen katastrophalen Ausmaßes bei weitem nicht ausreichen. Die Erhöhung der Haftungs- und Entschädigungssummen trat daher in den Vordergrund. Ferner hatte sich gezeigt, daß die Beschränkung der Übereinkommen auf bereits eingetretene Verschmutzungsschäden, d. h. die Nichterfassung von Maßnahmen zur Verhinderung von Ölverschmutzungen nach einem konkreten Unfall, zu sinnwidrigen Ergebnissen führte. Beide Übereinkommen wurden daher einer umfassenden Überprüfung unterzogen. Das Ergebnis der Beratungen waren die vorliegenden, auf einer von der IMO einberufenen Diplomatischen Konferenz am 25. Mai 1984 verabschiedeten Protokolle.

Das Haftungs- und Entschädigungssystem der beiden Übereinkommen von 1969 und 1971 als ein umfassendes und für die Schiffseigentümer ausschließliches System der Entschädigung bei Ölverschmutzungsschäden hat sich, darüber war man auf der Konferenz einig, im großen und ganzen bewährt. An den Grundzügen etwas zu ändern, bestand deshalb kein Anlaß; die Konferenz war im Gegenteil bestrebt, das weltweit von einer großen Zahl von Staaten akzeptierte Haftungs- und Entschädigungssystem zu erhalten.

Die Schwerpunkte der in den beiden Protokollen vorgesehenen Änderungen liegen vornehmlich im Bereich der Neufestsetzung der Höchstbeträge der Haftung des Schiffseigentümers und der Entschädigungspflicht des Fonds sowie in der Ausdehnung des geographischen Anwendungsbereichs der Übereinkommen. Darüber hinaus ist durch eine Änderung der Definitionen der sachliche Anwendungsbereich der Übereinkommen erweitert worden. Im übrigen enthalten die Protokolle eine Reihe von Änderungen mehr technischen Charakters, die der erleichterten Anwendbarkeit der Übereinkommen dienen.

II. Zu den einzelnen Bestimmungen

A. Zu dem Protokoll von 1984 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden (Haftungsprotokoll von 1984)

1. Zu Artikel 1

Artikel 1 des Haftungsprotokolls von 1984 stellt klar, daß für die Vertragsstaaten des Protokolls von 1976 zum Haftungsübereinkommen die Bezeichnung „Haftungsübereinkommen von 1969" das Haftungsübereinkommen in der durch das Protokoll von 1976 geänderten Fassung umfaßt. Durch das Protokoll von 1976 ist der Goldstandard als Rechnungsgrundlage für die Berechnung der Haftungshöchstsummen durch das Sonderziehungsrecht (SZR) des Internationalen Währungsfonds (IWF) ersetzt worden; die Bundesrepublik Deutschland hat das Protokoll von 1976 ratifiziert (Gesetz vom 9. Juni 1980, BGBl. 1980 II S. 721 – Goldfrankenumrechnungsgesetz).

2. Zu Artikel 2

Die Änderung einiger Definitionen des Haftungsübereinkommens von 1969 hat weitreichende Folgen für den Anwendungsbereich des Übereinkommens in der durch das Haftungsprotokoll von 1984 geänderten Fassung (Haftungsübereinkommen von 1984) sowie – über Artikel 2 Nr. 3 des Protokolls von 1984 zur Änderung des Fondsübereinkommens von 1971 (Fondsprotokoll von 1984) – auch für den Anwendungsbereich des Fondsübereinkommens von 1971 in der Fassung des Fondsprotokolls von 1984 (Fondsübereinkommen von 1984).

Nummer 1 weitet die Definition des Begriffs „Schiff" in der Weise aus, daß künftig nicht mehr nur Schiffe, die tatsächlich Öl als Bulkladung geladen haben, erfaßt werden, sondern generell alle Schiffe, die zur Beförderung von Öl als Massengut konstruiert sind. Die neue Definition weitet damit den Anwendungsbereich des Übereinkommens auf leer fahrende Schiffe aus, die ebenfalls erhebliche Schäden etwa durch bei der Tankreinigung anfallendes Schmutzwasser oder durch Bunkeröl verursachen können. Dies soll uneingeschränkt jedoch nur für Tankschiffe gelten. Ein Kombi-Schiff gilt als „Schiff" nur, sofern es tatsächlich Öl als Bulkladung befördert oder solange sich auf einer nachfolgenden Fahrt noch Ölrückstände von einer solchen Beförderung an Bord befinden. Diese Unterscheidung ist gerechtfertigt, weil Kombi-Schiffe außer Öl auch andere Ladungen befördern können und die von Ölrückständen in den Laderäumen ausgehende Verschmutzungsgefahr nur droht, solange nicht die Laderäume, etwa zur Aufnahme anderer Ladung, gereinigt worden sind. Der Schiffseigentümer muß deshalb beweisen, daß das Schiff auf der nachfolgenden Fahrt Ölrückstände nicht mehr an Bord gehabt hat. Diese auf der Konferenz heftig umstrittene Beweislastverteilung rechtfertigt sich daraus, daß es für den Geschädigten meistens nicht möglich ist, zu beweisen, daß das betreffende Schiff noch Ölrückstände an Bord hatte. Da der Geschädigte schon den häufig schwierigen Beweis zu führen hat, daß das schadenstiftende Öl aus dem betreffenden Schiff stammt, ist es ein Gebot der Ausgewogenheit, dem Schiffseigentümer die Beweislast für die Sauberkeit der Laderäume aufzuerlegen.

Die Definition „Öl" in Nummer 2 enthält nur eine geringfügige Änderung. Der Walfischtran, der schon im System des geltenden Übereinkommens ein Fremdkörper war, wurde gestrichen. Die Definition ist künftig auf beständige Mineralöle beschränkt.

Die Neufassung der Definition „Verschmutzungsschäden" in der durch Nummer 3 eingeführten Neufassung der Nummer 6 läßt die bisherige Definition im wesentlichen unverändert, ergänzt sie jedoch in Nummer 6 Buchstabe a um eine Klarstellung zur Erstattungsfähigkeit von Umweltschäden. Diese Klarstellung soll verhindern, daß, wie vereinzelt geschehen, die Gerichte von Vertragsstaaten ohne Rücksicht darauf, ob und mit welchen Kosten Arbeiten zur Restaurierung der Meeresflora oder -fauna ausgeführt werden, abstrakte Umweltschäden, z. B. berechnet auf der Grundlage eines bestimmten Betrages pro Kubikmeter verschmutzten Meerwassers, als ersatzfähige Verschmutzungsschäden anerkennen. Es ist jetzt klargestellt, daß der Reinigungs- und Wiederherstellungsaufwand z. B. für Strände, Strandbefestigungen und die natürliche Meeresumwelt erstattungsfähig ist, daß aber etwa verbleibende Restschäden, wie z. B. die nicht zu beseitigende Verschmutzung des Wassers, keinen Schadenersatzanspruch begründen. Zu erstatten sind die Kosten tatsächlich ergriffener oder in Zukunft noch zu ergreifender Maßnahmen. Die Einbeziehung der Kosten von zukünftigen Wiederherstellungsmaßnahmen berechtigt einen Geschädigten, der ohne finanzielle Vorleistung des Ersatzpflichtigen wirtschaftlich nicht in der Lage ist, mit Instandsetzungsarbeiten zu beginnen, einen Schadenersatzanspruch bereits geltend zu machen, bevor die Kosten tatsächlich entstanden sind.

Die Streitfrage, ob entgangener Gewinn aufgrund einer Verschmutzung, etwa bei Hotels oder Restaurationsbetrieben an touristisch genutzten Stränden, erstattungsfähig ist, ist durch die neue Definition in positivem Sinne geklärt. Die Definition folgt damit der Entschädigungspraxis des Fonds. Diese Praxis hat bei den sehr streitigen Diskussionen um den Begriff „Verschmutzungsschaden" als Beurteilungsmaßstab gedient. Nicht zuletzt der Umstand, daß der Fonds auf der Basis der Definition des Haftungsübereinkommens von 1969 eine allseits akzeptierte Entschädigungspraxis entwickeln konnte, veranlaßte die Konferenz, die Definition des Übereinkommens von 1969 in ihren wesentlichen Teilen zu erhalten und nicht, wie von vielen gefordert, eine ganz neue und sehr detaillierte Regelung zu entwickeln. Die neue Definition des Protokolls behält die Flexibilität bei, die erforderlich ist, um neuen Vorstellungen im Schadenersatzrecht und Eigenheiten einer nationalen Rechtsordnung Rechnung tragen zu können.

Die Erweiterung der Definition „Ereignis" in Nummer 4 schließt eine Lücke des geltenden Rechts. Die alte Definition des Haftungsübereinkommens von 1969 setzt voraus, daß bei einem Unfall tatsächlich Öl austritt; ist z. B. ein Schiff mit unbeschädigten Tanks gesunken, so kommt das Haftungs- und Entschädigungssystem der Übereinkommen nicht zur Anwen-

dung, solange nicht, etwa durch Korrosion, Öl aus dem Wrack auszutreten beginnt. Auf der Konferenz bestand Einmütigkeit, daß es Aufgabe des Haftungs- und Entschädigungssystems sein müsse, schon vor einem konkreten Verschmutzungsschaden für die Kosten vorbeugender Maßnahmen einzutreten. Nach dem Protokoll liegt daher ein „Ereignis" immer auch schon dann vor, wenn eine schwere und unmittelbar drohende Gefahr besteht, daß ein Ölverschmutzungsschaden eintreten wird.

Die Nummern 5 und 6 enthalten notwendige Anpassungen der geltenden Definition.

3. Zu Artikel 3

Artikel 3 erweitert den örtlichen Anwendungsbereich des Haftungsübereinkommens von 1969. Auch in seiner durch das Haftungsprotokoll von 1984 geänderten Fassung findet es Anwendung, wenn ein Verschmutzungsschaden im Hoheitsgebiet einschließlich des Küstenmeeres eines Vertragsstaats verursacht worden ist. Darüber hinaus soll das Haftungssystem künftig aber auch für solche Schäden gelten, die innerhalb der in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht eingerichteten ausschließlichen Wirtschaftszone eines Vertragsstaats eintreten. Der Hinweis auf das „Völkerrecht" ist eine Verweisung auf das 1982 beschlossene Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen. Für Staaten, die nicht Vertragsstaaten des Seerechtsübereinkommens sind, ist diese geographische Zone alternativ als 200-Meilen-Zone definiert.

Die in Artikel 3 Buchstabe a Halbsatz ii des Haftungsprotokolls von 1984 gewählte Formulierung des örtlichen Anwendungsbereichs gewährleistet, daß für die Vertragsstaaten dieses Protokolls auch nicht mittelbar eine Bindung an das VN-Seerechtsübereinkommen erfolgt, wenn dieses von einem Vertragsstaat des Haftungsprotokolls von 1984 ratifiziert worden ist. Jeder Vertragsstaat des Haftungsprotokolls von 1984 ist aufgrund des Artikels 3 Buchstabe a Halbsatz ii dieses Protokolls verpflichtet, die von anderen Vertragsstaaten, die gleichzeitig Vertragsstaaten des Seerechtsübereinkommens sind, nach dem Seerechtsübereinkommen festgelegte ausschließliche Wirtschaftszone als örtlichen Geltungsbereich des Haftungsübereinkommens von 1984 anzuerkennen; diese Bindung ist jedoch eine Folge der vertraglichen Bindung aus dem Haftungsprotokoll und stellt keine, auch nur mittelbare, Beziehung zum VN-Seerechtsübereinkommen her.

Das Haftungsübereinkommen von 1984 findet, wie auch das Haftungsübereinkommen von 1969, auf Maßnahmen Anwendung, die zur Schadensverhinderung oder -minderung durchgeführt werden. Lediglich klarstellend weist die Neufassung der Bestimmung darauf hin, daß diese Maßnahmen nicht innerhalb des geographischen Anwendungsbereichs des Haftungssystems getroffen sein müssen; es genügt vielmehr, daß durch derartige Maßnahmen Verschmutzungsschäden im geographischen Anwendungsbereich des Übereinkommens verhindert werden sollen.

4. Zu Artikel 4

Nummer 1 enthält eine geringfügige redaktionelle Änderung des Artikels III Abs. 1 des Haftungsübereinkommens von 1969, die dadurch bedingt ist, daß nach der neuen Definition des Begriffs „Ereignis" eine Haftung des Reeders auch schon vor dem tatsächlichen Ausfließen von Öl denkbar ist.

Nummer 2 konzentriert die Haftung nach dem Übereinkommen weitergehend als die geltende Fassung des Artikels III Abs. 4 des Haftungsübereinkommens von 1969 auf den Schiffseigentümer. Von der Haftung freigestellt sind danach nicht nur, wie bisher, die Bediensteten oder Beauftragten des Schiffseigentümers, sondern alle Besatzungsmitglieder, Lotsen und sonstige Nicht-Besatzungsmitglieder, die dem Schiff Dienste leisten, jeder Charterer, Betreiber oder Ausrüster des Schiffes und mit der Betriebsführung Beauftragter, der Berger oder Retter, der mit Einwilligung des Eigentümers oder auf Anweisung einer zuständigen Behörde tätig wird, jede Person, die Schutzmaßnahmen ergreift, sowie alle Bediensteten oder Beauftragten der vorbezeichneten Personen. Zweck dieser weitgehenden Kanalisierung der Haftung auf den Schiffseigentümer ist es zu vermeiden, daß mehrere Personen wegen desselben Risikos Versicherungsschutz nehmen müssen. Die weitgehende Beschränkung des Haftungssystems auf den Schiffseigentümer bedeutet im übrigen keine Beeinträchtigung der Interessen der Geschädigten. Denn das Übereinkommen sieht, wie schon bisher, ein zuverlässiges Pflichtversicherungssystem vor; des weiteren sind die Haftungshöchstbeträge deutlich angehoben. Darüber hinausgehende Schäden werden in Vertragsstaaten des Fondsübereinkommens bis zu sehr hohen Entschädigungshöchstbeträgen von dem Fonds gedeckt.

Die genannten privilegierten Personen sind jedoch von der Haftung dann nicht befreit, wenn ihnen ein persönliches, besonders qualifiziertes Verschulden an der Entstehung des Schadens zur Last fällt. Das besonders qualifizierte Verschulden entspricht dem Verschulden, das zum Verlust der Haftungsbeschränkung des Schiffseigentümers führt (vgl. Bemerkungen zu Artikel 6 Nummer 2 des Protokolls).

Die Befreiung der in Absatz 4 genannten Personen von der Haftung erfolgt „vorbehaltlich des Absatzes 5". Nach Artikel III Abs. 5 des Übereinkommens, der durch das Protokoll nicht geändert worden ist, wird das Recht der Vertragsstaaten, das Rückgriffsrecht des Eigentümers gegen die in Absatz 4 genannten Personen zu regeln, durch das Übereinkommen nicht beeinträchtigt. Nach § 486 Abs. 3 HGB in der Fassung des Zweiten Seerechtsänderungsgesetzes vom 25. Juli 1986 (BGBl. I S. 1120) wird der Rückgriff gegen diese Personen nicht ausgeschlossen; sie haben jedoch das Recht, ihre Haftung nach Maßgabe des Übereinkommens von 1976 über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen (Haftungsbeschränkungsübereinkommen; BGBl. 1986 II S. 786) zu beschränken.

5. Zu Artikel 5

Die Neufassung des Artikels IV enthält eine redaktionelle Anpassung an die Änderung der Definition „Ereignis" in Artikel 2 Nummer 4 des Protokolls.

6. Zu Artikel 6

Die Bestimmung enthält die Neuregelung der Haftung des Schiffseigentümers und ist damit ein Kernstück des Protokolls.

Die in Nummer 1 festgelegten Haftungshöchstsummen sind, da die Vorstellungen der Delegationen über die künftige Höchsthaftung des Schiffseigentümers weit auseinandergingen, das Ergebnis außerordentlich schwieriger Verhandlungen gewesen und müssen deshalb als Kompromißlösung verstanden werden. Die Grundzüge der Berechnungsmethode sind unverändert: Danach bleibt es bei der Berechnung der Haftungshöchstsumme auf der Grundlage der Raumgröße des Schiffes. Neu ist eine feste Mindesthaftung von 3 Mio. Rechnungseinheiten für Schiffe mit bis zu 5 000 Einheiten Raumgehalt (Bruttoraumzahl, BRZ, vgl. dazu die Definition unter Nummer 5 unten); eine solche Mindesthaftung für kleine Schiffe, die sich im übrigen schon in Artikel 6 Abs. 1 des Haftungsbeschränkungsübereinkommens findet, beruht auf der Erfahrung, daß bei kleinen Schiffen die auf der Grundlage des Raumgehalts zu berechnende Haftung im Vergleich zu dem Gefahrenpotential, das von dem beförderten Öl ausgeht, zu gering wäre. Von dem Sockelbetrag von 3 Mio. Rechnungseinheiten ausgehend erhöht sich die Haftungshöchstsumme für größere Schiffe um 420 Rechnungseinheiten für jede zusätzliche Einheit Raumgehalt. Die lineare Steigerung endet bei einer absoluten Höchstgrenze von 59,7 Mio. Rechnungseinheiten; dies entspricht der Haftungshöchstsumme für ein Schiff von etwa 140 000 BRZ. Im Vergleich mit dem geltenden Übereinkommen sind die Höchstbeträge um das Drei- bis Vierfache gestiegen; die Einführung eines Sockelbetrages für Schiffe bis zu 5 000 BRZ bedeutet eine drastische Anhebung der Höchsthaftung insbesondere für die Eigentümer kleiner Schiffe.

Nummer 2 enthält die Definition des besonders qualifizierten Verschuldens, bei dessen Vorliegen der Schiffseigentümer das Recht verliert, seine Haftung zu beschränken. Die Verschuldensformel ist dieselbe, die im Haftungsbeschränkungsübereinkommen und anderen seerechtlichen Übereinkommen verwendet worden ist. Sinn der Regelung ist es, den Verlust der Haftungsbeschränkung und damit eine unbeschränkte Gefährdungshaftung des Eigentümers auf seltene Ausnahmefälle zu beschränken. Dies erlaubt es den Haftpflichtversicherern, für dieselbe Prämie Versicherungsschutz bis zu wesentlich höheren Haftungshöchstbeträgen zu gewähren. Interessen der Geschädigten sind von dieser Änderung nicht berührt, und zwar zum einen, weil die Haftungshöchstbeträge stark angehoben sind, und zum anderen, weil für Vertragsstaaten des Fondsübereinkommens wie die Bundesrepublik Deutschland die Entschädigungspflicht des Fonds bis zu einer Höhe eingreift, die auch in Katastrophenfällen eine angemessene Entschädigung der Opfer gewährleistet.

Nach Nummer 3 bleibt es dabei, daß ein Schiffseigentümer, der seine Haftung beschränken will, einen Haftungsbeschränkungsfonds errichten muß. Zahlreiche Delegationen hatten sich dafür ausgesprochen, daß die Errichtung eines Beschränkungsfonds dem Haftpflichtigen freigestellt wird, etwa um durch die Errichtung dieses Fonds die Freigabe von Sicherheiten zu erreichen. Dabei sollte es entsprechend Artikel 10 des Haftungsbeschränkungsübereinkommens den Vertragsstaaten jedoch vorbehalten bleiben, in ihrem innerstaatlichen Recht die Errichtung eines Beschränkungsfonds als Voraussetzung für die Beschränkung der Haftung vorzuschreiben, sofern vor ihren Gerichten Klage erhoben wird. Dieser Vorschlag fand nicht die erforderliche Mehrheit, weil viele Delegationen bei einem Verzicht auf den obligatorischen Beschränkungsfonds eine Gefährdung der Interessen der Geschädigten befürchteten.

Die Neufassung des Artikels V Abs. 3 des Haftungsübereinkommens von 1969 enthält eine Änderung von vergleichsweise geringer Bedeutung. Nach der alten Fassung kann der Beschränkungsfonds nur bei den Gerichten eines Vertragsstaats, in dem Klage erhoben worden ist, errichtet werden. Diese Regelung hat sich als zu eng erwiesen, weil hiernach ein Haftpflichtiger seine Haftung nicht wirksam beschränken kann, solange nicht Klage gegen ihn erhoben ist. Das Klageerfordernis hatte zu unnötigen Gerichtsverfahren und Verzögerungen bei der Schadenabwicklung insbesondere auch durch den Fonds geführt. Nunmehr ist eine Klageerhebung nicht mehr erforderlich. Zuständig für die Fonds-Errichtung sind die Gerichte eines jeden Vertragsstaats, vor dessen Gerichten Schadenersatzklagen nach Artikel IX Abs. 1 des Haftungsübereinkommens von 1984 anhängig gemacht werden können.

Nummer 4 ersetzt den Goldfranken als Werteinheit durch das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds. Für Staaten, die dem Internationalen Währungsfonds nicht angehören, sind detaillierte Sonderregelungen vorgesehen. Die Bestimmung entspricht der Regelung in Artikel II des Protokolls von 1976 zu dem Haftungsübereinkommen von 1969.

Für die Ermittlung des Raumgehalts des Schiffes, der der Berechnung des Haftungshöchstbetrages zugrunde zu legen ist, rückt Nummer 5 von der Nettotonnage des bisherigen Artikels V Abs. 10 ab; die Verweisung auf die Bruttoraumzahl (BRZ), die nach den in der Anlage des Internationalen Schiffsvermessungs-Übereinkommens von 1969 (BGBl. 1975 II S. 65, 79) enthaltenen Bestimmungen über die Vermessung des Raumgehalts errechnet wird, soll die Vereinheitlichung der Berechnungsgrundlage für die Haftung sicherstellen. Der neuen Berechnungsmethode unterliegen auch diejenigen Schiffe, die bei Inkrafttreten des Übereinkommens vorhanden sind und für die dort eine Übergangsregelung innerhalb einer 12-Jahres-Frist vorgesehen ist.

Nummer 6 enthält eine redaktionelle Anpassung an die Neufassung des Artikels V Abs. 2 (siehe oben zu Nummer 2).

7. Zu Artikel 7

Die Änderung des Artikels VII paßt das Haftungssystem des Übereinkommens den Bedürfnissen der internationalen Tankschiffahrt an. Nach der geltenden Fassung des Artikels VII Abs. 2 wird die Bescheinigung, die den Nachweis über die in Artikel VII Abs. 1 vorgeschriebene Versicherungsdeckung erbringt, von den Behörden eines Vertragsstaats für die in diesem

Vertragsstaat registrierten Schiffe ausgestellt. Diese Regelung hatte sich in der Praxis als zu eng erwiesen. Denn Versicherungsbescheinigungen, die die Behörden eines Vertragsstaats nach Artikel VII Abs. 11 für ein in einem Nicht-Vertragsstaat registriertes Schiff ausstellen, erfüllen die Voraussetzungen des Artikels VII Abs. 2 nicht und werden daher nicht notwendig von den anderen Vertragsstaaten anerkannt (Artikel VII Abs. 7). Bei der redaktionellen Überarbeitung des Artikels VII wurde jedoch übersehen, daß nach Absatz 1 „eine von einem internationalen Schadensersatzfonds ausgestellte Bescheinigung" ebenfalls als Sicherheitsleistung anzuerkennen ist. Diese Regelung nimmt Bezug auf Artikel 5 Abs. 2 des Fondsübereinkommens von 1971, die in dem Protokoll von 1984 zu diesem Übereinkommen gestrichen worden ist. Eine solche Bescheinigung kann also nach dem neuen Haftungssystem nicht mehr ausgestellt werden.

Die in Nummer 1 vorgesehene Neufassung des Artikels VII Abs. 2 Sätze 1 und 2 behält für Schiffe, die in einem Vertragsstaat registriert sind, die geltende Regelung bei; neu ist, daß die Behörden eines Vertragsstaats die Versicherungsbescheinigung generell auch für alle Schiffe, die in einem Nicht-Vertragsstaat registriert sind, ausstellen können. Entsprechend sind solche Bescheinigungen jetzt auch von anderen Vertragsstaaten anzuerkennen (Nummer 3).

Nach Nummer 2 muß die Versicherungsbescheinigung wie bisher an Bord des Schiffes mitgeführt werden. Wird die Bescheinigung für ein in einem Vertragsstaat registriertes Schiff ausgestellt, so verwahren wie bisher die Behörden dieses Staates eine Durchschrift. Haben die Behörden eines Vertragsstaats die Bescheinigung für ein nicht in einem Vertragsstaat registriertes Schiff ausgestellt, so ist die Durchschrift der Versicherungsbescheinigung von den Behörden des ausstellenden Vertragsstaats zu verwahren.

Nummer 3 paßt die Bestimmung über die Anerkennung von Versicherungsbescheinigungen durch andere Vertragsstaaten an den neu gefaßten Artikel VII Abs. 2 an. Nach der Neufassung des Artikels VII Abs. 7 Satz 1 ist eine Versicherungsbescheinigung, die von den Behörden eines Vertragsstaats für ein Schiff aus einem Nicht-Vertragsstaat ausgestellt wird, in den anderen Vertragsstaaten in gleicher Weise wie eine Versicherungsbescheinigung anzuerkennen, die die Behörde eines Vertragsstaats für ein in diesem Staat registriertes Schiff ausgestellt hat.

Nummer 4 enthält eine redaktionelle Anpassung an die Neufassung des Artikels VII Abs. 2 Sätze 1 und 2.

Die in Nummer 5 enthaltene Änderung ist eine Folge der in Artikel 6 Nr. 2 des Protokolls vorgesehenen Verschärfung der Voraussetzungen hinsichtlich des Verschuldens, das den Verlust des Rechts, die Haftung zu beschränken, nach sich zieht (Artikel V Abs. 2).

8. Zu Artikel 8

Die Neufassung des Artikels IX Abs. 1 enthält die erforderliche Anpassung an die Ausweitung des geographischen Anwendungsbereichs des Übereinkommens in Artikel 3 des Protokolls.

9. Zu Artikel 9

Die durch Artikel 9 eingefügten Bestimmungen XII[bis] und XII[ter] betreffen die besonderen Probleme hinsichtlich des Inkrafttretens der Protokolle, die sich aus dem engen Zusammenhang zwischen dem Haftungsübereinkommen und dem Fondsübereinkommen für Vertragsstaaten, die beiden Übereinkommen angehören, ergeben: Das Fondsübereinkommen ist vom Haftungsübereinkommen in dem Sinne abhängig, daß die Ratifizierung des Fondsübereinkommens die Ratifizierung des Haftungsübereinkommens voraussetzt (Artikel 37 Abs. 4 des Fondsübereinkommens von 1971) und daß daher die Kündigung des Haftungsübereinkommens als Kündigung des Fondsübereinkommens gilt (Artikel 41 Abs. 4 des Fondsübereinkommens von 1971). Haftungsübereinkommen und Fondsübereinkommen sind jedoch selbständige internationale Verträge; dementsprechend sind die Voraussetzungen für das Inkrafttreten der beiden Änderungsprotokolle verschieden. Das Haftungsprotokoll von 1984 kann bereits – und wird voraussichtlich – vor dem Fondsprotokoll von 1984 in Kraft treten. Grundsätzlich müßte ein Vertragsstaat des Haftungsübereinkommens von 1969, der das Haftungsprotokoll von 1984 ratifiziert, das Haftungsübereinkommen von 1969 kündigen, um gegenüber denjenigen Vertragsstaaten dieses Übereinkommens, die dem Änderungsprotokoll nicht beigetreten sind, nicht länger an die bisherige Fassung des Übereinkommens völkerrechtlich gebunden zu sein. Ist ein solcher Vertragsstaat des Haftungsübereinkommens von 1969 jedoch zugleich Vertragsstaat des Fondsübereinkommens von 1971, so würde mit Wirksamwerden der Kündigung des Haftungsübereinkommens von 1969 zugleich die Grundlage für die weitere Anwendung des Fondsübereinkommens von 1971 entfallen (Artikel 41 Abs. 4 des Fondsübereinkommens von 1971), so daß dieser Staat bis zum Inkrafttreten des Fondsprotokolls von 1984 aus dem Entschädigungssystem des Fondsübereinkommens ausscheiden würde. Diese Konsequenz könnte in der Praxis dazu führen, daß die Vertragsstaaten des Fondsübereinkommens von 1971 das Haftungsprotokoll erst ratifizieren, wenn auch die Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Fondsprotokolls von 1984 erfüllt sind. Diese Lösung (sog. „delayed denunciation approach") ist während der Beratungen in London erwogen worden; sie hätte jedoch den Nachteil gehabt, daß das Inkrafttreten des Haftungsprotokolls von 1984 sich erheblich verzögert hätte. Die Konferenz hat sich deshalb für eine Stufenlösung (sog. „phased-in approach") entschieden, die dadurch gekennzeichnet ist, daß für eine Übergangszeit das Haftungsübereinkommen von 1969 trotz Inkrafttretens des Haftungsprotokolls von 1984 nicht gekündigt werden muß, so daß auf denselben Schadensfall zwei Haftungssysteme anwendbar sind. Das Haftungsübereinkommen von 1969 muß erst nach Ablauf der Übergangszeit gekündigt werden, mit der Folge, daß erst von diesem Zeitpunkt an ausschließlich das Haftungsbereinkommen von 1984 anwendbar ist. Der Zeitpunkt der Beendigung der Übergangszeit bestimmt sich nach Artikel 31 des Fondsprotokolls von 1984.

Der Vorzug dieses „phased-in approach" besteht darin, daß das Haftungsprotokoll von 1984 zügig und

ohne Rücksicht auf das Fondsprotokoll von 1984 in Kraft gesetzt werden kann und die Vorteile einer verbesserten Entschädigung den Geschädigten daher früher zustatten kommen. Das Haftungsprotokoll von 1984 sieht allerdings wahlweise vor, daß ein Vertragsstaat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde auch erklären kann, daß das Haftungsprotokoll von 1984 für ihn erst zu dem gleichen Zeitpunkt in Kraft treten soll, zu dem auch das Fondsprotokoll von 1984 für ihn in Kraft tritt.

Artikel XIIbis betrifft die Stufe, auf der für einen Vertragsstaat sowohl des Haftungsübereinkommens von 1969 als auch des Fondsübereinkommens von 1971 das Haftungsprotokoll von 1984 in Kraft getreten ist, ohne daß dieser Staat das Haftungsübereinkommen von 1969 gekündigt hat. Die Regelungen der Buchstaben a bis d regeln die Fragen, die sich aus dem Nebeneinander zweier Haftungssysteme für denselben Schadensfall ergeben.

Die Regelung des Buchstaben a sieht vor, daß ein Schaden zunächst nach dem Haftungssystem des Haftungsübereinkommens von 1969 zu entschädigen ist. Soweit ein Gläubiger hiernach Ersatzansprüche hat, gelten seine Ansprüche im Rahmen des Systems des Haftungsübereinkommens von 1984 als befriedigt. Die erweiterte Haftung nach dem Protokoll kommt deshalb nur zur Anwendung, soweit der Gläubiger nach dem Haftungsübereinkommen von 1969 keinen Ersatzanspruch hat.

Ist derselbe Staat zugleich Vertragsstaat des Fondsübereinkommens von 1971, so wird der Schadensfall zunächst auf der Grundlage des alten Haftungs- und Entschädigungssystems (Haftungsübereinkommen von 1969 und Fondsübereinkommen von 1971) abgewickelt. Das Haftungssystem des Haftungsprotokolls von 1984 wird erst in Anspruch genommen, soweit die Ersatzansprüche der Geschädigten die im Haftungsübereinkommen von 1969 und im Fondsübereinkommen von 1971 festgesetzten Haftungs- und Entschädigungshöchstbeträge übersteigen (Buchstabe b).

Die Regelung des Buchstaben c beseitigt einen möglichen Widerspruch zwischen den vorausgegangenen Bestimmungen und dem Artikel III Abs. 4 des Haftungsübereinkommens von 1984.

Die Bestimmung des Buchstaben d enthält für die Errichtung des Haftungsbeschränkungsfonds die erforderliche Anpassung des Artikels V Abs. 3 des Haftungsübereinkommens von 1984 an die Besonderheiten der vorgenannten Regelungen für die Übergangszeit.

Artikel XII^ter stellt klar, daß die Schlußbestimmungen des Haftungsübereinkommens von 1984 die Artikel 12 bis 18 des Haftungsprotokolls von 1984 sind. Die Vorschrift ist auf der Grundlage des Artikels 11 des Protokolls zu verstehen.

10. Zu Artikel 10

Die Vorschrift bedarf keiner Erläuterung.

11. Zu Artikel 11

Die geltende Fassung des Haftungsübereinkommens von 1969 und das Haftungsprotokoll von 1984 sollen unter den Vertragsstaaten des Protokolls als ein einziges Übereinkommen gelten. Die materiellen Bestimmungen der Artikel I bis XII^ter sollen künftig „Internationales Übereinkommen von 1984 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden" („Haftungsübereinkommen von 1984") heißen.

12. Zu Artikel 12

Absatz 4 sieht vor, daß ein Vertragsstaat des Fondsübereinkommens von 1971 das vorliegende Haftungsprotokoll von 1984 nur ratifizieren darf, wenn er gleichzeitig das Fondsprotokoll von 1984 ratifiziert oder wenn er das Fondsübereinkommen von 1971 zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Haftungsprotokolls von 1984 kündigt. Damit soll ausgeschlossen werden, daß das Haftungsübereinkommen von 1984 und das Fondsübereinkommen von 1971, abgesehen von der Übergangszeit, nebeneinander anwendbar sind; diese Regelung ist notwendig, weil das Fondsübereinkommen von 1971 auf das Haftungsübereinkommen von 1969 verweist und eine Zugehörigkeit zum Fondsübereinkommen von 1971 daher mit einer Zugehörigkeit zum Haftungsübereinkommen von 1984 unvereinbar ist.

Absatz 5 sieht vor, daß ein Staat, der Vertragsstaat dieses Protokolls, nicht aber des Haftungsübereinkommens von 1969 ist, an die Bestimmungen des durch das Protokoll revidierten Übereinkommens nur gegenüber den Vertragsstaaten des Protokolls, nicht aber an die Vorschriften des Haftungsübereinkommens von 1969 in seiner ursprünglichen Fassung gegenüber dessen Vertragsstaaten gebunden ist. Damit ist klargestellt, daß das revidierte Haftungsübereinkommen im Verhältnis zum Haftungsübereinkommen von 1969 ein selbständiges Übereinkommen ist.

13. Zu Artikel 13

Absatz 1 sieht das Inkrafttreten des Protokolls nach Ablauf einer Frist von 12 Monaten, gerechnet ab Hinterlegung der Ratifikationsurkunden von insgesamt 10 Staaten, darunter 6 Staaten mit einer Tankertonnage von je mindestens 1 Mio. BRZ, vor.

Absatz 2 Satz 1 enthält eine Sonderregelung für Staaten, die Vertragsstaaten sowohl des Haftungsübereinkommens von 1969 als auch des Fondsübereinkommens von 1971 sind und die anstelle des „phased-in approach" den „delayed denunciation approach" (zur Terminologie vgl. Erläuterungen zu Artikel 9) bevorzugen. Satz 1 sieht vor, daß diese Staaten bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zu dem Haftungsprotokoll von 1984 erklären können, daß die Ratifikationsurkunde erst nach Ablauf der in Artikel 31 des Fondsprotokolls von 1984 vorgesehenen Frist wirksam werden soll. Das bedeutet, daß solche Staaten sich zwar völkerrechtlich binden, daß aber das Haftungsprotokoll von 1984 für sie erst zusammen mit dem Fondsprotokoll von 1984 nach Ablauf der Übergangszeit in Kraft tritt. Satz 2 sieht dieselbe Möglichkeit für Staaten vor, die, ohne Vertragsstaat des Fondsübereinkommens von 1971 zu sein, das Fondsprotokoll von 1984 ratifizieren, solange dieses Protokoll noch nicht in Kraft getreten ist.

Nach Absatz 3 kann die Erklärung im Sinne des Absatzes 2 zurückgenommen werden. Die Rück-

nahme der Erklärung hat zur Folge, daß die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde nunmehr hinsichtlich des Inkrafttretens des Protokolls dieselben Wirkungen entfaltet wie die Hinterlegung einer Ratifikationsurkunde ohne Abgabe einer Erklärung nach Absatz 2. Nach der Rücknahme der Erklärung gelten die Regelungen der in Artikel 9 des Protokolls vorgesehenen Übergangsbestimmungen.

Absatz 4 sieht für solche Staaten, die das Protokoll ratifizieren, nachdem es bereits in Kraft getreten ist, eine Frist von 12 Monaten – gerechnet vom Tage der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde – vor, nach deren Ablauf das Protokoll für den betreffenden Staat in Kraft tritt.

14. Zu Artikel 14

Artikel 14 enthält formale Regeln für die Revision und die Änderung des Haftungsübereinkommens von 1984.

15. Zu Artikel 15

Artikel 15 enthält Bestimmungen über ein vereinfachtes Verfahren zur Erhöhung der Haftungshöchstbeträge. Die Erfahrungen mit dem Haftungsübereinkommen von 1969, aber auch mit anderen Haftungsübereinkommen haben gezeigt, daß die vorgesehenen Haftungshöchstbeträge infolge Minderung des Geldwertes oder einer generellen Erhöhung des Schadensaufwandes unzureichend werden können. Die Anpassung der Höchstbeträge an die wirtschaftliche Entwicklung in Form eines Änderungsprotokolls zum Übereinkommen ist nicht nur sehr zeit- und arbeitsaufwendig, sondern kann vor allen Dingen zur Rechtszersplitterung führen, weil ein Vertragsstaat nicht verpflichtet ist, ein solches Änderungsprotokoll zu ratifizieren. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat deshalb mit Resolution vom 16. Dezember 1982 (A/RES/37/107) einen von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ausgearbeiteten Entwurf eines vereinfachten Verfahrens zur Anpassung von Haftungsbeträgen zur Übernahme in internationale Haftungsübereinkommen empfohlen. Diesem Entwurf entspricht das in Artikel 15 vorgesehene Verfahren.

Nach Absatz 1 bedarf es der Initiative eines Viertels der Vertragsstaaten des Haftungsübereinkommens von 1984, um das Anpassungsverfahren in Gang zu setzen. Der Antrag wird vom Generalsekretär der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) allen Mitgliedstaaten der IMO und allen Vertragsstaaten dieses Übereinkommens zugeleitet.

Nach Absatz 2 finden die Verhandlungen im Rechtsausschuß der IMO statt. Eine Beratung über den Antrag findet frühestens 6 Monate nach Eingang des Antrags statt. Alle Vertragsstaaten des Haftungsübereinkommens von 1984, gleichgültig ob sie Mitglieder der IMO sind oder nicht, haben das Recht, an den Beratungen des Rechtsausschusses teilzunehmen (Absatz 3).

Absatz 4 enthält eine wesentliche Sicherung der Minderheiteninteressen. Änderungsbeschlüsse müssen hiernach mit Zwei-Drittel-Mehrheit derjenigen Vertragsstaaten des Übereinkommens, die während der Abstimmung anwesend sind und an ihr teilnehmen, gefaßt werden, wobei wenigstens die Hälfte der Vertragsstaaten des Übereinkommens während der Abstimmung vertreten sein muß. Dieses Mehrheitserfordernis entspricht der bei Diplomatischen Konferenzen üblichen Regelung.

Absatz 5 enthält Richtlinien, die bei der Festsetzung der neuen Höchstbeträge zu beachten sind. Dabei wird ausdrücklich bestimmt, daß neben den Aspekten, die für die Haftung nach dem Haftungsübereinkommen relevant sind, auch das Verhältnis zu dem Entschädigungsbetrag des Fondsübereinkommens zu berücksichtigen ist.

Absatz 6 enthält weitere Sicherungen zum Schutz der Minderheiteninteressen. Die Regelung des Buchstaben a sieht Zeiträume vor, vor deren Ablauf ein Änderungsverfahren nicht eingeleitet werden darf. Die Regelung des Buchstaben b sieht einen bestimmten Prozentsatz vor, der bei der jeweiligen Erhöhung nicht überschritten werden darf. Die Bestimmung des Buchstaben c sieht schließlich eine maximale Obergrenze vor, die die Haftungshöchstbeträge innerhalb des vereinfachten Änderungsverfahrens nicht überschreiten dürfen. Diese maximale Erhöhung aufgrund des vereinfachten Verfahrens entspricht etwa dem Maß der Erhöhung in dem Protokoll von 1984 gegenüber dem Übereinkommen von 1969.

Absatz 7 dient ebenfalls der Sicherung der Minderheiteninteressen. Hiernach kann der Beschluß, die Haftungsbeträge zu erhöhen, durch den Widerspruch von mindestens einem Viertel der Vertragsstaaten des Übereinkommens innerhalb einer Frist von 18 Monaten zu Fall gebracht werden. Andernfalls gilt der Beschluß nach Ablauf der genannten Frist von 18 Monaten als angenommen und tritt nach Ablauf eines weiteren Zeitraums von 18 Monaten in Kraft. Diese langen Fristen wurden für erforderlich gehalten, um Staaten, in denen dies aus verfassungsrechtlichen Gründen erforderlich ist, die Möglichkeit zu geben, die beschlossenen Änderungen innerstaatlich umzusetzen. Die Fristen bedeuten, daß eine Änderung der Haftungssummen frühestens 42 Monate nach Stellung des Antrags wirksam werden kann.

Absatz 9, Kern des vereinfachten Änderungsverfahrens, sieht vor, daß der Änderungsbeschluß für alle Vertragsstaaten verbindlich ist, sofern sie nicht das Haftungsübereinkommen von 1984 spätestens 6 Monate vor dem Inkrafttreten der Änderung kündigen.

Absatz 10 sieht vor, daß ein Staat, der während oder nach Abschluß des Änderungsverfahrens Vertragsstaat des Protokolls wird, an den Änderungsbeschluß gebunden ist.

16. Zu Artikel 16

Die Vorschriften regeln die Fristen und die sonstigen Modalitäten der Kündigung des Protokolls durch einen Vertragsstaat. Absatz 4 stellt klar, daß die Kündigung des Haftungsübereinkommens von 1969 nicht als Kündigung des Haftungsübereinkommens von 1984 verstanden werden darf. Nach Absatz 5 gilt die Kündigung des Fondsprotokolls von 1984 durch einen Vertragsstaat, der gleichzeitig Vertragsstaat des

Fondsübereinkommens von 1971 geblieben ist, als Kündigung des Haftungsprotokolls von 1984. Grund hierfür ist, daß eine Zugehörigkeit zum Fondsübereinkommen von 1971 mit einer Zugehörigkeit zum Haftungsübereinkommen von 1984 unvereinbar ist, da das Fondsübereinkommen von 1971 auf die Bestimmungen des Haftungsübereinkommens von 1969 abstellt.

17. Zu Artikel 17

Die Vorschrift regelt die Aufgaben des Depositars.

18. Zu Artikel 18

Die Vorschrift erklärt die Fassungen des Protokolls in den sechs Amtssprachen der Vereinten Nationen als gleichermaßen verbindlich.

B. Zu dem Protokoll von 1984 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden (Fondsprotokoll von 1984)

1. Zu Artikel 1

In dieser Vorschrift wird einleitend der Gegenstand des Revisionsprotokolls bezeichnet. Satz 2 bestimmt – entsprechend Artikel 1 Satz 2 des Haftungsprotokolls von 1984 –, daß für die Vertragsstaaten des Protokolls von 1976, mit dem der Goldstandard als Rechnungsgrundlage für die Berechnung der Entschädigungshöchstsumme weitgehend durch das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds abgelöst worden ist, die Bezeichnung „Fondsübereinkommen von 1971" das Fondsübereinkommen in der durch das Protokoll von 1976 geänderten Fassung umfaßt. Das Protokoll von 1976 ist allerdings völkerrechtlich noch nicht in Kraft getreten.

2. Zu Artikel 2

Mit Ausnahme der Nummer 2 enthält dieser Artikel die erforderlichen Anpassungen an die Änderungen des Haftungsprotokolls von 1984. Wegen Nummer 2 kann auf die Erläuterung zu Artikel 1 verwiesen werden.

3. Zu Artikel 3

Artikel 2 des Fondsübereinkommens von 1984 stellt klar, daß durch dieses Übereinkommen eine neue und rechtlich selbständige Organisation errichtet wird, die neben den vom Fondsübereinkommen von 1971 gegründeten Fonds (Fonds von 1971) tritt. Die Gründung einer neuen Organisation wurde allgemein als aus Rechtsgründen unvermeidbar angesehen, weil das Fondsübereinkommen von 1971 eine Übertragung neuer Befugnisse auf die nach diesem Übereinkommen gegründete Organisation nicht vorsieht. Die Konferenz war sich einig, daß der Fonds von 1971 bei der Errichtung des neuen Fonds weitestgehende Unterstützung gewähren und beide Fonds während ihrer gemeinsamen Existenz nach Möglichkeit nur von einem Sekretariat verwaltet werden sollten. Die Konferenz hat zu diesem Zwecke eine Resolution angenommen, in der die Versammlung des Fonds von 1971 gebeten wird, den Direktor des Fonds von 1971 mit der Durchführung der erforderlichen organisatorischen Maßnahmen zu beauftragen.

Von den bisherigen Aufgaben des Fonds von 1971 ist die Aufgabe, dem Schiffseigentümer einen Teil der von ihm geleisteten Schadenersatzbeträge zu erstatten (Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe b des Fondsübereinkommens von 1971), in Artikel 3 Abs. 1 des Fondsprotokolls von 1984 nicht mehr erwähnt; diese Aufgabe wird künftig entfallen. Zweck dieser in Artikel 5 des Fondsübereinkommens von 1971 ausgeführten Entlastungsfunktion des Fonds von 1971 war es gewesen, die damals drastische Anhebung der Höchsthaftung der Schiffahrt im Rahmen des Haftungsübereinkommens von 1969 teilweise durch den Fonds wieder aufzufangen. Da im Rahmen des Haftungsprotokolls von 1984 die Höchsthaftung des Schiffseigentümers neu festgesetzt worden ist, konnten schon hierbei die berechtigten Interessen der Schiffahrt ausreichend berücksichtigt und für ein angemessenes Verhältnis in der Belastung zwischen Tankschiffahrt und Mineralölwirtschaft Sorge getragen werden. Das wirtschaftliche Bedürfnis, die Schiffahrt von einem Teil der Haftung nach dem Haftungsübereinkommen von 1984 zu entlasten, ist damit entfallen.

4. Zu Artikel 4

Die Neufassung des Artikels 3 des Fondsübereinkommens von 1984 sieht die Ausweitung des geographischen Anwendungsbereichs entsprechend der Ausweitung des Anwendungsbereichs des Haftungsübereinkommens von 1984 vor. Wegen der Einzelheiten wird auf die Ausführungen zu Artikel 3 des Haftungsprotokolls von 1984 verwiesen. Die Streichung des bisherigen Artikels 3 Nr. 2 des Fondsübereinkommens von 1971 folgt daraus, daß die Aufgabe des Fonds, den Schiffseigentümer teilweise von der Haftung nach dem Haftungsübereinkommen zu entlasten, künftig entfällt.

5. Zu Artikel 5

Die Bestimmung enthält eine Folgeänderung, die dadurch bedingt ist, daß die Aufgabe des Fonds, den Schiffseigentümer teilweise von der Haftung nach dem Haftungsübereinkommen von 1969 zu entlasten, künftig entfällt.

6. Zu Artikel 6

Nummer 2 läßt den Artikel 4 Abs. 3 des Fondsübereinkommens von 1971 in der Sache unverändert, beseitigt jedoch einige durch den Wortlaut der bisherigen Fassung aufgetretene Unklarheiten. Wie bisher ist der Fonds von seiner Entschädigungspflicht unter den in Absatz 3 Satz 1 genannten Voraussetzungen befreit. Nach Satz 2 ist der Fonds, vorbehaltlich des nachfolgenden Satzes 3, stets in dem Umfang von seiner Entschädigungspflicht befreit, in dem der Schiffseigentümer von seiner Haftung befreit ist. Hinsichtlich der Kosten für Schutzmaßnahmen bleibt der Fonds jedoch entschädigungspflichtig, auch wenn den Schiffseigentümer insoweit keine Haftung trifft. Diese Regelung soll auch solchen Personen, denen nach Artikel III Abs. 3 des Haftungsübereinkommens von 1984 wegen schuldhafter Mitverursachung des Schadens ein Ersatzanspruch gegen den Schiffseigentümer nicht zusteht, einen Anreiz bieten, Schutzmaß-

nahmen zur Verhinderung oder Minderung des Schadens auszuführen.

Nummer 3 enthält das Kernstück des Fondsprotokolls von 1984. Nach Artikel 4 Abs. 4 Buchstaben a und b des Fondsübereinkommens von 1984 wird der Fonds künftig (einschließlich der Haftung des Reeders nach dem Haftungsübereinkommen von 1984) bis zu einer Höhe von 135 Mio. Rechnungseinheiten entschädigungspflichtig sein. Dieser Betrag liegt nur geringfügig über dem Zweifachen des Betrages, der bei der bereits beschlossenen maximalen Ausnutzung des im Fondsübereinkommen von 1971 vorgesehenen Spielraums (Artikel 4 Abs. 6) erreichbar ist. Wenn jedoch die Gesamtmenge beitragspflichtigen Öls von drei Vertragsstaaten die Menge von 600 Mio. Tonnen erreicht, so erhöht sich der Entschädigungshöchstbetrag auf 200 Mio. Rechnungseinheiten. Die praktische Bedeutung dieser unter Buchstabe c vorgesehenen Zwei-Stufenlösung liegt darin, daß der volle Betrag von 200 Mio. Rechnungseinheiten von der beitragspflichtigen Ölindustrie erst dann aufgebracht zu werden braucht, wenn mehrere Staaten, die im Falle eines Beitritts hohe Beitragszahlungen zu leisten haben (etwa Japan und die USA), das Fondsprotokoll von 1984 ratifiziert haben und damit die finanziellen Lasten nicht, wie nach Inkrafttreten des Fondsübereinkommens von 1971, zu einem ganz wesentlichen Teil von den Beitragszahlern eines einzelnen Mitgliedstaates (Japan) getragen werden müssen.

Buchstabe d gewährleistet, daß sich die Entschädigungspflicht des Fonds nicht deswegen mindert, weil sich die Haftungssumme des Reeders aufgrund von Zinsen, die auf den Haftungsbeschränkungsfonds gezahlt werden, erhöht. Nach dem Übereinkommen von 1971 kommen diese Zinsen letztlich dem Fonds zugute; nach dem Fondsübereinkommen von 1984 sollen solche Zinsen nicht die Zahlung des Fonds mindern, sondern die Entschädigungssumme insgesamt erhöhen und damit den Geschädigten zugute kommen.

Buchstabe e setzt als Umrechnungszeitpunkt für die vom Fonds zu zahlende Entschädigungssumme den Tag fest, an dem die Versammlung des Fonds über den ersten Zeitpunkt einer Entschädigungszahlung entscheidet. Diese Festlegung gewährleistet, daß Umrechnungs- und Zahlungsdatum nicht unangemessen weit auseinanderfallen; dies kann zu Zeiten starker Schwankungen der Währungskurse eine große Rolle spielen. Da eine Umrechnung nur von Bedeutung ist, wenn der Schaden die Entschädigungshöchstgrenze des Fonds erreicht oder übersteigt, muß immer ein Beschluß der Versammlung über den Zahlungszeitpunkt vorliegen; der Direktor des Fonds darf in solchen Fällen nicht aufgrund einer ihm generell erteilten Befugnis zahlen.

Nummer 4 enthält lediglich eine redaktionelle Klarstellung des Artikels 4 Abs. 5 des Fondsübereinkommens von 1971 ohne sachliche Änderung.

Gemäß Nummer 5 entfällt der bisherige Artikel 4 Abs. 6 des Fondsübereinkommens von 1971, der es der Fonds-Versammlung ermöglichte, innerhalb einer bestimmten Bandbreite die Entschädigungshöchstbeträge des Fonds zu erhöhen. Diese Regelung ist künftig entbehrlich, da Artikel 33 des Fondsprotokolls von 1984 ein eigenes Verfahren für die Erhöhung der Entschädigungshöchstbeträge vorsieht. Der neue Artikel 4 Abs. 6 des Fondsübereinkommens von 1984 trifft eine Regelung, die sich in den vergangenen Jahren als dringend wünschenswert gezeigt hat. Solange der Schiffseigentümer seine Haftung nicht durch Errichtung eines Fonds beschränkt hat, liegen die Voraussetzungen für die Zahlungspflicht des Fonds nach Artikel 4 Abs. 1 des Fondsübereinkommens von 1984 nicht vor. Unter Umständen ist jedoch der Schiffseigentümer mangels einschlägiger Verfahrensvorschriften des innerstaatlichen Rechts gar nicht in der Lage, einen Fonds zur Beschränkung seiner Haftung nach Artikel V Abs. 3 des Haftungsübereinkommens von 1984 zu errichten, oder die Errichtung dieses Fonds wird unangemessen verzögert. In einem solchen Falle ist der Fonds von 1971 aus rein formalen Gründen und zum Nachteil der Geschädigten daran gehindert, seine Aufgaben zu erfüllen. Die Neuregelung des Artikels 4 Abs. 6 sieht nunmehr vor, daß in solchen Fällen die Versammlung des Fonds durch Beschluß Entschädigungszahlungen zulassen kann, auch wenn der Schiffseigentümer einen Fonds nicht errichtet hat.

7. Zu Artikel 7

Die Streichung des Artikels 5 ist eine Folgeänderung der Streichung von Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe b des Fondsübereinkommens von 1971. Die Aufgabe des Fonds, den Schiffseigentümer von der ihm durch das Haftungsübereinkommen auferlegten Haftung teilweise zu entlasten, ist entfallen.

8. Zu Artikel 8

Die Änderungen folgen aus dem Wegfall der Erstattungspflicht des Fonds (Artikel 7 des Fondsprotokolls von 1984).

9. Zu Artikel 9

Es handelt sich vornehmlich um Änderungen infolge des Wegfalls der Erstattungspflicht des Fonds (Artikel 3).

10. Zu Artikel 10

Die Bestimmung bedarf keiner Erläuterung.

11. Zu Artikel 11

Die Bestimmung trifft Folgeänderungen aus dem Wegfall der Erstattungspflicht des Fonds (Artikel 3).

12. Zu den Artikeln 12 und 13

Nach Artikel 13 werden künftig die in Artikel 11 des Fondsübereinkommens von 1971 vorgesehenen Anfangsbeiträge nicht mehr erhoben. Die Nichterhebung von Anfangsbeiträgen soll den Beitritt zum Fondsübereinkommen von 1984 erleichtern. Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, daß einige Staaten die Verpflichtung, Anfangsbeiträge zu leisten, als Beitrittshindernis ansahen. Im übrigen ist der Aufbau der Fonds-Verwaltung abgeschlossen, so daß sich der ursprüngliche Zweck der Anfangsbeiträge erledigt hat.

Die Änderung des Artikels 10 des Fondsübereinkommens von 1971 durch Artikel 12 des Fondsprotokolls von 1984 folgt aus dem Wegfall der Anfangsbeiträge.

13. Zu Artikel 14

Die Nummer 1 ist eine Folgeänderung aus der Änderung zu Nummer 3. Nummer 2 enthält Folgeänderungen aus der Streichung von Artikel 5. Im übrigen wird die Grenze zwischen Beiträgen an den Fonds für kleinere Unfälle und Verwaltungskosten einerseits und für größere Unfälle andererseits spürbar nach oben verschoben. Hierdurch wird erreicht, daß der Fonds nicht schon bei mittelgroßen Unfällen Sonderbeiträge erheben und Sonderkonten einrichten muß; die Neuregelung bewirkt daher eine Verwaltungsvereinfachung beim Fonds. Die Erwähnung der Anfangsbeiträge in Artikel 12 Abs. 1 unter ii Buchstabe b beruht auf einem Redaktionsversehen. Als Folge der Streichung von Artikel 11 hätte auch diese Bestimmung gestrichen werden müssen.

Nach der bisherigen Fassung des Artikels 12 Abs. 2 des Fondsübereinkommens von 1971 hatte die Versammlung theoretisch für jeden der zur Zeit mehr als 300 Beitragspflichtigen die Höhe des Jahresbeitrages individuell festzusetzen. Die Neufassung dieser Bestimmung durch Artikel 14 Nummer 3 des Fondsprotokolls von 1984 schafft eine wesentliche Verfahrensvereinfachung. Die Versammlung entscheidet auf der Grundlage des Haushaltsplans über die Gesamthöhe der zu erhebenden Beiträge. Auf der Basis dieser Entscheidung hat der Direktor die einzelnen Beitragsverpflichtungen zu errechnen. Diese Neuregelung entspricht der im Fonds tatsächlich bereits heute geübten Praxis.

Die Nummern 4 bis 6 enthalten Änderungen, die sich während der Verwaltung des Fonds in den vergangenen Jahren als wünschenswert gezeigt haben.

14. Zu Artikel 15

Nach der Nummer 1 wird der Zinssatz für rückständige Beiträge nicht mehr jährlich von der Versammlung festgesetzt, sondern richtet sich künftig nach der Geschäftsordnung des Fonds.

Die in Nummer 2 vorgesehenen Änderungen folgen aus dem Wegfall der Anfangsbeiträge; die Streichung der 3-Monatsfrist gewährleistet eine flexiblere Beitreibung der Beitragsschulden.

15. Zu Artikel 16

Der dem Artikel 15 des Fondsübereinkommens von 1984 angefügte Absatz 4 trägt dem Umstand Rechnung, daß in der Vergangenheit manche Vertragsstaaten ihre Pflicht, dem Fonds jährlich die beitragspflichtigen Personen und die erhaltenen Ölmengen mitzuteilen, vernachlässigt haben. Mit der in Absatz 4 vorgesehenen Schadenersatzpflicht steht der Versammlung in beschränktem Umfang eine Sanktion zur Verfügung, mit der säumige Vertragsstaaten zur Erfüllung ihrer Pflichten angehalten werden können.

16. Zu den Artikeln 17 bis 23

Der Exekutiv-Ausschuß wird abgeschafft (Artikel 17 und 20 des Fondsprotokolls von 1984) und künftig durch Arbeitsausschüsse ersetzt. Wesentliche Aufgabe des Exekutiv-Ausschusses war es, die Regelung von Ansprüchen gegen den Fonds zu genehmigen und alle sonstigen Maßnahmen, die im Zusammenhang mit solchen Ansprüchen in Artikel 18 Abs. 7 vorgesehen sind, zu treffen (Artikel 26 Abs. 1 Buchstabe b (ii) des Fondsübereinkommens von 1971). Gerade bei der Abwicklung großer Schadensfälle, die mehrere Jahre in Anspruch nehmen kann, hat sich jedoch der jährliche Wechsel in der Person des Vorsitzenden und eines Teils der Mitglieder des Exekutiv-Ausschusses als hinderlich erwiesen. Die Aufgaben des Ausschusses sollen künftig von Arbeitsausschüssen wahrgenommen werden, die von der Versammlung als Unterorgane im Sinne des Artikels 18 Nummer 9 des Fondsübereinkommens von 1984 eingesetzt werden. Bei der Zusammensetzung der Arbeitsausschüsse soll die gleichmäßige geographische Verteilung der Sitze sowie die angemessene Vertretung der Staaten, die die größten Mengen beitragspflichtigen Öls beziehen, berücksichtigt werden (Artikel 18 Nummer 2 des Fondsprotokolls von 1984). Die übrigen in den Artikeln 18 bis 23 vorgesehenen Änderungen sind Folgeänderungen.

Es beruht auf einem Redaktionsversehen, daß die Worte „vorbehaltlich des Artikels 26" in dem Einleitungssatz zu Artikel 18 nicht gestrichen worden sind. Artikel 26 des Fondsübereinkommens von 1971 regelt die Aufgabe des Exekutivausschusses; er ist nach Artikel 20 des Fondsprotokolls von 1984 gestrichen.

17. Zu Artikel 24

Die in Nummer 1 vorgesehene Streichung des Artikels 33 Absatz 1 des Fondsübereinkommens von 1971 folgt aus der Ersetzung des bisherigen Verfahrens für die Erhöhung des Entschädigungshöchstbetrages durch das in Artikel 33 des Fondsprotokolls von 1984 vorgesehene Erhöhungsverfahren und aus dem Wegfall der Aufgabe des Fonds, den Schiffseigentümer von seiner Haftung teilweise zu entlasten, sowie aus der Abschaffung des Exekutiv-Ausschusses. Die in der Nummer 3 vorgesehene Erweiterung folgt daraus, daß nach Abschaffung des Exekutiv-Ausschusses künftig Arbeitsgruppen in den Mittelpunkt der Verwaltung des Fonds treten werden.

18. Zu Artikel 25

Die Fassung des Artikels 35 des Fondsübereinkommens von 1971 trägt dem Umstand Rechnung, daß der Fonds seine Arbeit nicht am Tage des Inkrafttretens des Übereinkommens aufnehmen konnte, sondern für seinen organisatorischen Aufbau eine gewisse Anlaufzeit benötigte. Eine solche Übergangszeit ist für das neue Übereinkommen nicht notwendig, weil die Verwaltung des neuen Fonds durch das Sekretariat des Fonds von 1971 übernommen werden soll. Die Neufassung des Artikels 35 des Fondsübereinkommens von 1984 sieht deshalb nur noch eine Frist von 120 Tagen seit Inkrafttreten des Übereinkommens vor, innerhalb derer Ansprüche gegen den Fonds nicht geltend gemacht werden dürfen. Die materielle Wirksamkeit von Ansprüchen aus Unfällen, die sich während dieser 120-Tagefrist ereignet haben, wird durch diese Bestimmung nicht berührt.

19. Zu Artikel 26

Entsprechend Artikel 9 des Haftungsprotokolls von 1984 sieht Artikel 26 des Fondsprotokolls von 1984 Übergangsbestimmungen für das Inkrafttreten des

Fondsprotokolls von 1984 auf der Grundlage des „phased-in approach" vor. Dabei betreffen die Bestimmungen des Artikels 26 die vorletzte Stufe. Diese beginnt, wenn das Fondsprotokoll von 1984 in Kraft getreten ist; es sind dann die Haftungsübereinkommen von 1969 und 1984 und die Fondsübereinkommen von 1971 und 1984 nebeneinander gemäß den in Artikel 36[bis] und 36[ter] des Fondsübereinkommens von 1984 vorgesehenen Regelungen anwendbar. Diese Phase endet, wenn die in Artikel 31 des Fondsprotokolls von 1984 vorgeschriebenen Kündigungen der Übereinkommen von 1969 und 1971 wirksam werden.

Artikel 36[bis] Buchstabe b regelt die Entschädigungspflicht des Fonds während der Übergangszeit. Auf der Grundlage des Artikels XII[bis] Buchstabe b des Haftungsübereinkommens von 1984 ist der Fonds nur insoweit entschädigungspflichtig, als der Geschädigte nach dem Haftungsübereinkommen von 1969, dem Fondsübereinkommen von 1971 und dem Haftungsübereinkommen von 1984 nicht voll entschädigt worden ist. Kommt das Fondsübereinkommen von 1971 nicht zur Anwendung, weil der betreffende Staat nicht Vertragsstaat jenes Übereinkommens, sondern nur Vertragsstaat des Haftungsübereinkommens von 1984 und des Fondsübereinkommens von 1984 ist, so besteht eine Entschädigungspflicht des Fonds nur insoweit, als er zur Leistung von Entschädigung verpflichtet wäre, wenn der betreffende Staat auch Vertragsstaat des Fondsübereinkommens von 1971 wäre. Es wird insoweit fingiert, daß die Geschädigten auch Entschädigung vom Fonds von 1971 erhalten haben. Diese Regelung soll verhindern, daß der Fonds für Schäden in einem Vertragsstaat, der lediglich dem Haftungsübereinkommen von 1984 und dem Fondsübereinkommen von 1984 beigetreten ist, in höherem Umfang Entschädigung zu leisten hat als für Schäden in einem Vertragsstaat, der zugleich Vertragsstaat des Fondsübereinkommens von 1971 ist.

Die Vorschriften der Buchstaben a, c und d enthalten die erforderlichen Anpassungen des Fondsübereinkommens von 1984 an die Übergangsregelung des Buchstaben b.

Artikel 36[ter] enthält die erforderlichen administrativen Bestimmungen für die Übergangszeit. Danach sollen der Direktor und das Sekretariat des Fonds von 1971 auch den neuen Fonds verwalten.

Artikel 36[quater] des Fondsübereinkommens von 1984 trägt dem Umstand Rechnung, daß das durch das Fondsprotokoll von 1984 geänderte Fondsübereinkommen von 1971 ein eigenständiges Vertragswerk bildet, das selbständig neben dem Fondsübereinkommen von 1971 in seiner ursprünglichen Fassung steht (vgl. Artikel 27 des Fondsprotokolls von 1984).

20. Zu Artikel 27

Die Bestimmungen stellen klar, daß das Fondsübereinkommen von 1984 als ein selbständiges Übereinkommen verstanden werden soll.

21. Zu Artikel 28

Absatz 6 stellt klar, daß ein Vertragsstaat des Fondsprotokolls von 1984, der nicht Vertragsstaat des Fondsübereinkommens von 1971 ist, durch die Bestimmungen des Fondsübereinkommens von 1984 nur gegenüber anderen Vertragsstaaten dieses Protokolls gebunden ist, daß er jedoch durch die Bestimmungen des Fondsübereinkommens von 1971 nicht gegenüber Staaten gebunden ist, die zwar Vertragsstaaten des Fondsübereinkommens von 1971, nicht aber Vertragsstaaten des Fondsübereinkommens von 1984 sind.

22. Zu Artikel 29

Die Meldung der erhaltenen Ölmengen an den Depositar schon vor Inkrafttreten des Protokolls ist erforderlich, damit der Depositar das Vorliegen der Inkrafttretensvoraussetzungen prüfen kann.

23. Zu Artikel 30

Nach Absatz 1 tritt das Protokoll innerhalb einer Frist von 12 Monaten nach dem Zeitpunkt in Kraft, in dem 8 Staaten das Fondsprotokoll von 1984 ratifiziert haben, sofern die nach Artikel 10 des Fondsübereinkommens von 1984 beitragspflichtigen Personen in diesen Staaten eine Gesamtmenge von 600 Mio. Tonnen beitragspflichtigen Öls erhalten haben.

Absatz 2 stellt klar, daß das Fondsprotokoll von 1984 nicht vor dem Haftungsübereinkommen von 1984 in Kraft treten kann. Absatz 4 gibt den Vertragsstaaten die Möglichkeit, bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zu erklären, daß das Fondsprotokoll von 1984 für sie erst mit dem Zeitpunkt in Kraft treten soll, zu dem die Kündigungen des Haftungsübereinkommens von 1969 und des Fondsübereinkommens von 1971 gemäß Artikel 31 des Fondsprotokolls von 1984 wirksam werden („delayed denunciation system"). Absatz 5 sieht vor, daß eine solche Erklärung jederzeit zurückgenommen werden kann.

Absatz 6 sieht eine Sonderbestimmung für solche Staaten vor, die bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Haftungsübereinkommen von 1984 erklärt haben, daß die Urkunde erst mit Ablauf der in Artikel 31 des Fondsprotokolls von 1984 vorgesehenen Frist Wirksamkeit entfalten soll. Absatz 6 bestimmt, daß eine solche Erklärung zugleich als Erklärung nach Artikel 30 Abs. 4 des Fondsprotokolls von 1984 angesehen werden soll. Für einen solchen Staat tritt daher das Fondsübereinkommen von 1984 erst mit Ablauf der in Artikel 31 des Fondsprotokolls von 1984 bestimmten Frist in Kraft.

24. Zu Artikel 31

Die Vorschrift regelt die Beendigung der Übergangszeit nach dem „phased-in approach". Jeder Vertragsstaat zu dem Fondsprotokoll von 1984 muß 6 Monate nach Vorliegen der in den Buchstaben a und b genannten Voraussetzungen das Haftungsübereinkommen von 1969 und das Fondsübereinkommen von 1971 kündigen. Die Kündigung wird 12 Monate nach Ablauf der 6-Monatsfrist wirksam. Danach ist die Übergangsphase abgeschlossen; die Übereinkommen von 1984 sind an die Stelle der Übereinkommen von 1969 und 1971 getreten. Die in den Buchstaben a und b genannten Voraussetzungen (mindestens 8 Vertragsstaaten mit einem Mindest-Ölerhalt von 750 Mio. Tonnen) gewährleisten, daß die erhöhten Entschädigungssummen des Fonds von einer aus-

reichenden Menge beitragspflichtigen Öls getragen werden.

Es wird erwartet, daß das Fondsübereinkommen von 1971 durch die Staaten, die das Fondsprotokoll von 1984 nicht ratifiziert haben, nicht mehr weitergeführt werden kann, sobald das Haftungsübereinkommen von 1969 und das Fondsübereinkommen von 1971 durch die Vertragsstaaten der Übereinkommen von 1984 gekündigt worden sind. Dies dürfte selbst dann der Fall sein, wenn zu diesem Zeitpunkt die Voraussetzungen des Artikels 43 Abs. 1 des Übereinkommens von 1971 für ein Außerkrafttreten des Übereinkommens (weniger als drei Mitgliedstaaten) nicht vorliegen sollten; denn für das Weiterbestehen des Fonds von 1971 wird es dann an einer ausreichenden Beitragsgrundlage fehlen. Das Haftungsübereinkommen von 1969 hingegen könnte noch längere Zeit nach Beendigung der Übergangszeit für die Staaten in Kraft bleiben, die das Haftungsprotokoll von 1984 nicht ratifiziert haben.

25. Zu Artikel 32

Artikel 32 sieht formale Regeln für die Revision und Änderung des Fondsübereinkommens von 1984 vor.

26. Zu Artikel 33

Artikel 33 enthält Bestimmungen über ein vereinfachtes Verfahren zur Erhöhung der Entschädigungshöchstbeträge. Das Verfahren ist identisch mit dem in Artikel 15 des Haftungsprotokolls von 1984 vorgesehenen Verfahren. Insoweit wird auf die dortigen Erläuterungen verwiesen. Diese Bestimmung ersetzt die Regelung in Artikel 4 Abs. 6 des Fondsübereinkommens von 1971. Es wird erwartet, daß die Beratungen zur Erhöhung der Entschädigung nach dem Fondsübereinkommen von 1984 parallel mit den entsprechenden Beratungen zum Haftungsübereinkommen von 1984 stattfinden und die Beschlüsse aufeinander abgestimmt werden.

27. Zu Artikel 34

Die Vorschriften regeln die Fristen und die sonstigen Modalitäten der Kündigung des Fondsprotokolls von 1984 durch einen Vertragsstaat.

Nach Absatz 4 gilt die Kündigung des Haftungsübereinkommens von 1984 als Kündigung des Fondsprotokolls von 1984. Es handelt sich hierbei um eine notwendige Konsequenz aus dem inneren Zusammenhang zwischen Haftungsübereinkommen und Fondsübereinkommen.

Absatz 5 stellt sicher, daß das Fondsübereinkommen von 1971 nur während einer Übergangszeit neben dem revidierten Fondsübereinkommen von 1984 anwendbar ist. Hat ein Vertragsstaat des Fondsprotokolls von 1984 entgegen Artikel 31 des Protokolls die Übereinkommen in der ursprünglichen Fassung nicht gekündigt, so soll das Protokoll für diesen Staat außer Kraft treten. Zu diesem Zweck gilt nach Satz 1 das Fondsprotokoll von 1984 als gekündigt, wenn die Kündigung des Haftungsübereinkommens von 1969 und des Fondsübereinkommens von 1971 innerhalb der in Artikel 31 des Protokolls bestimmten 6-Monatsfrist unterblieben ist. Desgleichen ist den Vertragsstaaten des Fondsübereinkommens von 1984 eine Rückkehr zum Haftungsübereinkommen von 1969 nicht gestattet. Satz 2 sieht vor, daß die nachträgliche Ratifikation des Haftungsübereinkommens von 1969 in der ursprünglichen Fassung als Kündigung des Fondsübereinkommens von 1984 angesehen wird.

Absatz 7 stellt klar, daß die Kündigung dieses Protokolls für den kündigenden Staat ohne Einfluß auf die Beitragspflicht für Ereignisse bleibt, die vor dem Zeitpunkt eintreten, zu dem die Kündigung wirksam wird.

28. Zu Artikel 35

Artikel 35 gibt den Vertragsstaaten die Sicherheit, daß sie nicht durch die Kündigung eines Staates mit hohem Beitragsaufkommen mit Beitragspflichten belastet werden, die sie nicht tragen können. Zwar könnte jeder Vertragsstaat innerhalb der in Artikel 34 Abs. 3 vorgesehenen Frist gleichfalls das Protokoll kündigen; er bliebe jedoch beitragspflichtig für Ereignisse, die sich zwischen dem Ausscheiden des Staates mit hohem Beitragsaufkommen und seinem eigenen Ausscheiden ereignen. Artikel 35 sieht deshalb vor, daß die Versammlung des Fonds auf einer außerordentlichen Sitzung durch Beschluß feststellen kann, daß die Kündigung des Staates mit hohem Beitragsaufkommen eine außerordentliche Erhöhung der Beitragspflichten der verbleibenden Vertragsstaaten bedeutet; in diesem Fall kann jeder Vertragsstaat das Fondsprotokoll von 1984 gleichfalls mit Wirkung zu dem Zeitpunkt kündigen, zu dem die Kündigung des Vertragsstaates mit dem hohen Beitragsaufkommen in Kraft tritt.

29. Zu den Artikeln 36 und 37

Die Bestimmungen dieser Artikel enthalten in Übereinstimmung mit den Artikeln 43 und 44 des Fondsübereinkommens von 1971 Regeln für die Auflösung des Fonds, wenn die Zahl der Vertragsstaaten auf weniger als drei sinkt.

30. Zu Artikel 38

Die Vorschrift regelt die Aufgaben des Depositars.

31. Zu Artikel 39

Die Vorschrift erklärt die Fassungen des Protokolls in den sechs Amtssprachen der Vereinten Nationen als gleichermaßen verbindlich.

Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn 712321 10. 87
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333